

Termin für Räumung des Lagers von Calais steht

SPIEGEL ONLINE

21. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 354 words

Byline: Britta Kollenbroich

Highlight: Das umstrittene Lager von Calais wird aufgelöst: Ab Montag sollen die 6500 Flüchtlinge in andere Unterkünfte gebracht werden. Das Innenministerium spricht von einer delikaten Operation.

Body

Der Termin für die Räumung des Lagers von Calais steht fest: Die Bewohner werden ab Montag in andere Unterkünfte gebracht werden. Das gaben die örtliche Präfektur und das Pariser Innenministerium bekannt. Offiziellen Schätzungen zufolge leben derzeit 6500 Menschen in dem Lager, Hilfsorganisationen gehen von mehr Bewohnern aus.

Die eigentliche Räumung soll laut Behörden am Montagfrüh um 8 Uhr beginnen. Ab dann sollen der Großteil der Migranten mit Bussen in Aufnahmezentren im ganzen Land gebracht werden. Dort sollen sie einen Asylantrag stellen können. In den vergangenen Tagen wurden bereits erste Flüchtlinge in andere Orte in Nord- und Südfrankreich gebracht. Die geräumten Hütten sollen dann ab Dienstag abgerissen werden.

Das Camp hat sich seit Anfang 2015 am Stadtrand von Calais gebildet. Die Zelt- und Hüttensiedlung ist umstritten, immer wieder gab es Berichte über schlechte hygienische Zustände.

In den vergangenen Jahren waren Tausende Flüchtlinge in die französische Hafenstadt gekommen. Sie hoffen, von dort durch den Eisenbahntunnel unter dem Ärmelkanal nach Großbritannien zu gelangen.

Hoffnung für unbegleitete Minderjährige

Ein Teil des Lagers war bereits Anfang des Jahres geräumt worden. Damals war es zu Auseinandersetzungen gekommen. Dieses Mal soll es ruhiger ablaufen. "Wir wollen nicht gezwungen sein, Gewalt einzusetzen", hieß es aus Ministeriumskreisen. Bereits am Sonntag sollen Sozialteams die Flüchtlinge über den Ablauf informieren.

Die Migranten sollen für einen begrenzten Zeitraum in den Aufnahmezentren unterkommen, bis sie einen Asylantrag gestellt haben. Die französische Regierung hatte zugleich klargemacht, dass abgelehnte Asylbewerber nicht im Land bleiben dürfen.

Für Minderjährige, die ohne Familie in dem Lager leben, gibt es ein spezielles Verfahren. Sie dürfen zunächst in den Containern, die der französische Staat in Calais aufstellte, bleiben. Bei Kindern, die Angehörige in

Termin für Räumung des Lagers von Calais steht

Großbritannien haben, pocht Frankreich auf eine Familienzusammenführung. Verhandlungen mit London laufen. Die Briten hätten für diese Gruppe den klaren Willen bekundet, zu helfen, heißt es in Paris.

.

Load-Date: October 22, 2016

End of Document

**[In sechs Wochen zum Entscheider über Asylanträge;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-per-crash-kurs-zum-entscheider-ueber-asylantraege-a-1061907.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-per-crash-kurs-zum-entscheider-ueber-asylantraege-a-1061907.html)**

SPIEGEL ONLINE

09. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 526 words

Byline: Wolf Wiedmann-Schmidt

Highlight: Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stapeln sich Hunderttausende unerledigte Asylanträge. Nun werden im Schnellverfahren neue Mitarbeiter ausgebildet. Sie entscheiden, wer bleiben darf.

Body

In einem Backstein-Bau im Nürnberger Süden, drittes Obergeschoss, sitzen die Männer und Frauen, auf denen die Hoffnung der Bundesregierung lastet.

In einem schmucklosen Seminarraum mit grauem Teppichboden werden sie zu Asyl-Entscheidern ausgebildet - im Schnellverfahren. Sie lernen, was der Unterschied zwischen Asyl nach dem Grundgesetz und Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention ist. Und wie sie echte Fluchtgründe von vorgetäuschten unterscheiden.

Vier Wochen Theorie, zwei Wochen Praxis, fertig ist die Ausbildung. Mehr Zeit gibt es im Moment offenbar nicht. Asyl-Entscheider werden so dringend benötigt wie kaum eine andere Berufsgruppe. Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wachsen seit Monaten die Aktenberge in schwindelerregende Höhe, inzwischen stapeln sich in der Behörde fast 330.000 unerledigte Asylanträge.

Oliver Joost, 29, ist einer der angehenden Asyl-Entscheider, die den Crash-Kurs in Nürnberg absolvieren. Sechs Jahre war er Jobvermittler bei der Bundesagentur für Arbeit. Als er erfuhr, dass im Bamf dringend Leute gesucht werden, meldete er sich. Noch vor Weihnachten wird er in einer bayerischen Erstaufnahme Asylbewerber anhören und darüber befinden, wer in Deutschland Schutz erhält - und wer das Land wieder verlassen muss.

Frank-Jürgen Weise, der das Bamf seit gut drei Wochen leitet, hat an diesem Montag zu einer kleinen Führung durch das "Qualifizierungszentrum" für Asyl-Entscheider in Nürnberg geladen. Er lugt kurz in den Seminarraum, stellt zwei, drei Fragen, um danach seine Botschaft zu verkünden: Die Lage sei schwierig - aber sie werde bald besser. Vielleicht schon in diesem Jahr. Sicher aber im nächsten. Da werde es gelingen, den Rückstau langsam abzubauen.

Weises eiserner Optimismus ist bemerkenswert, denn die Zahlen sind alles andere als beruhigend: Im Oktober schaffte es die Behörde gerade einmal, über rund 32.800 Anträge zu entscheiden - gleichzeitig wurden fast sechs

In sechs Wochen zum Entscheider über Asylanträge <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-per-crash-kurs-zum-entscheider-ueber-asylantraege-a-1061907.html>

Mal so viele neu angekommene Asylsuchende im sogenannten Easy-System registriert: 181.000. Die Antragswelle hat das Flüchtlingsbundesamt noch gar nicht mit voller Wucht erreicht.

Das Bamf hat die Zahl seiner Mitarbeiter in den vergangenen Monaten zwar bereits aufgestockt, rund 660 Asyl-Entscheider arbeiten inzwischen für die Behörde. Doch Experten sind sich einig: Das sind immer noch viel zu wenige.

Das weiß auch Weise. Das Flüchtlingsbundesamt habe "eindeutig zu wenig Personal". Die Zahl der Mitarbeiter werde sich aber im Jahr 2016 "praktisch verdoppeln", hofft der Behördenmanager. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat ihm 3700 zusätzliche Mitarbeiter in Aussicht gestellt, darunter sollen nach Bamf-Angaben mehr als tausend Asyl-Entscheider sein. In dieser Woche werden die Haushälter des Bundestags darüber entscheiden.

Doch bis die dringend benötigten Mitarbeiter eingestellt sind und ihren Job beherrschen, wird es dauern. De Maizière berichtete in der vergangenen Woche vor Fachleuten in seinem Ministerium, dass es normalerweise ein halbes Jahr brauche, um jemanden zu einem guten Entscheider auszubilden - mindestens. Jetzt soll ein Sechs-Wochen-Schnellkurs reichen: "Weil wir sie brauchen", sagte er.

Load-Date: November 10, 2015

End of Document

[Cameron droht Flüchtlingen mit Ausweisung:
http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-cameron-will-fluechtlinge-
abschrecken-a-1045977.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-cameron-will-fluechtlinge-abschrecken-a-1045977.html)

SPIEGEL ONLINE

30. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 382 words

Byline: vek/dpa

Highlight: Tausende Migranten wollen durch den Eurotunnel von Frankreich nach Großbritannien, in der Nacht sind erneut hundert gescheitert. Premier Cameron will Flüchtlinge radikal abschrecken: "Dies ist kein sicherer Hafen."

Body

Mehr Geld für die Sicherheit am Eingang des Eurotunnels, schärfere Einwanderungsgesetze, Abschreckung: Großbritanniens Premierminister David Cameron will in der Flüchtlingskrise in Calais durchgreifen. Großbritannien werde illegal ins Land gekommene Migranten ausweisen, "damit Leute wissen, dass dies kein sicherer Hafen ist", sagte Cameron der BBC.

Am Mittwochabend haben erneut mehr als hundert Flüchtlinge versucht, durch den Eurotunnel von Frankreich nach Großbritannien zu gelangen. Laut der französischen Nachrichtenagentur AFP haben sie mit den Sicherheitskräften "Katz und Maus gespielt". Die Flüchtlinge hätten für etwa eine Stunde eine Ausfahrt für Personenwagen blockiert, Autofahrer hätten einen anderen Weg fahren müssen.

"Wir verabschieden schon Gesetze, um mehr zu tun, um Großbritannien zu einem Ort zu machen, wo illegale Migranten weniger leicht bleiben können", sagte der Premier bei seinem Besuch in Vietnam. Als Argument führt er unter anderem an, dass die Sicherheit der Reisenden am Ärmelkanal gewährleistet werden müsse: Schon jetzt täten die Behörden alles, um ihnen einen "gefahrlosen und sicheren Urlaub" zu ermöglichen.

Frankreich und Großbritannien müssten Hand in Hand arbeiten, um die Grenze zu schützen, sagte Cameron. Er spreche regelmäßig mit Präsident François Hollande über die Situation. Die Grenzkontrollen auf der französischen Seite seien "unglaublich wichtig". Großbritannien wolle etwa helfen, Zäune zu bauen und in Sicherheit zu investieren.

Immer wieder versuchen Flüchtlinge derzeit, auf wartende Lastwagen oder direkt auf die Züge zu klettern, die durch den Tunnel fahren. Dabei ist am Mittwoch auf der französischen Seite erneut ein Mensch ums Leben gekommen. Das teilte ein Sprecher der Aktiengesellschaft Eurotunnel mit.

Cameron droht Flüchtlingen mit Ausweisung <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-cameron-will-fluechtlinge-abschrecken-a-1045977.html>

In Calais hat der Betreiber in diesem Jahr 37.000 Fluchtversuche gezählt. Nach Schätzungen warten zwischen 3000 und 5000 Migranten auf eine Gelegenheit, von dort nach Großbritannien zu gelangen. Sie erhoffen sich dort bessere Asylchancen und Lebensbedingungen als in Frankreich.

Die britische Innenministerin Theresa May kündigte an, sieben Millionen Pfund (9,9 Millionen Euro) zusätzlich bereitzustellen. Mit dem Geld soll die Sicherheit am französischen Eingang des Tunnels erhöht werden.

vek/dpa

Load-Date: July 30, 2015

End of Document

Auftakt zum Verschiebespiel:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-aus-griechenland-in-die-tuerkei-auftakt-zum-verschiebespiel-a-1085275.html>

SPIEGEL ONLINE

04. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 874 words

Byline: Giorgos Christides

Highlight: 10:15:00 Auf Lesbos startet die Abschiebung der ersten **Migranten**. Eine hastige, schlecht vorbereitete Aktion, die zeigen soll: Merkels Deal mit dem türkischen Präsidenten Erdogan beginnt mit Entschiedenheit.

Body

Kurz vor 6 Uhr verlassen die ersten Busse das Internierungslager in Moria auf der Insel Lesbos in Griechenland. Das Blaulicht der Polizeiwagen spiegelt sich in den Scheiben der Busse. An Bord: die ersten **Migranten**, die abgeschoben werden sollen in die Türkei. Es sind ausschließlich Männer, vor allem Pakistaner und Bangladescher, auch **Migranten** aus Sri Lanka und Marokko, die in Griechenland keinen **Asylantrag** gestellt haben, informiert die Grenzschutzbehörde Frontex.

Die Busse werden bewacht von Frontex-Polizisten zum Hafen eskortiert, entlang der Küste, durch die Berge. Drei Stunden vor dem offiziell angekündigten Zeitpunkt. Wir haben keine Zeit zu verlieren - das ist das Signal. Vielleicht wollte man auch ausnutzen, dass die meisten **Migranten** so früh am Morgen zu müde gewesen sein mögen, um sich zu wehren. Auch Journalisten waren nicht erwünscht. Hässliche Bilder in der EU, das wollten die Behörden gern vermeiden.

Es ist eine hastige Aktion, schlecht vorbereitet auf griechischer und türkischer Seite. Von den 4000 angekündigten EU-Beamten ist gerade mal ein Bruchteil auf der Insel. Doch es ist eine Aktion, die zeigen soll: Angela Merkels Deal mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan beginnt mit Entschiedenheit. In der Theorie geht der Plan so: Für jeden aus Griechenland abgeschobenen Flüchtling soll ein anderer von der Türkei nach Europa verteilt werden - bis die Zahl 72.000 erreicht ist. Der Auftakt zum Verschiebespiel mit den Migranten beginnt.

Niemand wehrt sich

Im Hafen der Stadt Mytilene auf Lesbos warten gegen 7 Uhr zwei Fähren auf die 136 Migranten. Sie fahren nach Dikili in die Türkei. Die Männer, die an diesem Morgen in den Bussen ankommen, wirken ruhig. Sie tragen Mundschutz - das sei eine normale Prozedur, sagt Frontex-Sprecherin Ewa Moncure. Niemand wehrt sich, soweit es einsehbar ist. Sie steigen still ein in die Boote. Jeder Migrant wird begleitet von einem Frontex-Mitarbeiter - die

Auftakt zum Verschiebespiel <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-aus-griechenland-in-die-tuerkei-auftakt-zum-verschiebespiel-a-1085275.html>

Maßnahme soll der Sicherheit dienen. "Niemand wurde mit Gewalt gezwungen, wir haben keine Handschellen angelegt", sagt Moncure.

An Bord sollen zwei Syrer sein, die freiwillig in die Türkei zurückkehren. Schon heute werden die ersten 40 Syrer von Ankara nach Deutschland geflogen. Das wird in Zukunft schwierig werden, mehr Syrer in die Türkei zu deportieren, denn fast jeder will jetzt Asyl im vormals unbeliebten Griechenland. Von den 3000 Migranten in Moria haben mehr als 2700 einen Antrag gestellt seit dem 20. März, als der EU-Deal in Kraft trat. "All diese Anträge müssen jetzt bearbeitet werden. Erst dann können wir über eine Abschiebung entscheiden", sagt Moncure.

"Wir fürchten, dass die Aktion heute nur symbolisch war, um den Deal auf den Weg zu bringen. Auch wenn das heute Migranten waren, die abgeschoben wurden, sind die nächsten Menschen wahrscheinlich Flüchtlinge, die den Schutz der EU brauchen. Sie werden zu hören bekommen: Ihr müsst in die Türkei, weil ihr dort herkommt. Aber die Türkei ist kein sicherer Drittstaat", sagt Giorgos Kosmopolous, Direktor von Amnesty International Griechenland, er sitzt in einem Café am Hafen von Moria.

Amnesty International hatte am Freitag berichtet, dass die Türkei Syrer teilweise in ihr Heimatland abschiebt. In Mytilin am Hafen haben sich eine Handvoll Aktivisten versammelt, die gegen die neue EU Flüchtlingspolitik protestieren. Nur wenige Gegner sind auf Lesbos verblieben, die meisten NGOs und auch Ärzte ohne Grenzen oder UNHCR haben sich zurückgezogen, aus Protest gegen die Wandlung der EU-Flüchtlingspolitik.

Der Hotspot in Moria war bis zu dem 20. März noch frei zugänglich. Inzwischen hat er sich in ein Haftzentrum verwandelt. Gestern waren einige Migranten in Zellen eingeschlossen, während andere sich noch zumindest auf dem Gelände bewegen konnten. Die Eingeschlossenen sollen jene gewesen sein, die heute Morgen vor Sonnenaufgang die Busse besteigen mussten.

Proteste auch auf der türkischen Seite

Auf der türkischen Seite, in dem Badeort Dikili, werden die Rückkehrer von einem Banner begrüßt: "Stop Deportation. No Borders". Aktivisten protestieren gegen den Deal. Die Fähre "Jalem Express" mit 68 Migranten an Bord legt um 9 Uhr am Hafen an. Journalisten und Fotografen drängen sich auf dem Pier. Händler verkaufen Tee und Sesamkringel. Ein Hubschrauber kreist über dem Meer.

Die türkischen Behörden haben im Hafen Zelte aufgestellt. Polizisten bewachen das Gelände. Frontex-Beamte mit Mundschutz führen die Migranten einzeln in die Zelte. Sie werden im Hafen von Dikili registriert, ein Teil von ihnen wurde inzwischen in Reisebussen zu Haftzentren nach Kırklareli gebracht. Anschließend sollen sie in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden.

Zurück auf der griechischen Seite steht im Hafen von Moria ein gut gekleideter türkischer Beamter, der seinen Namen nicht nennen will, aber seine Haltung ist deutlich. "Die Türkei ist ein sehr sicheres Land. Die Rechte der Migranten werden respektiert werden. Berichte über Menschenrechtsverletzungen sind falsch." Auch die Pressesprecherin von Frontex drückte ihre Zufriedenheit aus über eine "normal verlaufende Operation". Weitere Abschiebungen sind für morgen und übermorgen angekündigt. Auch in der kommenden Woche soll die Operation weitergehen.

Load-Date: April 4, 2016

**[Tschechiens Vizepremier fordert Nato-Schutz für EU-Grenzen;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-nato-truppen-an-eu-grenze-tschechiens-vizepremier-andrej-babis-a-1049818.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-nato-truppen-an-eu-grenze-tschechiens-vizepremier-andrej-babis-a-1049818.html)**

SPIEGEL ONLINE

25. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 329 words

Byline: sun/dpa

Highlight: Tschechiens Vizepremier Andrej Babis hält den Zustrom von **Flüchtlingen** für "die größte Gefahr für Europa" - und fordert den Einsatz der Nato an den EU-Außengrenzen.

Body

Tschechiens Finanzminister und Vizeregierungschef Andrej Babis fordert einen Einsatz der Nato, um **Flüchtlinge** von der EU fernzuhalten. "Wir müssen den Schengenraum nach außen abschließen", sagte der Finanzminister und Gründer der liberalen Protestbewegung ANO am Dienstag im tschechischen Rundfunk. Der Zustrom sei "die größte Gefahr für Europa", sagte der 60 Jahre alte Milliardär und Unternehmer.

Der tschechische Präsident Milos Zeman warf Griechenland und Italien in einer Rede vor Botschaftern seines Landes "mangelnden Willen" zum Schutz der Grenzen vor.

Ministerpräsident Bohuslav Sobotka sprach sich in einer Reaktion auf Kritik aus Österreich gegen verpflichtende Quoten zur Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU aus. Der Sozialdemokrat wiederholte aber, dass Tschechien zur freiwilligen Aufnahme von 1500 Flüchtlingen bereit sei.

"Zäune und Tränengas halten Flüchtlinge nicht ab"

Angesichts der Notlage Tausender Flüchtlinge in mehreren europäischen Staaten haben Uno-Vertreter der EU eine verfehlte Migrationspolitik vorgeworfen. Die Europäer müssten sich zu einer solidarischen Teilung der Lasten der Flüchtlingskrise durchringen, forderten sie am Dienstag.

Vor allem müsse Staaten geholfen werden, deren Möglichkeiten erschöpft seien - namentlich Griechenland, Mazedonien und Serbien, sagte die Sprecherin des Uno-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR), Melissa Fleming, in Genf. Doch einige EU-Staaten setzen einzig auf Abwehr. Ungarn errichtet derzeit einen Zaun an seiner Grenze zu Serbien, der Flüchtlinge abhalten soll.

Der Uno-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Migranten, François Crépeau, sagte: "Zäune zu errichten, Tränengas einzusetzen und andere Formen der Gewalt gegen Migranten und Asylsuchende,

Tschechiens Vizepremier fordert Nato-Schutz für EU-Grenzen

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-nato-truppen-an-eu-grenze-tschechiens-vizepremier-....>

Festnahmen und die Verweigerung des Zugangs zu Obdach, Nahrung oder Wasser sowie Drohungen und Hassreden werden Migranten nicht davon abhalten, nach Europa zu kommen oder dies zu versuchen."

sun/dpa

Load-Date: August 26, 2015

End of Document

Jutta Cordt soll neue Bamf-Chefin werden

SPIEGEL ONLINE

19. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 566 words

Byline: Kevin Hagen

Highlight: Bislang führte sie die Berliner Arbeitsagentur, künftig bekommt sie es offenbar mit Hunderttausenden Asylanträgen zu tun: Jutta Cordt soll laut Berichten Chefin des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge werden.

Body

Es gibt in Deutschland derzeit sicherlich einfachere Aufgaben. Tausende neue Mitarbeiter müssen praktisch in Rekordzeit integriert werden, es gibt Ärger mit dem Personalrat und die Arbeit wird auch nicht weniger - im Gegenteil. Mehr als eine halbe Million offene Asylanträge stapeln sich beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in Nürnberg, die Bearbeitung der Fälle dauert immer länger, der öffentliche Druck nimmt zu.

Wer hat Lust, eine solche Behörde zu führen? Bamf-Chef Frank-Jürgen Weise offenbar nicht mehr. Bereits vor einiger Zeit hatte er angekündigt seine Doppelrolle als Chef des Migrationsamts und der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum Jahresende abgeben zu wollen.

Wer auf Weise an der Bamf-Spitze folgt, ist nun offenbar klar: Jutta Cordt, bislang Leiterin der Arbeitsagentur in Berlin, soll den Posten übernehmen. Das berichten die "Nürnberger Nachrichten" und die "Süddeutsche Zeitung" unter Berufung auf gut informierte Kreise. Das Bundesinnenministerium, dem das Bamf untersteht, wollte den Bericht zunächst nicht kommentieren. "Zu ausstehenden Personalentscheidungen äußere ich mich nicht", sagte ein Sprecher.

Um die Nachfolge zu regeln, müssen mehrere Gremien beteiligt werden. Auch das Bundeskabinett muss die Personalie billigen. Wann es dazu kommt, ist noch unklar. Angestrebt ist aber offenbar eine längere Übergabephase. Laut "Nürnberger Nachrichten" soll Cordt von Oktober an in der Nürnberger Bamf-Zentrale sein. Sie solle aber zunächst eingearbeitet werden und im neuen Jahr die Leitung übernehmen.

Altfälle könne erst 2017 abgeschlossen werden

Leicht wird es für die 52-Jährige nicht. Bei seinem Amtsantritt im September 2015 hatte Weise den Auftrag bekommen, den Stau bei den Asylanträgen zu beseitigen. Vor Kurzem räumte er jedoch ein, den Berg nicht wie angekündigt bis zum Jahresende vollständig abbauen zu können. Etwa 200.000 komplexe Altfälle werde man erst 2017 abschließen können - voraussichtlich bis zur Jahresmitte. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die Zahl neu in Deutschland ankommender Flüchtlinge so niedrig bleibe wie in den vergangenen vier Monaten.

Jutta Cordt soll neue Bamf-Chefin werden

Mittlerweile zieht sich die Bearbeitung der Anträge offenbar immer weiter hin. Durchschnittlich 7,3 Monate dauert es offenbar im zweiten Quartal des Jahres durchschnittlich, bis das Bamf über einen Fall entschieden hatte. Das berichten die Zeitungen der Funke Mediengruppe unter Berufung auf eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion. Im ersten Quartal 2016 benötigte die Behörde im Schnitt noch sechs Monate, Ende 2015 waren es 5,1 Monate.

Vom kommenden Jahr an will das Bundesamt weitgehend ohne ausgeliehenes Personal von BA, Post, Bundeswehr und Bundesinnenministerium auskommen. Die designierte Chefin Cordt wird dann 6300 Mitarbeiter unter sich haben. Neben der Bearbeitung und Entscheidung von Asylanträgen wird sich das Bamf auch wieder verstärkt um die Integration der Zuwanderer kümmern müssen - gemeinsam mit der BA.

Abzuwarten bleibt, wie sich das Verhältnis zum Personalrat entwickelt. Die Mitarbeitervertreter hatten sich zuletzt mehrfach offen gegen die Behördenleitung gestellt - unter anderem wegen der Einstellung neuer Mitarbeiter ohne Beteiligung des Gremiums. Behördenintern waren zudem Befürchtungen laut geworden, das Bamf werde immer stärker "BA-isiert".

kev/AFP/dpa/Reuters

Load-Date: August 19, 2016

End of Document

[Flüchtlinge reißen Grenzzaun zu Mazedonien nieder;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-reissen-zaun-zwischen-griechenland-und-mazedonien-nieder-a-1064774.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-reissen-zaun-zwischen-griechenland-und-mazedonien-nieder-a-1064774.html)

SPIEGEL ONLINE

26. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 259 words

Byline: syd/Reuters/AP

Highlight: Mazedonien lässt nur noch **Flüchtlinge** aus Syrien, Irak und Afghanistan nach Norden durch - Tausende andere sind dort gestrandet. Einige haben nun den Grenzzaun durchbrochen. Sie riefen: "Wir wollen nach Deutschland."

Body

Hunderte **Migranten** aus Marokko, Algerien und Pakistan haben versucht, die griechisch-mazedonische Grenze zu durchbrechen. Sie warfen Steine auf die Grenzpolizisten und rissen den Stacheldrahtzaun teilweise ein. Andere knieten nieder und riefen: "Wir wollen nach Deutschland".

Die Balkanstaaten lassen seit einigen Tagen nur noch Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und Irak über die Grenze und damit nach Norden weiterreisen. Seitdem sind etwa 1500 Menschen nahe der nordgriechischen Stadt Idomeni gestrandet.

Einige Migranten gelangten am Donnerstag durch den Zaun, wurden aber umgehend festgenommen. Polizisten in Kampfmontur und Beamte mit Sturmgewehren riegelten den auf etwa 40 Meter eingerissenen Grenzzaun ab.

In den vergangenen Tagen waren mehrere Menschen aus Iran und anderen Ländern an der Grenze in einen Hungerstreik getreten. Aus Protest gegen die Abriegelung hatten sie sich ihre Mäuler zugenäht.

Zugleich suchten viele Flüchtlinge offenbar inzwischen nach Alternativrouten - im Süden Bulgariens beispielsweise griff die Polizei in den letzten Tagen vermehrt Gruppen von Flüchtlingen mit Schleppern auf.

Das Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) kritisierten den Kurs der Balkanstaaten scharf. Mit der Entscheidung, nur noch Bürger aus Syrien, Irak und Afghanistan durchreisen zu lassen, werde das Recht von Flüchtlingen auf individuelle Prüfung von Asylgesuchen missachtet. Dabei ist dieses durch die Genfer Flüchtlingskonvention garantiert.

syd/Reuters/AP

Flüchtlinge reißen Grenzzaun zu Mazedonien nieder <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-reissen-zaun-zwischen-griechenland-und-mazedonien-nieder-a-....>

Load-Date: December 24, 2015

End of Document

[Lust am Untergang; http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-die-merkel-kritiker-treibt-die-lust-am-untergang-kommentar-a-1076398.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-die-merkel-kritiker-treibt-die-lust-am-untergang-kommentar-a-1076398.html)

SPIEGEL ONLINE

10. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 590 words

Byline: Maximilian Popp

Highlight: Die Gegner von Merkels Flüchtlingspolitik tun so, als stünde das Land vor dem Zusammenbruch. Sie haben ein Klima geschaffen, in dem selbst drastische Verschärfungen des Asylrechts schulterzuckend hingenommen werden.

Body

Es ist still geworden um Sumte. Im Herbst interessierten sich Journalisten aus aller Welt für das 100-Einwohner-Dorf in Niedersachsen, das 1000 Flüchtlinge aufnehmen sollte. Die "New York Times" schickte einen Reporter. Inzwischen ist die Hälfte der Migranten in Sumte eingetroffen, doch die Dorfbewohner reagieren, anders als von Flüchtlingsgegnern prophezeit, entspannt. "Wir arbeiten alles gut ab", sagte Bürgermeisterin Grit Richter in einem Zeitungsinterview.

Es ist auch um Passau still geworden. In der deutsch-österreichischen Grenzstadt kamen 2015 an einzelnen Tagen bis zu 8000 Flüchtlinge an - mehr als an jedem anderen Ort in Deutschland. Vom "deutschen Lampedusa", schrieb die "Zeit". Und trotzdem bekräftigt Bürgermeister Jürgen Dupper: "Selbstverständlich schaffen wir das".

Von Städten wie Sumte oder Passau ist in der Asyldebatte nur noch selten zu hören, ebenso von Eichstätt in Bayern, wo Stadt und Freiwillige gemeinsam die Integration von Geflüchteten organisieren, oder den Tausenden Bürgern, die in Hamburg, Berlin, Dresden nach wie vor Klamotten in Asylunterkünften sortieren und Sprachkurse anbieten.

Die Apokalyptiker dominieren die Diskussion. Sie klagen über Belastungsgrenzen, die angeblich überschritten sind, warnen vor "Selbstzerstörung" (Peter Sloterdijk) und einem vermeintlichen "Kollaps" des Staates (Horst Seehofer).

Stimmen der Menschlichkeit dringen kaum mehr durch

Richtig ist: in der Flüchtlingspolitik liegt vieles im Argen. An den EU-Außengrenzen sterben weiterhin Menschen (darum sorgen sich die "besorgten" Bürger jedoch nicht), die Verteilung von Flüchtlingen in Europa ist gescheitert, und ja, manche Migranten werden kriminell.

Richtig ist aber auch: Die Integration der Flüchtlinge ist in Deutschland vielerorts eine Erfolgsgeschichte. Die Bundesregierung hat die Flüchtlingsfrage lange Zeit ignoriert. Sie hat es, trotz besseren Wissens, verpasst, eine

Lust am Untergang <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-die-merkel-kritiker-treibt-die-lust-am-untergang-kommentar-a-1076398.html>

Infrastruktur für Neuankömmlinge zu schaffen. Die Zivilgesellschaft hat die Versäumnisse des Staates eindrucksvoll ausgeglichen.

Die Flüchtlingsfeinde tun trotzdem so, als stünde Deutschland kurz vor dem Zusammenbruch. Stimmen der Menschlichkeit, des Pragmatismus, der Vernunft, dringen in der Öffentlichkeit kaum mehr durch. Zu laut, zu schrill sind die Apologeten des Untergangs.

CSU, AfD, Pegida & Co. haben den Flüchtlingsdiskurs derart weit nach rechts verschoben, dass die drastischste Verschärfung des Asylrechts seit Beginn der Neunzigerjahre von einer Mehrheit der Deutschen schulterzuckend hingenommen wird. Im Schatten von Angela Merkels Diktum "Wir schaffen das" hat die Bundesregierung in den vergangenen Monaten Staaten pauschal als "sicher" eingestuft, die Residenzpflicht ausgeweitet, den Lagerzwang verschärft. Sie will Geld- durch Sachleistungen ersetzen. Der Familiennachzug soll eingeschränkt werden. All das dient einem einzigen Zweck: Flüchtlinge sollen abgeschreckt werden. Und trotzdem gilt die Asylpolitik der Kanzlerin selbst Linken nach wie vor als großzügig, schließlich spricht Merkel, anders als konservative Parteifreunde, nicht von einer "Obergrenze" für Flüchtlinge.

Die Flüchtlingsbewegung hat vergangenen Sommer Menschen mobilisiert wie kaum ein anderes Ereignis in der jüngeren deutschen Geschichte. Die Helfer sind immer noch da. Sie sind auch nicht wenige. Sie wurden zuletzt nur übertönt. Die Unterstützer einer liberalen Asylpolitik sind deshalb gezwungen, sich besser zu vernetzen und ihre Position deutlich zu artikulieren. Sie sollten die Deutungshoheit nicht den Nörglern und Zweiflern überlassen.

Load-Date: February 10, 2016

End of Document

**[Bundesländer erwarten wesentlich mehr Asylbewerber;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-bundeslaender-
erwarten-mehr-fluechtlinge-a-1024902.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-bundeslaender-erwarten-mehr-fluechtlinge-a-1024902.html)**

SPIEGEL ONLINE

22. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 502 words

Highlight: Nach Deutschland kommen mehr **Flüchtlinge**. Jetzt fordern mehrere Bundesländer vom Bund, die vorhergesagten Zahlen anzuheben. Ihr Vorwurf: Die bisherige Prognose sei viel zu niedrig.

Body

Berlin - Die vom Bund angesetzten **Flüchtlingszahlen** sind deutlich zu niedrig. Davon gehen nach einem Bericht der "Welt am Sonntag" die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hessen, Schleswig-Holstein und Brandenburg aus. Sie haben sich der Zeitung zufolge beim Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) für eine Anhebung der Prognose ausgesprochen. Nur so könne eine vernünftige Unterbringung und Versorgung der **Flüchtlinge** garantiert werden.

"Aufgrund unserer Erfahrung wird die Zahl in diesem Jahr wohl angesichts der weltweiten Krisen deutlicher steigen", sagte Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD). Die Länder benötigten vom BAMF eine "realistische Einschätzung" zur Planung, so seine Forderung.

Ein Sprecher von Hessens Sozial- und Integrationsminister Stefan Grüttner (CDU) sagte, das BAMF setze seine Prognosen grundsätzlich zu gering an. Die Länder seien aber "auf realitätsnahe Prognosen angewiesen".

Die angesetzte Zahl der Bundesbehörde liegt bisher bei 300.000 Asylanträgen für 2015. Im vergangenen Jahr waren es 202.000 Vorgänge.

Die Länder setzen dagegen deutlich höhere Zahlen an: Schleswig-Holstein rechnet 2015 bundesweit mit mehr als einer halben Million Asylanträgen, wie Innenminister Stefan Studt (SPD) bereits am Mittwoch deutlich machte. "Wenn wir unsere Zahlen hochrechnen, müssen wir 2015 in Deutschland mit 500.000 bis 550.000 neuen Asylbewerbern rechnen und nicht nur mit 300.000, wie vom Bundesamt angegeben", sagte er. Studt verlangte vom Bund, bei den Prognosen ehrlich zu sein. "Wir dürfen nicht die Augen vor der Realität verschließen - eine Vogel-Strauß-Politik hilft uns nicht weiter."

Behörde: Anpassung für das laufende Jahr verfrüht

Das Bundesamt lehnt eine Korrektur seiner Prognose von Februar dem Zeitungsbericht zufolge derzeit jedoch ab. Man halte eine Anpassung für das laufende Jahr für verfrüht, erklärte die Behörde. Die Entwicklung der

Bundesländer erwarten wesentlich mehr Asylbewerber <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-bundeslaender-erwarten-mehr-fluechtlinge-a-1024902.htm....>

Asylantragszahlen werde jedoch sehr genau beobachtet. Eine Korrektur im weiteren Verlauf des Jahres sei deshalb "durchaus möglich".

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) forderte angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen vom Bund mehr Geld: "Die Länder und Kommunen sind bei der Unterbringung der Flüchtlinge sehr gefordert, gerade die Kommunen stoßen teils an die Grenzen des finanziell Leistbaren." 500 Millionen Euro, die der Bund jeweils für 2015 und 2016 zugesagt habe, reichten bei Weitem nicht aus. Auch der Deutsche Städtetag rief den Bund dazu auf, sich dauerhaft finanziell zu engagieren.

Bund und Länder hatten sich zuletzt auf eine Beschleunigung der Asylverfahren verständigt. Dazu erhält das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mehr Personal.

Nach Informationen des SPIEGEL verfolgen mehrere EU-Staaten eine neue Politik gegen Bootsflüchtlinge. Berlin, Rom, Paris und Madrid wollen verhindern, dass Asylsuchende europäischen Boden erreichen. Ägypten und Tunesien sollen dabei helfen.

heb/AFP

Load-Date: April 18, 2015

End of Document

Mehr Flüchtlinge nach Ostdeutschland? Was dafür spricht - und was dagegen; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-warum-asylbewerber-im-osten-unterkommen-koennten-a-1044433.html>

SPIEGEL ONLINE

20. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 923 words

Byline: Peter Maxwill

Highlight: Der Vorschlag sorgt für Aufregung: Zehntausende **Asylbewerber** sollen in den entvölkerten Regionen Ostdeutschlands unterkommen, fordert Baden-Württemberg. Vier Argumente für die Idee - und vier dagegen.

Body

Mit jedem Tag werden sie mehr: nach Deutschland flüchtende Menschen, von Unbekannten niedergebrannte Unterkünfte, über die **Flüchtlingskrise** lamentierende Politiker. Die Debatte darüber wird erregt geführt, konstruktive Ideen sind bislang jedoch Mangelware.

Dabei gibt es nun einen Vorschlag zur Lösung der Krise: Warum nicht einen Großteil der Hilfesuchenden in den weniger besiedelten Landstrichen der neuen Bundesländer unterbringen? Dieser Vorschlag von Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) rief umgehend Kritik hervor. Dabei spricht einiges für ihn - allerdings auch manches dagegen. Der Überblick:

Was dafür spricht:

Im Osten der Republik gibt es kaum Menschen mit Migrationshintergrund: Mehr als 16,5 Millionen waren es laut Statistischem Bundesamt 2013 in Deutschland, davon lebten jedoch nur 569.000 in den neuen Ländern. Das beunruhigt die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung: "Im Osten gibt es gemessen an der Bevölkerung noch immer zu wenige Menschen, die sichtbar Minderheiten angehören", sagte Anetta Kahane dem "Tagesspiegel". Kurzum: Die Menschen in ländlichen Regionen zwischen Ostsee und Erzgebirge sollten Erfahrungen mit anderen Kulturen machen - und lernen, wie Integration funktioniert. Der Osten blutet aus: Während die wenigen Großstädte östlich von Harz und Elbe wachsen, überaltert die Gesellschaft auf dem Land - und immer mehr Menschen ziehen fort. Kretschmann schlägt daher vor, vom Königsteiner Schlüssel abzurücken, der die Verteilung von Asylbewerbern regelt: "Wir können nicht nur nach dem Schlüssel operieren, sondern müssen auch schauen, wo tatsächlich Wohnraum vorhanden ist." Dem Statistischen Bundesamt zufolge käme dafür vor allem Sachsen-Anhalt infrage: Dort stehen seit Jahren etwa 15 Prozent aller Wohnungen leer. Der Vorschlag ist nicht ganz uneigennützig, denn Kretschmann ist Regierungschef in einem der besonders von der Flüchtlingskrise betroffenen Länder: Tausende Asylbewerber kommen in Süddeutschland an, Bayern bringt viele von ihnen in Zelten unter, Großstädte im Westen weichen auf Parkplätze und Friedhöfe aus. In den ländlichen Regionen des Ostens stehen hingegen

Mehr Flüchtlinge nach Ostdeutschland? Was dafür spricht - und was dagegen
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-warum-asylbewerber-im-osten-unt....>

ganze Stadtteile leer. Dort könnten viele Flüchtlinge in Häusern statt in Zelten unterkommen - beispielsweise im sächsischen Vogtlandkreis: Dort rechnet das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) mit fast 35.000 leerstehenden Wohnungen bis zum Jahr 2030. Der Zuzug von Flüchtlingen könnte sich als Segen für den Arbeitsmarkt im Osten erweisen: Der Erwerbstätigenanteil von Asylbewerbern liege langfristig bei rund 55 Prozent, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Durch Sprachförderung und Bildungsangebote könne die Integration in den Arbeitsmarkt noch erhöht werden - zumal die meisten Flüchtlinge jung und motiviert seien. Negative Folgen für den Arbeitsmarkt sind demnach kaum zu erwarten: Die bis 2016 erwartete Zuwanderung werde das Lohnniveau mittelfristig nicht beeinflussen und die Arbeitslosenquote um höchstens 0,1 Prozent ansteigen lassen. Diese Chance könnten die neuen Länder nutzen.

Was dagegen spricht:

Dass es im Osten kaum Ausländer und Zuwanderer gibt, birgt auch Risiken. "Wo es keine Migrationsstruktur gibt, ist es sehr viel schwieriger für Neuankommende", sagte Karl Kopp von der Menschenrechtsorganisation Pro Asyl zu SPIEGEL ONLINE. In Ostdeutschland seien die Ressentiments gegenüber Fremden seit Jahren groß, so Kopp: "Durch zwangsweise Umverteilung aufs Land entsteht keine Einwanderungsgesellschaft." Zunächst müsse eine "Willkommensstruktur" geschaffen werden, ansonsten sei die Gefahr von Übergriffen auf Asylbewerber zu hoch. Die pauschale Trennung in West und Ost entspricht nicht der Realität: Ballungsräume etwa in Sachsen und rund um Berlin sind keineswegs entvölkert, dort leben auch viele Migranten. Zudem gibt es auch im Westen strukturschwache Regionen, in die nach dieser Logik viele Flüchtlinge geschickt werden könnten: Infrage kämen dann etwa die Eifel, der Westerwald oder das Saarland. Die Ansiedlung von Asylbewerbern droht, soziale Spannungen zu erhöhen. Denn gerade in kaum bevölkerten Regionen würde die Einrichtung von Flüchtlingsheimen das Verhältnis von länger dort lebenden Einwohnern und Zugezogenen drastisch verändern. So engagierten sich etwa im bayerischen Reichertshofen zuletzt Hunderte Anwohner nicht grundsätzlich gegen ein Flüchtlingsheim, sondern primär gegen die geplante Zahl der Bewohner. Schließlich brannte das Gebäude. Eine Gefahr für Flüchtlinge geht im Osten von rechten Fanatikern aus: Extreme und populistische Parteien feiern dort seit Jahren Wahlerfolge, die zuwanderungsfeindliche Pegida-Bewegung hat in Dresden ihre letzte Hochburg. Der Streit über ein Flüchtlingsheim im sächsischen Freital zeigt, wie ausgeprägt der Hass gegen Fremde dort ist. Ein Lösungsansatz für dieses Problem gibt es auch schon, er dürfte aber nicht unumstrittener sein als Kretschmanns Initiative: Zehntausende Menschen fordern in einer Onlinepetition ein Verbot fremdenfeindlicher Kundgebungen vor Asylbewerberunterkünften.

Zusammengefasst: Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat angeregt, mehr Asylbewerber in den neuen Bundesländern unterzubringen. Für diesen Vorschlag spricht etwa der Leerstand und der Arbeitskräftemangel in weiten Teilen des Ostens. Allerdings ist der Widerstand gegen Flüchtlinge gerade in ländlichen Regionen groß, in den neuen Bundesländern haben rechte Parteien und Gruppen zudem großen Zulauf.

Load-Date: July 20, 2015

"Es ist kein Zufall, dass es in den Lagern brennt"

SPIEGEL ONLINE

02. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 1048 words

Byline: Britta Kollenbroich

Highlight: Flüchtlinge auf den griechischen Inseln warten teils Monate auf eine Entscheidung über ihre Zukunft - und verzweifeln. EU-Beamte vor Ort klagen über fehlende Mitarbeiter und mangelhafte Absprachen. Ein Versagen mit Ansage.

Body

Die Bewohner von Eleonas haben sich eingerichtet. Schlichte Stoffstücke schmücken die kleinen Fenster, in manchen Rahmen baumeln Blumentöpfe an Wollfäden. Aus der Ferne erinnern die hellen Container mit ihren roten Dächern an kleine Häuser in Vorstadtsiedlungen.

Ein Mädchen, nicht älter als zehn Jahre, fährt mit dem Rad an einem großen Zelt vorbei bis zum Container der SOS-Kinderdörfer. Auf ein Plakat haben die Mitarbeiter Dorfregeln geschrieben, wie sie es nennen: "Imagine your dream, create your happiness, live your life." Sie haben den Spruch um eine vierte Regel ergänzt: "Enjoy every moment" - genieße jeden Moment.

Eleonas in Athen ist das Vorzeigecamp in Griechenland. Obwohl es auch hier eng ist, obwohl auch hier viel improvisiert wird und obwohl es auch hier immer wieder zu Spannungen kommt: Im Vergleich zu anderen Flüchtlingslagern ist die Unterkunft eine positive Ausnahme. Das müsse man sich bei einem Besuch dort immer wieder bewusst machen, sagt selbst der griechische Migrationsminister Ioannis Mouzalas.

Wenn alles nach Plan läuft, sehen irgendwann alle Lager in Griechenland mindestens so aus wie das Camp in der Hauptstadt. Wenn es richtig gut läuft, sogar schon zu Weihnachten.

Doch bislang läuft in Griechenland nur wenig nach Plan. Vor allem auf den griechischen Inseln ist die Situation verzweifelt. Das liegt zum einen daran, dass die Lager hoffnungslos überbelegt sind. Die Zahlen machen deutlich, wie angespannt die Situation in den Camps ist: Fast 16.000 Menschen sind dort untergebracht, vorgesehen sind die Unterkünfte für 8000 Menschen. "Genieße jeden Moment" - auf den Inseln würde das eher wie Hohn klingen.

"Es ist kein Zufall, dass es in den Lagern brennt"

Denn die Menschen sorgen sich auch um ihre Zukunft. Seit Monaten tut sich nur wenig bei der Bearbeitung ihrer Asylanträge. Sie sitzen auf den griechischen Inseln fest. "Es geht nur langsam voran, zu langsam", gibt auch der griechische Migrationsminister Ioannis Mouzalas zu.

"Es ist kein Zufall, dass es in den Lagern brennt"

Sinnbild für den gescheiterten Umgang mit den Flüchtlingen auf den Inseln ist das Lager Moria auf Lesbos. Unruhen sind längst alltäglich - es gibt Spannungen unter den Bewohnern, Proteste gegen die miserablen Zustände im Lager und nun auch Wut auf die Asylbearbeiter.

Als am vergangenen Montag die Container der europäischen Asylbehörde Easo in Flammen aufgingen, konnten sich die Mitarbeiter und Flüchtlinge noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. So viel Glück hatte ein anderer Beamter nicht, er wurde nur ein paar Tage zuvor von einem Stein getroffen und lag tagelang im Krankenhaus. Längst hat die EASO eine Sicherheitsfirma beauftragt, die Container rund um die Uhr zu bewachen.

"Es ist kein Zufall, dass es in den Lagern brennt", sagt Philippe Leclerc, der das Büro des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR in Griechenland leitet. "Das Feuer in Moria ist eine Mahnung: Die Situation ist schwierig", sagt auch Maarten Verwey, der die Sondereinheit SRSS der EU in Griechenland leitet. "So lange die Anspannung bleibt, so lange werden auch Zelte brennen", sagt der griechische Migrationsminister Mouzalas.

Zu wenig Beamte, zu kurze Aufenthalte

Sie alle sind sich einig: Die Menschen in den Lagern brauchen eine Perspektive. Dafür müssen die Lebensumstände verbessert und vor allem die Asylprozesse beschleunigt werden. Während im ersten Punkt vor allem Griechenland gefragt ist, ist die zweite Aufgabe eine gesamteuropäische.

Dass sich dieser aber nur wenige Mitgliedstaaten stellen, erlebt José Carreira jeden Tag. Er leitet EASO, die europäische Asylbehörde, und ist dafür verantwortlich, dass jeder Asylbewerber angehört wird. Drei bis vier Stunden dauern diese Interviews. Immer im Einklang mit EU-Recht, betont Carreira. Das bedeutet: Außer dem Beamten sind auch mindestens zwei Übersetzer anwesend.

Das ist teuer - und es bindet viel Personal. Personal, das EASO nicht hat. Die Agentur ist darauf angewiesen, dass die EU-Staaten ihre Beamten entsenden. Genau darauf kann sich Carreira jedoch bislang kaum verlassen. Nur wenige Mitarbeiter werden gesendet, und die auch nur für kurze Zeit.

"Wenn ich 100 Beamte anfordere, werden mir vielleicht 37 vorgeschlagen. Doch viele erfüllen die Anforderungen nicht", erzählt Carreira. Länder hätten ihm schon Verkehrspolizisten schicken wollen. "Die machen bestimmt einen sehr guten Job in ihrem Bereich, aber ich brauche Beamte, die sich mit Asylverfahren auskennen."

Knapp 140 Menschen arbeiten derzeit für EASO an zehn Stützpunkten auf den griechischen Inseln. Etwa die Hälfte sind Übersetzer, die andere Hälfte Asylexperten. Genau lässt sich das kaum sagen, beinahe täglich gibt es Wechsel. Diese mangelnde Kontinuität ist das zweite große Problem von Carreira und seinem Team. Das dritte sind die unterschiedlichen Befugnisse und Vorgaben in den Herkunftsländern. "Sie kommen aus Budapest, aus Barcelona - alle Behörden unterscheiden sich."

Zwei Tage lang werden deshalb alle entsendeten Beamten auf dem Festland auf ihren Einsatz für die EASO vorbereitet, bevor sie am dritten Tag auf die Inseln kommen. Frühestens am vierten Tag beginnen die Experten mit ihrer Arbeit - manche reisen schon zehn Tage später wieder ab.

Pflicht statt "flexibler Solidarität"

4000 bis 5000 Flüchtlinge hat die EU-Agentur seit Inkrafttreten des EU-Türkei-Deals befragt. Die Interviews werden zusammen mit einer Empfehlung an die griechischen Behörden übergeben. Die Entscheidung über den Asylantrag ist Sache der Griechen, doch ohne die Interviews von EASO geht es nicht. Wenn sich nichts ändert, könnte es noch ein Jahr dauern, bis alle Menschen befragt worden sind, sagt Carreira. Für viele Flüchtlinge bedeutet das noch monatelange Unsicherheit.

"Wir wünschen uns, dass die Mitgliedstaaten verpflichtet würden, gut qualifizierte Mitarbeiter zu schicken. Das würde einen großen Unterschied machen", sagt EASO-Chef Carreira. Noch besser wäre es, unabhängiger von den einzelnen Ländern zu werden und ein eigenes, festes Team zu haben.

"Es ist kein Zufall, dass es in den Lagern brennt"

Appelle reichten längst nicht mehr, sagen auch Migrationsminister Mouzalas und Griechenlands Premier Alexis Tsipras. Die EU müsse mehr Druck auf ihre Mitgliedsländer ausüben. Die gepriesene "flexible Solidarität" sei doch nur ein Trick, ärgert sich Mouzalas. Die Länder wälzten die Verantwortung an Griechenland ab.

Load-Date: November 2, 2016

End of Document

**[De Maizièrè entschärft geplante Kürzungen für Flüchtlinge;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-thomas-de-maiziere-entschaerft-geplante-kuerzungen-a-1053940.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-thomas-de-maiziere-entschaerft-geplante-kuerzungen-a-1053940.html)**

SPIEGEL ONLINE

21. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 515 words

Byline: heb/dpa/Reuters

Highlight: Union und SPD haben sich auf Neuregelungen im Asylrecht geeinigt. Innenminister Thomas de Maizièrè konnte seine scharfen Auflagen für Asylbewerber nicht komplett durchsetzen.

Body

Tagelang haben CDU, CSU und SPD um ein Maßnahmenpaket gerungen, um die Flüchtlingskrise besser zu organisieren. Jetzt hat Bundesinnenminister Thomas de Maizièrè (CDU) verkündet, dass sich die Große Koalition am Sonntag auf einen Gesetzentwurf verständigt habe. Es sei "eine Einigung in allen Punkten erzielt" worden, sagte der Christdemokrat am Montag in Berlin. Der überarbeitete Entwurf sei nun an die Länder verschickt worden.

De Maizièrè konnte sich an einer entscheidenden Stelle nicht durchsetzen: Das Gesetzespaket wurde bei den sogenannten Dublin-Fällen entschärft. Bisher war vorgesehen, dass die über ein EU-Mitgliedsland eingereisten Flüchtlinge und Asylbewerber weder Geld- noch Sachleistungen bekommen. Sie sollten nur Proviant erhalten und eine Rückfahrkarte in das EU-Land, über das sie erstmals in die EU eingereist sind.

Diese Regelung soll nach den Worten de Maizièrès nun nur für diejenigen gelten, die nach einem Asylverfahren ausreisen oder sich über einen EU-Verteilmechanismus eigentlich in einem anderen Land aufhalten müssten. Die Maßnahmen würden nicht für Dublin-Fälle gelten.

Der Entwurf sieht zudem Lockerungen im Bauplanungsrecht vor, um die Schaffung von Flüchtlingsunterkünften zu beschleunigen. Menschen, die bleiben dürfen, sollen möglichst schnell in Gesellschaft und Arbeitswelt integriert werden, andere schneller abgeschoben werden. Außerdem sollen in Erstaufnahmeeinrichtungen künftig stärker Geld- durch Sachleistungen ersetzt werden.

Der Innenminister verteidigte am Montag seinen Vorschlag für eine europaweite Deckelung der Flüchtlingszahlen gegen die scharfe Kritik von SPD und der Opposition. Es handele sich um eine persönliche Initiative für einen Perspektivwechsel im europäischen Asylrecht, sagte er. Es könnten nicht alle Flüchtlinge aus der ganzen Welt und diejenigen, die ihre wirtschaftliche Zukunft in Europa sähen, aufgenommen werden. "Deswegen schlage ich vor, dass wir uns in Europa auf Kontingente verständigen." Im großzügigen Umfang sollten dann Flüchtlinge aus

De Maizière entschärft geplante Kürzungen für Flüchtlinge

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-thomas-de-maiziere-entschaerft-geplante-kuerzun...>

Krisenregionen nach Europa geholt und zwischen den Ländern verteilt werden, ohne dass Schlepper daran verdienen.

Neuer Bamf-Chef Weise will Asylverfahren straffen

Der neue Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Frank-Jürgen Weise, kündigte an, er wolle beim Bund-Länder-Spitzentreffen am Donnerstag in Berlin erste Vorschläge für eine Beschleunigung der Asylverfahren vorlegen. Weise sagte, er wolle die Abläufe bei Asylverfahren straffen, um "einen möglichst schnellen Durchlauf zu erreichen". Es müssten die Fragen gestellt werden: "Ist unsere IT-Technik richtig aufgestellt und sind unsere Arbeitsprozesse gut organisiert", sagte Weise. Bei der IT-Technik müssten Übergänge zwischen den Behörden vereinfacht werden, soweit dies verfassungsrechtlich vertretbar sei. Auch über das System der Sprachkurse solle neu nachgedacht werden.

Weise ist Chef der Bundesagentur für Arbeit und übernimmt nun - nach dem Rücktritt des bisherigen Bamf-Präsidenten Manfred Schmidt - zusätzlich die Leitung der Migrationsbehörde.

heb/dpa/Reuters

Load-Date: September 21, 2015

End of Document

[Hetzer, Schläger, Brandstifter;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gewalt-gegen-fluechtlinge-in-
diesen-orten-gibt-es-uebergriffe-a-1027854.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gewalt-gegen-fluechtlinge-in-diesen-orten-gibt-es-uebergriffe-a-1027854.html)

SPIEGEL ONLINE

10. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 202 words

Highlight: Die Zahl der Flüchtlinge steigt. In Deutschland schlagen ihnen oft Hetze und Gewalt entgegen - nicht nur in Tröglitz. Wo es in diesem Jahr schon zu Übergriffen gegen Asylbewerber kam, zeigt diese interaktive Karte.

Body

In Tröglitz in Sachsen-Anhalt zündeten Brandstifter eine geplante Unterkunft für Flüchtlinge an, das Haus ist vorerst unbewohnbar. Die Tat sorgte bundesweit für Empörung - ist aber beileibe kein Einzelfall:

Anfang Januar gab es in Eschburg bei Hamburg einen Brandanschlag auf ein Haus, in das kurz darauf sechs irakische Flüchtlinge einziehen sollten.

Mitte Dezember stand ein Flüchtlingsheim im bayerischen Vorr in Flammen.

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland steigt seit Langem. Für dieses Jahr rechnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit mindestens 300.000 Asylanträgen. Doch nicht überall sind sie willkommen: Rassistische Angriffe auf deutsche Asylbewerberheime haben schon 2014 stark zugenommen. Die Behörden zählten im vorigen Jahr 150 rechtsextremistisch motivierte Straftaten - dreimal mehr als 2013.

Die Amadeu Antonio Stiftung und Pro Asyl listen in den ersten Monaten dieses Jahres bereits 38 Angriffe auf Flüchtlinge und Asylbewerberunterkünfte sowie rechtsextreme Hetzdemos in ganz Deutschland auf.

Sehen Sie hier die Übergriffe in einer interaktiven Grafik - klicken Sie auf die Punkte, um sich die einzelnen Fälle anzusehen:

sas

Load-Date: May 11, 2015

Ungarn will Flüchtlinge stärker abschrecken

SPIEGEL ONLINE

05. Juli 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 852 words

Byline: Keno Verseck

Highlight: Mehr Polizei, bessere Ausrüstung und schärfere Regeln - die ungarische Regierung will **Migranten** mit Nachdruck fernhalten. Doch tatsächlich werden Elendslager an der Grenze anschwellen.

Body

Sie kampieren im Dreck vor dem Stacheldrahtzaun. In kleinen Zelten, unter Decken oder einfach unter freiem Himmel. Einmal am Tag verteilen Polizisten Brot, Fischkonserven und Trinkwasser. Manchmal dürfen private Helfer Windeln, Medikamente oder Babynahrung bringen. Es gibt einen Wasserhahn. Nach mehreren Monaten haben Behördenmitarbeiter drei mobile Toiletten aufgestellt.

Das Elendslager vor der sogenannten Transitzone neben dem ungarisch-serbischen Grenzübergang Röszke-Horgos: Hier warten Hunderte **Flüchtlinge** darauf, dass sie in einer der Blechbaracken hinter dem Stacheldrahtzaun einen **Asylantrag** stellen können. Täglich werden jedoch nur 15 bis 20 Menschen in die Transitzone eingelassen. Manche harren wochenlang aus, bis sich die eiserne Zugangsschleuse für sie öffnet.

Schon in den nächsten Tagen könnte die Zahl der Wartenden hier und vor einer baugleichen Transitzone vierzig Kilometer weiter westlich auf einige Tausend ansteigen. Damit entstünden Elendslager vom Ausmaß des griechischen Idomeni, das im Mai geräumt wurde. Denn Ungarn hat zu Wochenanfang eine neue Offensive gegen Migration und Zuwanderung gestartet und seine ohnehin restriktive Flüchtlings- und Asylpolitik noch einmal verschärft. Das Ziel: noch mehr Abschreckung gegen Flüchtlinge.

Am Dienstag führte die Regierung des Ministerpräsidenten Viktor Orbán eine sogenannte Tiefen-Grenzsicherung ein:

Die neuen Grenzschutzmaßnahmen sind eine Reaktion auf die in den vergangenen Monaten deutlich gestiegenen Flüchtlingszahlen. Im ungarisch-serbischen Grenzgebiet werden täglich bis zu 250 Flüchtlinge aufgegriffen. Seit Jahresanfang waren es insgesamt rund 17.500 Personen.

Bisher kamen diejenigen, denen das Übertreten oder Beschädigen des Grenzzauns nicht direkt nachgewiesen werden konnte, in Aufnahmelager und konnten von dort aus meist nach kurzer Zeit weiter Richtung Westen reisen.

Selbst für verurteilte "Grenzverletzer" - in Ungarn wurden seit September letzten Jahres knapp 5000 Flüchtlinge wegen illegalen Grenzübertritts zu Abschiebung und Einreiseverboten verurteilt - war es meist vorteilhafter, Ungarn

Ungarn will Flüchtlinge stärker abschrecken

illegal zu betreten, als wochenlang vor der Transitzone zu warten. Denn da Ungarn verurteilte Flüchtlinge praktisch kaum abschieben kann, weil sie keine Personaldokumente besitzen und Serbien keine Flüchtlinge zurücknimmt, kamen sie ebenfalls in Aufnahmelager und konnten von dort bald weiterreisen.

"Das kommt einer Abschiebung ziemlich nahe"

Diese Praxis will Ungarn nun beenden. Die Regierung will die " Effektivität der Kontrollen im Grenzstreifen erhöhen ". Ziel sei, dass niemand Ungarn illegal betrete.

Praktisch jedoch wird die Grauzone der ungarischen Flüchtlingspolitik erneut ein Stück größer, kritisieren Bürgerrechtler. "Flüchtlinge werden auf ungarischem Territorium ohne die Möglichkeit eines Asylverfahrens und ohne jegliche Dokumentation zurück an die Grenze eskortiert, wo sie unter inhumanen Bedingungen eine willkürlich lange Zeit ausharren müssen, um Asyl zu beantragen", sagt Márta Pardavi, die Co-Vorsitzende des ungarischen Helsinki-Komitees. "Das kommt einer zumindest zeitweisen Abschiebung ziemlich nah."

Referendum gegen EU-Politik am 2. Oktober

Gegen Ungarn läuft seit Dezember 2015 wegen der verschärften Flüchtlings- und Asylpolitik bereits ein EU-Vertragsverletzungsverfahren. Die Brüsseler EU-Kommission bemängelt unter anderem die Schnelljustiz gegen Flüchtlinge, aber auch die restriktiven Asylantragsmöglichkeiten. Ungarn sieht darin jedoch keine Verletzung von EU-Richtlinien zur Flüchtlingspolitik.

Nachfragen von SPIEGEL ONLINE zu den neuen Grenzschutzmaßnahmen, etwa, ob die Aufnahmekapazität in den Transitzonen erhöht oder die Bedingungen für wartende Flüchtlinge verbessert würden, wollten Sprecher der ungarischen Regierung, der Grenzpolizei und der Einwanderungsbehörde BÁH nicht beantworten.

Orbán's Kabinettschef Antal Rogán verkündete am Dienstag vor der Presse jedoch stolz: Man habe in der Nacht bereits 122 Flüchtlinge im Grenzgebiet gefasst und zur Transitzone eskortiert.

Außerdem wurde der Termin für das ungarische Referendum gegen die EU-Flüchtlingspolitik bekannt gegeben. Am 2. Oktober sollen die Bürger dann auf die Frage antworten: "Wollen Sie, dass die Europäische Union Ungarn auch ohne die Zustimmung des ungarischen Parlamentes die verpflichtende Ansiedlung nicht ungarischer Staatsbürger vorschreiben kann?" Kabinettschef Rogán forderte die Wähler gleich auf, "Nein zur Brüsseler Einwanderungspolitik und zur Zwangsansiedlung zu sagen".

Zusammengefasst: Wegen seiner Flüchtlingspolitik wird Ungarn in der EU heftig kritisiert. Nun verschärft das Land seine Grenzpolitik erneut. Tausende zusätzliche Sicherheitskräfte sollen die Grenze sichern, ihre Ausrüstung wird verbessert. Vor allem aber sollen Flüchtlinge unter bestimmten Bedingungen zurück an den Grenzzaun eskortiert werden, wo sie in Transitzonen warten müssen und Asyl beantragen können. Dort herrschen allerdings oft unhaltbare Zustände - es bilden sich neue Elendslager. Menschenrechtler kritisieren, das ähnele einer zeitweisen Abschiebung ohne Asylverfahren.

Load-Date: July 6, 2016

**[EU will Flüchtlinge ohne feste Quote umverteilen;
http://spiegel.de/politik/ausland/eu-will-fluechtlinge-ohne-feste-quote-umverteilen-a-1040532.html](http://spiegel.de/politik/ausland/eu-will-fluechtlinge-ohne-feste-quote-umverteilen-a-1040532.html)**

SPIEGEL ONLINE

24. Juni 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 613 words

Byline: Ier/AFP/dpa

Highlight: Die Gegner einer Umverteilungsquote für **Flüchtlinge** in der EU haben sich durchgesetzt: Der EU-Gipfel will zwar weiterhin **Migranten** aus Italien und Griechenland auf andere Mitgliedstaaten verteilen, aber ohne Zwang.

Body

Der am Donnerstag beginnende EU-Gipfel hält an seinem Ziel fest: 40.000 **Migranten** aus Italien und Griechenland sollen auf andere Mitgliedsländer verteilt werden. Es soll aber laut dem Entwurf für das Treffen keine Pflicht zur Teilnahme geben. Gleichzeitig wollen die Staats- und Regierungschefs schnellere Abschiebungen illegaler Einwanderer fordern.

"Die Vorstellung, dass Brüssel Quoten auferlegen könnte, funktioniert nicht", sagte ein hochrangiger EU-Diplomat. "Es hat niemals eine Mehrheit hinter verbindlichen Quoten gegeben." Der EU-Gipfel werde eine Umverteilung deshalb nur auf freiwilliger Basis fordern. Das heiße aber nicht, dass die Mitgliedstaaten nicht in der Verantwortung stünden.

Die EU-Kommission hatte die Verteilung über verbindliche Quoten angesichts der dramatischen Lage in Italien und Griechenland vorgeschlagen. Dort kamen in diesem Jahr schon mehr als 100.000 Flüchtlinge über das Mittelmeer an. Die Kommissionspläne stießen jedoch bei Großbritannien und einer Reihe von Ländern in Osteuropa auf Ablehnung. Viele befürchten eine dauerhafte Aufweichung der Dublin-Regeln, wonach Flüchtlinge einen Asylantrag in dem EU-Land stellen müssen, wo sie zuerst europäischen Boden betreten haben.

Die Verteilung der 40.000 Migranten solle über zwei Jahre erfolgen und nur Flüchtlinge betreffen, bei denen es "eine klare Notwendigkeit vorübergehenden Schutzes" gebe, heißt es nun im Entwurf für den EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag. Wirtschaftsflüchtlinge sind damit von der Verteilung ausgeschlossen.

Betont wird auch, dass es sich um einen "vorübergehenden und außerordentlichen" Schritt handelt. Wie verteilt wird, soll bis Ende Juli beschlossen werden. Die Kommission will dennoch weiter für die Quote kämpfen: "Wir halten an unserem Vorschlag fest", sagte die stellvertretende EU-Kommissionspräsidentin Kristalina Georgieva.

Mehr Hilfe für Flüchtlinge in Lagern

EU will Flüchtlinge ohne feste Quote umverteilen <http://spiegel.de/politik/ausland/eu-will-fluechtlinge-ohne-feste-quote-umverteilen-a-1040532.html>

Die EU-Staats- und Regierungschefs wollen sich dem Entwurf zufolge auch zu dem Grundsatz bekennen, dass "sich alle Mitgliedstaaten an der Umsiedlung von 20.000 Vertriebenen beteiligen, bei denen es eine klare Notwendigkeit internationalen Schutzes gibt". Das war ebenfalls ein Vorschlag der EU-Kommission und würde anerkannte Flüchtlinge in Lagern etwa rund um Syrien betreffen.

Gleichzeitig sollen Hauptankunftsländer wie Italien und Griechenland stärker unterstützt werden, um ankommende Flüchtlinge zu registrieren. Dazu sollen Experten aus anderen Mitgliedstaaten sowie der EU-Asylbehörde EASO, der Grenzagentur Frontex und von Europol abgestellt werden. Ziel sei es, in sogenannten Hotspots die schnelle Identifizierung, Registrierung und die Abnahme von Fingerabdrücken zu ermöglichen. Die EU will damit verhindern, dass Flüchtlinge aus Südeuropa illegal in nördliche Länder wie Deutschland weiterreisen und das Dublin-Prinzip unterlaufen wird.

Ein weiterer Teil des Schlussfolgerungsentwurfs verlangt schnellere Abschiebungen illegaler Einwanderer und Anreize für Transit- und Herkunftsländer, Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Dabei setzt die EU auch auf das Instrument der Entwicklungszusammenarbeit. Nach einem "Mehr für mehr"-Prinzip sollen die Länder etwa in Afrika belohnt werden, die mit der EU dabei zusammenarbeiten. "Instrumente der Entwicklungspolitik sollten den örtlichen Aufbau von Fähigkeiten verstärken, darunter die Grenzkontrolle, Asyl, Vorgehen gegen Schmuggel und Reintegration", heißt es in dem Entwurf.

Die EU-Staaten ihrerseits sollen die geltende Rückführungsrichtlinie "vollständig anwenden". Dabei sollen Abschiebungsbeschlüsse im Computersystem des Schengenraums gespeichert werden, damit erneut zurückkehrende Flüchtlinge schnell erkannt werden.

ler/AFP/dpa

Load-Date: June 25, 2015

End of Document

De Maizière meldet deutliche Entspannung in der Flüchtlingskrise

SPIEGEL ONLINE

08. Juli 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 429 words

Byline: kev/AFP/dpa/Reuters

Highlight: Im Vergleich zum Vorjahr kommen deutlich weniger **Flüchtlinge** nach Deutschland. Laut Innenministerium wurden im ersten Halbjahr etwa 220.000 **Asylsuchende** registriert.

Body

Die Zahl der neuen **Asylsuchenden** in Deutschland ist im ersten Halbjahr deutlich zurückgegangen. Von Anfang Januar bis Ende Juni dieses Jahres wurden insgesamt 222.264 Neuankömmlinge registriert, wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) in Berlin mitteilte.

Im vergangenen Jahr wurden bundesweit über eine Million Asylsuchende gezählt. Annähernd 75.000 davon kamen aus Syrien. Weitere wichtige Herkunftsländer waren Afghanistan (39.000) und der Irak (38.000).

Im Juni wurden ähnlich wie im Vormonat rund 16.000 Neuzugänge im Easy-System registriert. Dagegen waren es im eher einreiseschwachen Januar noch 92.000. Als Gründe für den Rückgang nannte de Maizière die Schließung der sogenannten Balkan-Route sowie die Vereinbarungen zwischen der EU und der Türkei.

"Wir sehen daran, dass die Maßnahmen auf deutscher und europäischer Ebene greifen." Der Innenminister fügte hinzu: "Die Flüchtlingskrise ist zwar nicht gelöst. Aber ihre Lösung kommt in Europa gut und in Deutschland sehr gut voran." Die Zahlen beruhen auf Registrierungen in den Erstaufnahmezentren vor der Verteilung auf die einzelnen Bundesländer.

Auf eine Prognose für das gesamte Jahr wollte sich de Maizière trotzdem nicht festlegen. Dazu sei die Situation noch zu labil. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) habe seine Arbeit erheblich verbessert, sagte der Innenminister. Insbesondere die Bearbeitung der Altfälle gehe stark voran.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres traf das Bamf den Angaben zufolge 283.236 Entscheidungen. Das entspreche ungefähr der Zahl der Entscheidungen im gesamten vergangenen Jahr. Die Zahl unerledigter Anträge nahm jedoch weiter zu. Ende Juni waren noch knapp 496.000 Anträge unbearbeitet. Im Mai waren es 460.000.

Innenminister de Maizière verkündete außerdem, dass die Zahl der abgelehnten Asylbewerber, die freiwillig in ihr Herkunftsland zurückgegangen seien oder dorthin abgeschoben worden sind in diesem Jahr deutlich gestiegen sei. Es habe bis Ende Mai 25.000 freiwillige Rückkehrer gegeben und 12.000 Abschiebungen. "Diese Zahl war noch nie so hoch", sagte der CDU-Politiker.

De Maizière meldet deutliche Entspannung in der Flüchtlingskrise

Auch zum Streit darum, ob die Maghrebstaaten zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden sollen, äußerte sich de Maizière. Die Zahl der Migranten aus Nordafrika sei stark zurückgegangen. Das habe auch mit der Aussicht zu tun, dass diese Länder als sicher eingestuft würden. Wenn das Gesetz dazu aber scheitere, sei zu befürchten, dass wieder mehr Menschen von dort kämen, warnte der Innenminister ([Hier mehr zu dem politischen Streit](#)).

kev/AFP/dpa/Reuters

Load-Date: July 8, 2016

End of Document

[Triumph der Egoisten; http://spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-gescheiterte-fluechtlingsquote-kommentar-a-1040711.html](http://spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-gescheiterte-fluechtlingsquote-kommentar-a-1040711.html)

SPIEGEL ONLINE

25. Juni 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 441 words

Byline: Maximilian Popp

Highlight: Große Geste ohne Folgen: Nach der Schiffskatastrophe im April, bei der 800 Flüchtlinge starben, versprach Europa eine bessere Migrationspolitik. Jetzt konnten sich die EU-Staaten noch nicht einmal auf eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge einigen - der Eigennutz hat gesiegt.

Body

Im Poker um die Zukunft Griechenlands wäre eine Nachricht vom EU-Gipfel in Brüssel beinahe untergegangen: Europas Staats- und Regierungschefs lehnen eine Flüchtlingsquote für den Kontinent ab. Flüchtlinge sollen, wenn überhaupt, auf freiwilliger Basis in Europa umverteilt werden, aber keinesfalls nach einem festen Schlüssel.

Europas Politiker verklären den Deal als Kompromiss. Die EU-Staaten, heißt es, würden sich zu Solidarität in Europa bekennen. Die Rhetorik kann nicht verdecken, dass es sich bei dem Beschluss in Wahrheit um ein groteskes Fiasko handelt, um eine beschämende Kapitulation.

Ein Blick auf die kurze Karriere der Flüchtlingsquote genügt, um das Ausmaß des politischen Versagens zu begreifen. Die Forderung nach einer gerechten Verteilung von Asylbewerbern in Europa war eine Reaktion auf das Massensterben von Migranten an den EU-Grenzen. Mindestens 800 Flüchtlinge ertranken bei der bislang schlimmsten Schiffskatastrophe im Mittelmeer am 19. April.

Europas Staats- und Regierungschefs eilten zu einem Sondergipfel nach Brüssel. Die Tagung begann mit einer Schweigeminute für die Toten und endete mit einer emotionalen Erklärung: "Die Europäische Union wird alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um den Verlust weiterer Menschenleben auf See zu verhindern." Die EU-Kommission legte kurz darauf eine sogenannte Migrationsagenda vor, eine Art Masterplan gegen die Krise.

Von der großen Agenda nicht viel übrig geblieben

Die Agenda war nie der große Wurf, als den sie ihre Erfinder stilisierten. Aber sie war ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die EU-Kommission setzte sich für legale Wege für Flüchtlinge nach Europa ein, sie regte ein Resettlement-Programm für Syrer an - und sie schlug die europaweite Umverteilung von 40.000 Schutzsuchenden nach einem festen Schlüssel vor. Die Quote sollte Staaten wie Italien oder Griechenland entlasten, wo in den vergangenen Monaten besonders viele Flüchtlinge ankamen.

Triumph der Egoisten <http://spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-gescheiterte-fluechtlingsquote-kommentar-a-1040711.html>

Zwei Monate nach der Havarie im Mittelmeer ist von der Agenda nicht viel übrig geblieben. Die EU-Staaten, die große, humanitäre Anstrengungen versprochen, konnten sich noch nicht einmal auf die Verteilung von 40.000 Flüchtlingen einigen. Nationale Egoismen haben über Menschlichkeit gesiegt. Vor allem die Staaten Osteuropas bremsen. Aber auch Großbritannien und Portugal.

Gemäß des Schlüssels hätte Portugal wenige Hundert zusätzliche Flüchtlinge beherbergen müssen. Deutschland, das reichste EU-Land, knapp 9000. Die türkische Grenzstadt Suruc nahm vergangenen Herbst innerhalb einer einzigen Woche 30.000 Syrer auf.

Load-Date: June 26, 2015

End of Document

[De Maizière will syrischen Flüchtlingen Familiennachzug verweigern;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-thomas-de-maiziere-will-syrern-familiennachzug-verweigern-a-1061614.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-thomas-de-maiziere-will-syrern-familiennachzug-verweigern-a-1061614.html)

SPIEGEL ONLINE

06. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 475 words

Byline: sef/dpa

Highlight: Der Vorstoß kommt überraschend: Das Bundesinnenministerium will syrischen Flüchtlingen nur ein Jahr Aufenthalt bewilligen und den Familiennachzug verbieten. Der Koalition droht neuer Ärger.

Body

Gerade erst haben sich die Parteichefs der Großen Koalition auf einen Asyl-Kompromiss geeinigt. Doch nur einen Tag danach sorgt CDU-Innenminister Thomas de Maizière für Unruhe: Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien sollen den Anspruch verlieren, ihre Familien nach Deutschland nachzuholen. Außerdem sollen sie nur noch eine Aufenthaltsbewilligung über ein Jahr statt über drei Jahre erhalten.

"Andere Staaten geben in solchen Lagen auch nur eine Sicherheit für einen Aufenthalt für eine begrenzte Zeit", sagte de Maizière dem Deutschlandradio. "Und das werden wir in Zukunft mit den Syrern auch tun, indem wir ihnen sagen: Ihr bekommt Schutz, aber den sogenannten subsidiären Schutz - das heißt zeitlich begrenzt und ohne Familiennachzug."

Zuerst hatte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) über die Maßnahme berichtet und einen Sprecher von de Maizières Ministerium zitiert: "Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) wird angewiesen, ab sofort Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien nur subsidiären Schutz zu gewähren."

Subsidiärer Schutz - das ist ein Status, der nur für Menschen gilt, die nicht nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder dem Asyl-Grundrecht anerkannt werden, aber dennoch in Deutschland bleiben dürfen - weil sie glaubhaft machen können, dass ihnen in ihren Herkunftsländern ernsthafter Schaden droht. Dies traf bisher nur auf einen kleinen Kreis von Flüchtlingen zu, in diesem Jahr auf etwa 1400 Personen.

Im Kompromiss mit den Unionsparteien am Donnerstag hatte die SPD zugestimmt, dass der Familiennachzug für Antragssteller mit diesem subsidiärem Schutz für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgesetzt wird. Ganz offensichtlich ging man bei der Einigung im Kanzleramt aber von einem kleinen Personenkreis aus. Bezieht das Innenministerium nun die syrischen Flüchtlinge ein, vergrößert sich diese Gruppe deutlich.

In Regierungskreisen zeigte man sich am Freitagabend überrascht von den Plänen des Innenministeriums. Offenbar habe de Maizière das nicht rückgekoppelt, hieß es. Ein Sprecher von SPD-Vizekanzler Sigmar Gabriel

De Maizières will syrischen Flüchtlingen Familiennachzug verweigern
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-thomas-de-maiziere-will-syern-fa....>

erklärte, de Maizières Vorgehen sei "nicht abgesprochen" und auch nicht "Gegenstand der Vereinbarungen von gestern".

Flüchtlinge aus Syrien erhalten bisher in fast allen Fällen "primären Schutz" - zumeist eine Rechtsstellung als Flüchtling nach dem Asylverfahrensgesetz und damit das Recht auf einen Aufenthalt für zunächst drei Jahre sowie auf Familiennachzug.

Im August wurden insgesamt 55.600 Asylanträge von syrischen Staatsbürgern entschieden, hieß es in der "FAZ" weiter unter Berufung auf Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf). 38.650 erhielten demnach eine Rechtsstellung als Flüchtling, lediglich 53 nur den niedrigrangigeren subsidiären Schutz.

Mittlerweile hat das Innenministerium die Ankündigung zurückgenommen .

sef/dpa

Load-Date: November 7, 2015

End of Document

[In die Krise geflüchtet; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-in-die-krise-gefluechtet-a-1030375.html>](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-in-die-krise-gefluechtet-a-1030375.html)

SPIEGEL ONLINE

25. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 811 words

Byline: David Böcking Giorgos Christides

Highlight: Der neue Flüchtlingsansturm trifft Griechenland hart, das Krisenland ist mit den vielen Asylbewerbern völlig überfordert. Das liegt am Versagen des griechischen Staates, aber auch der gesamten EU.

Body

"Nur ein Platz, keine weiteren Somalis!", ruft der Ordner bestimmt auf Englisch. Eine junge Mutter mit Kinderwagen darf noch zum Schalterfenster in einem Baucontainer vortreten, hinter ihr bleiben zwei somalische Männer zurück. Das Kontingent für Menschen aus dem ostafrikanischen Land ist zumindest für heute erschöpft, der Tag für sie schon gelaufen. Dabei ist es gerade erst Mittag.

Eine Szene aus der Asylbewerberbehörde in Athen, einem umzäunten Zweckbau an einer lauten Straße. Unter Sonnensegeln warten im Hof jene Menschen, deren Schicksale seit den jüngsten Schiffsunglücken im Mittelmeer wieder für Diskussionen sorgen. Syrer, Afghanen, Somalis, Eritreer.

Wie andere Länder am Rande Europas erlebt Griechenland derzeit einen Ansturm neuer Flüchtlinge: Kurz bevor der EU-Gipfel in Brüssel über Konsequenzen diskutierte, wurden am Donnerstag mehr als 90 Menschen von einem Boot vor der Ägais-Insel Euböa gerettet. Am Vortag landeten auf griechischen Inseln mehr als 400 Flüchtlinge an. Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Menschen, die übers Mittelmeer in Richtung Griechenland kamen, um 280 Prozent.

Maria Stavropoulou kann die Warteschlangen von ihrem Arbeitszimmer aus sehen. Die Chefin der Asylbehörde hat einen gutdotierten Job bei der Flüchtlingshilfe der Uno aufgegeben, um in Athen Pionierarbeit zu leisten. Denn bis vor zwei Jahren hatte Griechenland de facto kein funktionierendes Asylsystem. "Es gab kein Personal, keinen Service", sagt Stavropoulou. Die Zustände waren so katastrophal, dass der Europäische Gerichtshof sogar untersagte, Flüchtlinge aus anderen EU-Staaten ohne Prüfung zurück nach Griechenland zu schicken.

Jahrzehntelanges Versagen im Umgang mit Flüchtlingen

Mittlerweile hat sich einiges getan. Übersetzer in schwarzen Westen helfen den Neuankömmlingen bei ihren Anträgen. Ein "Survival-Guide" informiert sie, wo es in der griechischen Hauptstadt medizinische oder psychologische Unterstützung, Essen und Unterkünfte gibt.

In die Krise geflüchtet <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-griechenland-in-die-krise-gefluechtet-a-1030375.html>

In der Vergangenheit wurden Flüchtlinge häufig erst einmal über Monate eingesperrt, bevor sie einen Antrag auf Asyl stellen konnten. Unweit der Behörde in Athen erzählt ein junger Kongoleser, wie er nach seiner Flucht über die Türkei mehr als ein Jahr hinter Gittern verbrachte - Essen sei dort ebenso knapp gewesen wie Platz. "Asylsystem in Griechenland trotz Reform mangelhaft", kritisierte die Uno Anfang des Jahres und warnte erneut davor, Flüchtlinge nach Griechenland abzuschieben.

Wie in vielen anderen Fragen hat der griechische Staat offensichtlich auch im Umgang mit Asylbewerbern jahrzehntelang versagt. Doch nun, da das Land selbst tief in der Krise steckt, zeigen sich auch die Defizite der gesamten EU-Politik: Obwohl es für Flüchtlinge derzeit kaum ein ungeeigneteres Ziel in Europa gibt, müssen viele von ihnen in Griechenland Asyl beantragen. So bestimmen es die Regeln des Dublin-Übereinkommens, wonach das zuerst betretene EU-Land für den Antrag zuständig ist.

Wie sollen die Flüchtlinge verteilt werden?

Ginge es nach Maria Stavropoulou, so würden Flüchtlinge stattdessen endlich nach festen Quoten auf die EU-Länder verteilt. Deutsche Behörden weisen Migranten schon lange nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel den einzelnen Bundesländern zu. "Was in Deutschland sehr gut funktioniert, sollte auch in Europa funktionieren", so Stavropoulou.

Einen Schlüssel haben die EU-Staaten in Brüssel nicht vereinbart, immerhin aber die Aufnahme von mehr Flüchtlingen über ein sogenanntes Resettlement-Programm. Dies erlaubt Migranten, nach einem erfolgreichen Antrag legal aus einem Drittstaat einzureisen. Auf diesem Weg könnten die Europäer den Menschenenschmugglern das Handwerk legen, hofft Stavropoulou. "Das Programm sollte um ein Vielfaches gesteigert werden."

Derzeit hat ihre Behörde laut Stavropoulou nur etwa 200 Mitarbeiter. Auch deshalb müssten viele Flüchtlinge Monate warten, bis ihr Fall bearbeitet werden kann. Für eine wirkliche Verbesserung brauche man mindestens 500 Angestellte. Zwar hat der EU-Gipfel den Mittelmeerländern auch bei der Verwaltung mehr Unterstützung in Aussicht gestellt. Eigene Neueinstellungen werden Griechenland aber durch die Sparauflagen der internationalen Geldgeber erschwert. Stavropoulou: "Wir sind nicht auf magische Weise vom öffentlichen Sektor ausgenommen."

Zudem wird die Flüchtlingsfrage von Teilen der griechischen Politik instrumentalisiert. Im Schuldenstreit mit Deutschland drohte der rechte Verteidigungsminister Panos Kammenos kürzlich, man könne potenzielle IS-Attentäter mit Reisepapieren in Richtung Berlin schicken. Stavropolous' Kommentar dazu fällt ebenso trocken wie selbstbewusst aus: "Wir kontrollieren sehr streng, ein Gotteskrieger würde niemals Papiere bekommen."

Politiker zur Flüchtlingskrise: Viel geredet - wenig bewegt

Load-Date: May 11, 2015

[Bamf-Präsident Schmidt tritt zurück;](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/manfred-schmidt-bamf-praesident-tritt-zurueck-a-1053365.html)
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/manfred-schmidt-bamf-praesident-tritt-zurueck-a-1053365.html>

SPIEGEL ONLINE

17. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 290 words

Byline: als/dpa/AFP

Highlight: Der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt, ist zurückgetreten. "Aus persönlichen Gründen", wie Innenminister Thomas de Maizière mitteilte. Das Bundesamt stand zuletzt wegen zu langsamer Asylverfahren in der Kritik.

Body

"Aus persönlichen Gründen" hat Manfred Schmidt, Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), um seinen Rücktritt gebeten. So heißt es in einer Mitteilung des Bundesinnenministeriums vom Donnerstagvormittag.

Minister Thomas de Maizière bedauere die Entscheidung. Er verliere einen Behördenleiter, der "hervorragende Arbeit" geleistet hat. Über einen Nachfolger war zunächst nichts bekannt.

Das Bamf war in den vergangenen Wochen wiederholt kritisiert worden, weil die Beschleunigung von Asylverfahren nur schleppend voran kam. Derzeit stauen sich dort mehr als 250.000 Anträge.

Schmidt war seit Dezember 2010 Präsident der Behörde. Er habe auch in der für das Bundesamt schwierigen Lage stets besonnen und umsichtig gehandelt, heißt es in der Rücktrittsmitteilung. Er habe "mit großem Verantwortungsbewusstsein und enormem Engagement" die Voraussetzungen geschaffen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamts ihre wichtigen Aufgaben weiterhin gut und engagiert wahrnehmen.

Um die hohe Zahl von Asylanträgen zu bewältigen, hatte die Bundesregierung das Bamf in den vergangenen Monaten wiederholt personell verstärkt. Weitere erhebliche Aufstockungen sind geplant, auch durch Abordnungen vom Zoll und weiteren Behörden sowie durch die Reaktivierung von Beamten im Ruhestand. Trotzdem war aber im Laufe des Jahres der Rückstau unbearbeiteter Asylanträge nicht zurückgegangen, sondern weiter angewachsen.

Die Grünen sahen in dem Rücktritt ein Manöver zum Schutz von de Maizière. "Das ist ein Bauernopfer", sagt Grünen-Chefin Simone Peter der Nachrichtenagentur Reuters. Letztendlich trage de Maizière die Verantwortung für die personelle Unterausstattung der Behörde.

Bamf-Präsident Schmidt tritt zurück <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/manfred-schmidt-bamf-praesident-tritt-zurueck-a-1053365.html>

als/dpa/AFP

Load-Date: September 17, 2015

End of Document

Polizei stoppt Flüchtlingszug kurz nach der Abfahrt;
[http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-ungarn-stoppt-zug-mit-](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-ungarn-stoppt-zug-mit-migranten-a-1051246.html)
[migranten-a-1051246.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-ungarn-stoppt-zug-mit-migranten-a-1051246.html)

SPIEGEL ONLINE

03. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 560 words

Highlight: Was treibt Ungarns Premier Orbán? Die **Flüchtlingskrise** hat er zum deutschen Problem erklärt und pocht auf die Einhaltung der Registrierungsregeln. Gleichzeitig dürfen Züge aus Budapest abfahren, werden dann aber unter Protest wieder gestoppt.

Body

Mit bis zu 300 **Flüchtlungen** an Bord hat ein Zug am Donnerstagvormittag Budapests Ostbahnhof verlassen. Doch die Reise in den Westen war schon kurze Zeit später wieder zu Ende: In Bicske, einem Vorort der ungarischen Hauptstadt, befahlen Polizisten den **Flüchtlungen**, den Zug wieder zu verlassen, der auf dem Weg nach Sopron an der österreichischen Grenze war.

Daraufhin kam es nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters zu Tumulten. Aus dem Zug gebrachte Flüchtlinge schlugen demnach gegen die Fenster und riefen "Kein Lager, kein Lager". In Bicske gibt es ein Auffanglager für Flüchtlinge. Einige Migranten hätten versucht, wieder in die Waggonen zu kommen. Die Polizei nahm angeblich Flüchtlinge fest, die sich auf die Gleise gelegt hatten, um gegen ihren Transport in ein Auffanglager zu protestieren. Dutzende seien geflohen, andere Fahrgäste in einen Ersatzzug umgestiegen.

Warum der Zug nach Österreich gestoppt wurde, ist unklar. Die Österreichischen Bundesbahnen erwarten an der Grenze die Ankunft mehrerer Nahverkehrszüge mit Flüchtlingen. In Sopron sollten die Menschen dann in reguläre Züge umsteigen und nach Wien weiterreisen, sagte eine Sprecherin. Sonderzüge gebe es nicht.

Ungarn hatte zuvor die Blockade des Budapester Bahnhofs aufgehoben. Hunderte Flüchtlinge strömten daraufhin auf die Bahnsteige. Die Regierung teilte mit, dass die Behörden Flüchtlinge auf dem Weg in den Westen kontrollieren und Ungarn sich damit an die Schengen-Regeln halten werde.

Zugleich gab der Stabschef von Ministerpräsident Viktor Orbán Deutschland die Schuld an den chaotischen Zuständen im Budapester Ostbahnhof. Die Bundesrepublik habe Syrer "an den gedeckten Tisch eingeladen". "Das Problem ist kein europäisches Problem. Das Problem ist ein deutsches Problem", betonte Orbán nach einem Gespräch mit EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. Die Migranten wollten nicht in Ländern wie Ungarn, Polen oder Estland bleiben. "Alle würden gerne nach Deutschland gehen."

Tusk fordert größere Umverteilung

Polizei stoppt Flüchtlingszug kurz nach der Abfahrt <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-ungarn-stoppt-zug-mit-migranten-a-1051246.html>

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz warf dem ungarischen Regierungschef vor, in der Migrationspolitik die falschen Schwerpunkte zu setzen. "Ich bin nicht der Meinung von Viktor Orbán", sagte der SPD-Politiker. Es möge zutreffen, dass nicht alle Menschen in Ungarn bleiben wollten. Ziel müsse deswegen aber eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge sein.

Migranten warnte der rechtsnationale Regierungschef ausdrücklich vor einer Einreise nach Ungarn. "Bitte kommen Sie nicht. Es ist riskant zu kommen. Wir können nicht garantieren, dass Sie akzeptiert werden."

EU-Ratspräsident Donald Tusk sprach sich dafür aus, deutlich mehr Flüchtlinge umzuverteilen, als bislang vorgesehen. "Was wir brauchen, ist eine faire Verteilung von mindestens 100.000 Flüchtlingen unter den Mitgliedstaaten", sagte der Pole am Donnerstag am Rande eines Treffens mit Orbán. Solidarität sollten jetzt vor allem diejenigen Länder zeigen, die selbst in der Vergangenheit Unterstützung der Gemeinschaft erfahren hätten und derzeit nicht direkt von der Flüchtlingskrise betroffen seien.

Konkrete Beispiele nannte Tusk nicht. Widerstand gegen ein verbindliches System zur Verteilung von Flüchtlingen hatte es zuletzt aber vor allem von Staaten aus Osteuropa gegeben, die bislang verhältnismäßig wenige Asylsuchende aufnehmen.

Im Video: Chaotische Szenen am Budapester Bahnhof

Load-Date: September 3, 2015

[De Maizière besorgt über Zuzug aus Nordafrika;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/migrationsbericht-fluechtlinge-
kamen-aus-syrien-irak-afghanistan-a-1070740.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/migrationsbericht-fluechtlinge-kamen-aus-syrien-irak-afghanistan-a-1070740.html)

SPIEGEL ONLINE

06. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 372 words

Byline: cht/dpa

Highlight: Mehr als eine Million Menschen flohen 2015 nach Deutschland - die meisten aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Vom westlichen Balkan kam zuletzt fast niemand mehr, dafür stieg die Zahl der Hilfesuchenden aus Algerien und Marokko.

Body

Die Zuwanderung nach Deutschland ist im vergangenen Jahr auf Rekordniveau gestiegen. "Für 2015 werden wir die höchsten Zuwanderungszahlen seit 1950 verzeichnen", sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Mittwoch bei der Vorstellung des Migrationsberichts 2014 ([hier als pdf](#)). Die Entwicklung geht unter anderem auf die enorm wachsende Zahl an Flüchtlingen zurück.

2015 wurden fast 1,1 Millionen Neuankömmlinge in Deutschland registriert - so viele wie nie zuvor. De Maizière betonte aber, dass im Easy-System zur ersten Erfassung von Hilfesuchenden manche Menschen doppelt registriert würden und auch etliche aus Deutschland in andere Länder weiterreisten. Die Zahl der im Jahr 2015 tatsächlich gestellten Asylanträge liege bei rund 477.000, sagte de Maizière in der Bundespressekonferenz.

Die meisten Hilfesuchenden kamen 2015 aus Syrien, 40 Prozent der registrierten Flüchtlinge stammten aus dem Bürgerkriegsland. Die zweitgrößte Gruppe stellten Afghanen mit 150.000 registrierten Flüchtlingen (14 Prozent), gefolgt von Hilfesuchenden aus dem Irak (11 Prozent). Die viert- und fünftgrößten Gruppen stammten aus Ländern des Westbalkan.

Im Dezember verzeichneten die Behörden allerdings eine neue Entwicklung: Von den registrierten Schutzsuchenden seien im letzten Monat des Jahres 2015 fast keine Menschen mehr aus Balkanstaaten gekommen. Stattdessen nahmen Einreisen aus Algerien und Marokko stark zu. Die nordafrikanischen Staaten stellten in diesem Monat die viert- und fünfhäufigsten Herkunftsländer. Das sei "besonderer Anlass zur Sorge", man müsse herausfinden, woran das liegt, so de Maizière.

Zahlen zum gesamten Migrationsgeschehen liegen für 2015 noch nicht vor. Schon 2014 kamen aber besonders viele Menschen aus dem Ausland nach Deutschland. Die Zahl der Zuzüge nach Deutschland stieg demnach 2014 auf mehr als 1,46 Millionen. Eine derart hohe Zahl hatte Deutschland zuletzt 1992 erreicht - also vor mehr als zwei

De Maizière besorgt über Zuzug aus Nordafrika <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/migrationsbericht-fluechtlinge-kamen-aus-syrien-irak-afghanistan-a-10707....>

Jahrzehnten. Es wanderten zwar auch mehr Menschen ab - nämlich mehr als 900.000. Unterm Strich ergab sich jedoch ein Wanderungsgewinn von rund 550.000 Menschen. Auch die übrige Migration in die Bundesrepublik - etwa zum Studieren oder Arbeiten - hat wieder zugenommen.

cht/dpa

Load-Date: January 6, 2016

End of Document

[Italien lässt Asylbewerber gemeinnützig arbeiten;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-will-asylbewerber-ehrenamtlich-
arbeiten-lassen-a-1032715.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/italien-will-asylbewerber-ehrenamtlich-arbeiten-lassen-a-1032715.html)

SPIEGEL ONLINE

07. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 201 words

Highlight: Akzeptanz durch Arbeit: Italien will Flüchtlinge gemeinnützige Arbeit verrichten lassen, um für ein "besseres Verhältnis" zur italienischen Bevölkerung" zu sorgen. Das sieht eine Direktive des Innenministeriums vor.

Body

Die italienische Regierung hat die Kommunen des Landes zur Umsetzung einer Direktive aufgerufen, nach der Flüchtlinge während ihrer Asylverfahren gemeinnützige Arbeit ohne Bezahlung leisten sollen. "Anstatt sie ohne Beschäftigung zu lassen, sollten sie arbeiten", sagte Innenminister Angelino Alfano laut italienischen Medien. Die Kommunen seien angehalten, die vor einigen Monaten erlassene entsprechende Anordnung umzusetzen.

In Italien treffen täglich zahlreiche Flüchtlinge aus Afrika über das Mittelmeer ein. Viele Aufnahmelager sind überfüllt, Asylverfahren können sich jedoch lange hinziehen. Daher sei es für die Flüchtlinge wichtig, dass für ein "besseres Verhältnis" zur italienischen Bevölkerung und für "mehr Akzeptanz" gesorgt werde, hieß es aus dem Innenministerium. Dies sei dadurch zu erreichen, dass Migranten gemeinnützige Arbeit verrichteten, ohne dafür bezahlt zu werden.

Auch in Deutschland gibt es Vorstöße, die Asylbewerbern die Integration erleichtern sollen: Zuletzt hatte Bundesinnenminister Thomas de Maizière angeregt, dass Flüchtlinge, die gute Chancen auf Asyl haben, schon vor ihrer Anerkennung für Integrationskurse zugelassen werden könnten.

loe/AFP

Load-Date: May 11, 2015

[Rechte verprügeln jugendliche Flüchtlinge;
http://www.spiegel.de/panorama/justiz/magdeburg-rechte-verpruegeln-jugendliche-fluechtlinge-a-1066954.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/magdeburg-rechte-verpruegeln-jugendliche-fluechtlinge-a-1066954.html)

SPIEGEL ONLINE

09. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / JUSTIZ

Length: 240 words

Byline: sms

Highlight: Erst vor wenigen Wochen schlugen in Magdeburg Vermummte drei **Flüchtlinge** krankenhausreif. Jetzt wurden mehrere Jugendliche mit **Migrationshintergrund** Opfer einer fremdenfeindlichen Gewalttat.

Body

In Magdeburg haben Rechte mehrere jugendliche **Flüchtlinge** angegriffen. Wegen gefährlicher Körperverletzung und Beleidigung werde gegen vier mutmaßliche Täter im Alter von 18 bis 32 Jahren ermittelt, teilte eine Sprecherin der Polizei mit. Zwei Opfer seien leicht verletzt worden. Die Sprecherin konnte nicht bestätigen, dass es sich um **Asylbewerber** handelt, sie sprach allgemein von "Jugendlichen mit **Migrationshintergrund**".

Der Vorfall geschah den Angaben der Polizei zufolge bereits am Montagnachmittag. Um kurz nach halb vier hätten die mutmaßlichen Täter sieben Jugendliche zunächst "mit ausländerfeindlichen Äußerungen beleidigt". Dann hätten sie auf einen 18-jährigen Syrer und auf einen 16-jährigen Iraker eingeschlagen.

Angriff im November

Nach Informationen der "Magdeburger Volksstimme" sind die Jugendlichen Schüler einer Magdeburger Gesamtschule. Sie seien auf dem Heimweg gewesen von einem Internationalen Koch- und Backfest an ihrer Schule. Der Vorsitzende der Islamischen Gemeinde in Magdeburg, Moawia Al-Hamid, sagte SPIEGEL ONLINE: "Die Eltern der Kinder haben Angst."

Bereits Anfang November war Magdeburg wegen eines Überfalls auf Flüchtlinge in die Schlagzeilen geraten. Damals griff ein Mob von etwa 30 Vermummten drei Syrer an, die nachts unterwegs waren, um Zigaretten zu kaufen. Auch mehrere Politiker, die sich für Flüchtlinge einsetzen, wurden Opfer von Gewalt.

sms

Load-Date: December 24, 2015

Rechte verprügeln jugendliche Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/magdeburg-rechte-verpruegeln-jugendliche-fluechtlinge-a-1066954.html>

End of Document

[In Griechenland kommen weiter Zehntausende Flüchtlinge an;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-uno-meldet-zehntausende-
fluechtlinge-in-griechenland-seit-jahresanfang-a-1076080.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-uno-meldet-zehntausende-fluechtlinge-in-griechenland-seit-jahresanfang-a-1076080.html)

SPIEGEL ONLINE

07. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 927 words

Byline: heb/dpa/AFP

Highlight: Fast 70.000 Migranten sind seit Anfang Januar über die Türkei nach Griechenland gekommen - das meldet das Uno-Flüchtlingshilfswerk. Vor der Grenze nach Mazedonien harren trotz Kälte weiter Tausende Menschen aus.

Body

Am Montag wird Angela Merkel in der Türkei erwartet - die Bundeskanzlerin setzt darauf, dass Ankara wie im November versprochen seine Grenzen besser schützt. Die EU hat der Türkei im Gegenzug mindestens drei Milliarden Euro für die Versorgung der Flüchtlinge im Land zugesagt.

Doch bisher ist kaum etwas passiert - trotz aller Appelle an die Türkei sind nach Jahresanfang weiter Zehntausende Menschen nach Griechenland gekommen. Das Uno-Flüchtlingshilfswerk UNHCR veröffentlichte neue Zahlen:

Seit Jahresbeginn bis zum 6. Februar setzten demnach 68.023 Menschen von der türkischen Ägäisküste zu den griechischen Inseln über.

Allein in den ersten sechs Februartagen seien 7521 Migranten nach Griechenland gekommen, zum Vergleich: Im ganzen Februar 2015 waren es 2873.

Mindestens 366 Menschen sind nach Angaben der Uno seit Jahresbeginn im Mittelmeer gestorben.

Fast alle Migranten versuchen, von Griechenland aus auf der sogenannten Balkanroute weiter Richtung Österreich und Deutschland zu gelangen. Im Januar kamen etwa 2000 Flüchtlinge am Tag über diese Route nach Europa. Nach Einschätzung der EU-Kommission haben etwa 40 Prozent von ihnen keine realistische Chance auf Asyl oder Flüchtlingsschutz in der Europäischen Union.

Bessere Grenzkontrollen in Griechenland angemahnt

Die Behörden in Griechenland zeigen sich ratlos. Den Zustrom über das Meer könne man nicht mit Zäunen stoppen, betont das Außenministerium in Athen. Griechenland baut derzeit Registrierzentren. "In zwei Wochen werden sie fertig sein", hieß es aus Kreisen des Verteidigungsministeriums. Pioniere des griechischen Heeres

In Griechenland kommen weiter Zehntausende Flüchtlinge an
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-uno-meldet-zehntausende-fluechtlinge-in-griechenlan....>

beteiligten sich am Bau. Eins davon auf Lesbos ist fertig. Vier weitere sollen auf den Inseln Chios, Samos, Leros und Kos entstehen. Doch es gibt immer wieder Proteste wie auf Kos.

Innenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte bei seinem Besuch in Athen bessere Grenzkontrollen in Griechenland angemahnt. Flüchtlinge ohne Asylanspruch müssten zurück in die Türkei. Zudem müsse die Zusammenarbeit mit der Türkei beim Grenzschutz und im Kampf gegen Schlepper verbessert werden.

Der Minister hatte am Donnerstag eine stärkere deutsche Unterstützung für Athen beim Schutz der EU-Außengrenzen angekündigt. Am 1. März sollen zusätzlich zwei Boote der Bundespolizei und schrittweise bis zu hundert Beamte in die Ägäis geschickt werden.

Bis zu 7000 Flüchtlinge an Grenzübergang zu Mazedonien

Am griechisch-mazedonischen Eisenbahn-Grenzübergang bei Idomeni-Gevgelija harren am Wochenende nach Schätzungen der Polizei zwischen 5000 und 7000 Flüchtlinge aus - trotz eisiger Temperaturen. Der Stau entstehe, weil die Menschen nur in kleineren Gruppen nach Mazedonien gelassen würden. Dutzende Busse mit weiteren Migranten waren nach griechischen Medienberichten unterwegs von Piräus nach Idomeni.

Nur Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak und Afghanistan dürfen die Grenze passieren. Schleuser machen laut örtlichen Behörden "gute Geschäfte" mit den anderen Flüchtlingen. Gegen Bargeld zeigten sie ihnen Übergangsstellen nach Mazedonien, die vor allem nachts unbeaufsichtigt seien, damit auch sie weitergelangen.

EU drängt Türkei zur Aufnahme von syrischen Flüchtlingen

In Syrien sind seit Tagen Zehntausende Menschen nach der Offensive der Assad-Truppen und russischen Bombenangriffen auf Aleppo auf der Flucht. Die EU drängt die Türkei, die Menschen, die an der Grenze festsitzen, ins Land zu lassen.

Präsident Recep Tayyip Erdogan sagte am Samstagabend zu, die Türkei werde syrische Flüchtlinge aus Aleppo aufnehmen - allerdings nur wenn nötig. Die syrische Führung habe "einen Teil von Aleppo blockiert". Wenn die dadurch vertriebenen Zivilisten "vor unseren Türen stehen und keine andere Wahl haben, müssen und werden wir unsere Brüder hereinlassen", sagte der Präsident - "wenn nötig".

Der türkische Außenminister Cavusoglu hatte zuvor betont, die Türkei lasse Bürgerkriegsflüchtlinge aus Aleppo weiter ins Land. Dagegen erklärte der Gouverneur der südtürkischen Grenzprovinz Kilis, in den vergangenen 48 Stunden seien rund 35.000 Syrer angekommen, die in Lagern auf der syrischen Seite der Grenze versorgt würden. Mit weiteren 70.000 Flüchtlingen sei zu rechnen, wenn die syrischen Regierungstruppen unter dem Schutz russischer Luftangriffe weiter auf Aleppo vorrückten.

Helfer in der Türkei betonen, Zehntausende Flüchtlinge auf der syrischen Seite der Grenze versorgen zu wollen, damit sie erst gar nicht in die Türkei weiterziehen. Ein Sprecher der regierungsnahen Hilfsorganisation IHH sagte, Helfer lieferten Essen, Decken und Zelte an etwa 50.000 in der Grenzregion nahe der Stadt Asas ausharrende Syrer. "Wir tun alles, was in unserer Macht steht", sagte der Sprecher. Der türkische Grenzübergang Öncüpınar blieb auch am Sonntag dicht, wie ein Sprecher des Gouvernementsamts von Kilis sagte.

Russland unterstützt die syrische Regierung von Präsident Baschar al-Assad massiv mit Luftangriffen im Kampf gegen die Aufständischen. In den vergangenen Tagen erzielte die Armee dank der verstärkten russischen Bombardements erhebliche Geländegewinne im Kampf um Aleppo, die einst größte Stadt Syriens nahe der türkischen Grenze.

Zusammengefasst: Fast 70.000 Migranten sind nach Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks seit Anfang Januar über die Türkei nach Griechenland gekommen. Vor der Grenze zur Türkei harren Zehntausende Syrer aus, die nach der Offensive der Assad-Truppen und russischen Bombenangriffen auf Aleppo geflohen sind. Präsident Erdogan will sie "im Notfall" ins Land lassen.

In Griechenland kommen weiter Zehntausende Flüchtlinge an
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-uno-meldet-zehntausende-fluechtlinge-in-griechenlan....>

heb/dpa/AFP

Load-Date: February 7, 2016

End of Document

[Slowakei will nun doch muslimische Flüchtlinge aufnehmen;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/slowakei-will-doch-muslimische-
fluechtlinge-aufnehmen-a-1049122.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/slowakei-will-doch-muslimische-fluechtlinge-aufnehmen-a-1049122.html)

SPIEGEL ONLINE

20. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 317 words

Byline: vek/dpa

Highlight: Flüchtlinge aufnehmen ja - aber nur, wenn sie Christen sind: So wollte die Slowakei offenbar verfahren und löste damit Empörung aus. Jetzt sagt die Regierung: Auch Muslime erhalten Asyl - für sie sei es aber nicht leicht im Land.

Body

Dass die Slowakei zwar generell Flüchtlinge aus Syrien, aber keine muslimischen Glaubens aufnehmen wollte, hatte für Irritationen gesorgt. Nun hat die Regierung in Bratislava versucht, die Wogen zu glätten: "Wenn ein Migrant aus einem muslimischen Land sich entscheidet, einen Asylantrag in der Slowakei zu stellen und in der Slowakei zu leben, wird er entsprechend den Gesetzen behandelt und ins Asylverfahren aufgenommen", hieß es in einer E-Mail des Innenministeriums an die Nachrichtenagentur dpa.

Christen würden zwar als leichter integrierbar betrachtet, schrieb der Sprecher des Ministeriums. Niemand solle aber aus religiösen Gründen diskriminiert werden.

Das klang am Vormittag noch anders: Innenminister Robert Kalinak und Regierungschef Robert Fico hatten betont, die Slowakei wolle nur christliche Familien aus Syrien aufnehmen. Einen formellen Regierungsbeschluss gebe es dazu nicht. Die Regierung habe nur einen entsprechenden Vorschlag des Innenministeriums "zur Kenntnis genommen".

Es gebe keine gute Grundlage zur Integration muslimischer Flüchtlinge in der Slowakei, sagte der Sprecher des Innenministeriums. In der Slowakei gehörten nur rund 2000 Menschen der islamischen Gemeinschaft an, Moscheen gebe es keine. Außerdem: Muslimische Migranten wollten gar nicht in der Slowakei bleiben, sondern in Länder wie Deutschland weiterreisen, wo sie Verwandte und andere Ansprechpartner hätten.

Eine Sprecherin der EU-Kommission in Brüssel betonte, dass den Mitgliedstaaten jede Form der Diskriminierung verboten sei. Konkret äußerte sie sich zu den Berichten aus der Slowakei nicht. "Es wäre eine offene Diskriminierung, Flüchtlinge wegen ihrer Religion abzulehnen", erklärte Thorbjørn Jagland, Generalsekretär des Europarates, in einer Stellungnahme. "Während dieser beispiellosen Flüchtlingskrise darf es keinen Platz für Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung geben."

Slowakei will nun doch muslimische Flüchtlinge aufnehmen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/slowakei-will-doch-muslimische-fluechtlinge-aufnehmen-a-1049122.h....>

vek/dpa

Load-Date: August 21, 2015

End of Document

["Wir saufen heute ab";
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-in-bayern-wir-saufen-heute-ab-a-1059559.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-in-bayern-wir-saufen-heute-ab-a-1059559.html)

SPIEGEL ONLINE

26. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 574 words

Byline: aar/dpa

Highlight: Zahlreiche Flüchtlinge sind am Sonntag von Österreich nach Bayern gekommen, die Polizei spricht von Überforderung. Knapp 60 Asylbewerber konnten nach Berlin gebracht werden - dort dient nun der ehemaligen Flughafen Tempelhof als Notunterkunft.

Body

Die große Zahl von Flüchtlingen an der Grenze von Österreich zu Bayern bereitet der Bundespolizei im Freistaat zunehmend Probleme. "Wir saufen heute ab", sagte Behördensprecher Frank Koller am Sonntagabend. Das Nachbarland schicke deutlich mehr Menschen als vereinbart nach Deutschland.

"Wir hatten im Laufe des Nachmittags einen erhöhten Zustrom von Migranten und hatten schnell unsere Kapazitäten ausgebucht", sagte Koller. In Simbach im niederbayerischen Landkreis Rottal-Inn standen am Abend knapp tausend Menschen, für die ein Nachtlager organisiert werden musste. Auch in Wegscheid im Landkreis Passau mussten die Behörden etwa tausend Menschen versorgen, in der Notunterkunft war aber nur für 250 Menschen Platz. In Passau erwartete die Polizei bis Mitternacht laut Koller weitere 20 bis 35 Busse aus Österreich.

"Das Hauptproblem ist, wenn eine große Menge an Migranten in einem kleinen Zeitfenster ankommt", sagte Koller. Die Flüchtlinge mussten am Sonntag teilweise bei Temperaturen um den Gefrierpunkt längere Zeit mit Decken im Freien verbringen. "Es sind einfach zu viele Menschen auf einen Schlag", sagte Koller. In dieser Situation könne man nicht mehr agieren, sondern nur noch reagieren.

Seinen Angaben zufolge konnten zahlreiche Flüchtlinge mit Bussen und Sonderzügen in andere Bundesländer gebracht werden - so sei Platz für neu ankommende Menschen in Bayern geschaffen worden. "Die Lage hat sich etwas entspannt", sagte Koller. Aber: "Wir müssen jetzt abwarten, wie sich das weitere Migrationsaufkommen und die Witterung entwickelt."

Knapp 60 Menschen aus Bayern sind nach Berlin gebracht worden, sie wurden in der Notunterkunft im Hangar 1 des früheren Flughafens Tempelhof untergebracht.

Ursprünglich waren aus Bayern offenbar zwei Busse angekündigt worden. Davon kam dann aber nur einer in Berlin an: Der Fahrer des anderen Fahrzeuges sei versehentlich nach Eisenhüttenstadt in Brandenburg gefahren, hieß es

"Wir saufen heute ab" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlingskrise-in-bayern-wir-saufen-heute-ab-a-1059559.html>

am Abend von der Koordinierungsstelle Flüchtlinge. Die Erstaufnahmestelle dort habe die Menschen aufgenommen.

Brand in Flüchtlingsunterkunft in Südhessen

Im südhessischen Lampertheim musste die Feuerwehr am Sonntagabend zu einem Einsatz an einer Flüchtlingsunterkunft ausrücken: Alle 49 Bewohner konnten das Haus unverletzt verlassen, wie die Polizei mitteilte. Die Unterkunft sei vermutlich vorsätzlich in Brand gesteckt worden.

Unbekannte seien in die Büroräume einer Firma im Erdgeschoss des Gebäudes eingedrungen und hätten Inventar angezündet. Hinweise auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund gebe es bislang keine. Die Löscharbeiten dauerten demnach rund eine Stunde. Das Haus ist durch den Brand unbewohnbar. Die Flüchtlinge seien nun an einem anderem Ort untergebracht, hieß es.

Proteste in Sachsen

Im sächsischen Freiberg kamen am Sonntagabend 721 Flüchtlinge an - und rund 200 Polizisten waren im Einsatz, um etwa 400 Demonstranten unter Kontrolle zu halten. Zwischen ihnen und rund 50 Gegendemonstranten habe es zum Teil heftige verbale Streitereien gegeben. "Es ist aber nicht zur Eskalation gekommen", sagte ein Sprecher der Polizei.

Mit Sitzblockaden hatten die Demonstranten versucht, die Busse mit Asylbewerbern am Wegfahren zu hindern. Beim Auflösen der Blockaden durch die Polizei seien drei Beamte leicht verletzt worden. Auch hätten einige Menschen die Busse und Polizeiwagen mit Lebensmitteln beworfen. Die Flüchtlinge wurden von Freiberg nach Leipzig und Dresden gebracht.

aar/dpa

Load-Date: October 26, 2015

Pro Asyl wittert Einflussnahme de Maizières

SPIEGEL ONLINE

26. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 210 words

Byline: Christian Teevs

Highlight: Welche Rolle spielt Innenminister Thomas de Maizières beim Rückgang der anerkannten Asylbewerber aus Syrien und Afghanistan? Der Chef von Pro Asyl wirft dem CDU-Politiker vor, Druck auf die Behörde auszuüben.

Body

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl vermutet hinter stark schwankenden Anerkennungsquoten von Asylbewerbern die Einflussnahme des Bundesinnenministeriums. "Es drängt sich der Verdacht auf, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei der Anerkennung von Syrern, Eritreern, Irakern und Afghanen Vorgaben des Bundesinnenministeriums folgt", sagte der Geschäftsführer Günter Burkhardt der "Welt".

Innenminister Thomas de Maizières (CDU) müsse offenlegen, ob sein Haus die Entscheidungen über Asylanträge beeinflusse. Die Organisation kritisierte, die Anerkennungsquoten bei den Hauptherkunftsländern Syrien, Afghanistan, Irak und Eritrea befänden sich im freien Fall.

Die Gesamtschutzquote von Afghanen sei von rund 80 Prozent auf unter 50 Prozent gesunken, obwohl sich die Sicherheitslage in dem Land verschlechtert habe. "Es gibt mehr Binnenvertriebene, Tote und Verletzte, daher ist nicht erklärbar, wieso die Anerkennungsquoten so drastisch sinken", sagte Burkhardt.

Syrer und Eritreer hätten im vergangenen Jahr fast immer Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention erhalten. Im laufenden Jahr erhielten sie zunehmend den schwächeren subsidiären Schutz, bei dem kein Familiennachzug vorgesehen sei, kritisierte Pro Asyl.

cte/dpa

Load-Date: September 26, 2016

**[In Finnland müssen mehr Menschen Flüchtlingssoli zahlen;
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlingshilfe-finnland-bittet-
gutverdiener-zur-kasse-a-1052361.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlingshilfe-finnland-bittet-gutverdiener-zur-kasse-a-1052361.html)**

SPIEGEL ONLINE

10. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

Length: 224 words

Byline: mka/Reuters

Highlight: Steuererhöhung und Solidaritätszuschlag: Finnland will seine Top-Verdiener stärker an den Kosten für Flüchtlinge beteiligen. Die Ausgaben für Migranten sollen 2015 um rund 114 Millionen Euro steigen.

Body

Die finnische Regierung plant eine Steuererhöhung. Grund dafür sind die Kosten für die wachsende Zahl von Flüchtlingen. Die Steuer auf Kapitalgewinne solle um einen Prozentpunkt erhöht werden, sagte Finanzminister Alexander Stubb am Donnerstag während einer Pressekonferenz. Wer mehr als 72.300 Euro im Jahr verdiene, solle zudem für zwei Jahre einen Solidaritätszuschlag zahlen. Bislang mussten das nur Gutverdiener ab einem Einkommen von 90.000 Euro.

Das etwa fünf Millionen Einwohner zählende Finnland erwartet in diesem Jahr 30.000 Asylanträge, mehr als sieben Mal so viel wie im vergangenen Jahr. Die Ausgaben für Migranten sollen in diesem Jahr um etwa 114 Million Euro steigen. Zuletzt hatte der finnische Premierminister Juha Sipilä angekündigt, Flüchtlinge in seinem eigenen Haus unterbringen zu wollen .

Finnland droht bereits das vierte Rezessionsjahr in Folge. Grund dafür ist die schwache Nachfrage aus Europa und Russland. Außerdem leidet das Land noch immer unter dem Niedergang des einst weltgrößten Handy-Herstellers Nokia. Um die Konjunktur wieder in Gang zu bringen, soll die Wettbewerbsfähigkeit durch eine Reduzierung der Feiertage gesteigert werden. Die Regierung plant für 2016 einen Haushalt von 54,1 Milliarden Euro. Die Ausgaben sollen die Einnahmen um rund fünf Milliarden Euro übertreffen.

mka/Reuters

Load-Date: September 11, 2015

[Züge gestoppt, Flüchtlinge trotzdem da;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-nachrichtenueberblick-
des-tages-a-1052383.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-nachrichtenueberblick-des-tages-a-1052383.html)

SPIEGEL ONLINE

10. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 942 words

Byline: anr/Reuters/dpa/AFP

Highlight: An allen Enden gibt es Streit und Alleingänge: Die europäischen Länder entfernen sich in der Flüchtlingskrise weiter immer voneinander. Die USA dagegen kündigten an, mindestens 10.000 Syrer aufnehmen zu wollen.

Body

Die EU-Länder finden keine gemeinsame Linie in der Flüchtlingspolitik - von Tag zu Tag wird die Lage angespannter. Österreich lässt seine Züge nicht mehr nach Ungarn fahren - aus Angst vor noch mehr Flüchtlingen. Auch Dänemark und Schweden liegen im Zwist. Und die osteuropäischen Länder sperren sich weiterhin gegen einen Verteilungsschlüssel für Asylbewerber. Dagegen wollen die USA jetzt mindestens 10.000 Syrer zusätzlich aufnehmen.

Die wichtigsten Nachrichten des Tages zum Komplex Flüchtlinge im Überblick.

Österreich stoppt Züge, Ungarn setzt neue ein

Mit der Sperrung des Bahnverkehrs zwischen Österreich und Ungarn hat sich die Flüchtlingskrise in Südosteuropa wieder verschärft. Wegen des Andrangs aus Ungarn und des damit verbundenen Sicherheitsrisikos stellte die österreichische Bahn ÖBB den Zugverkehr am frühen Nachmittag in beide Richtungen vorübergehend ein. Aber Ungarn reagierte prompt und setzte Sonderzüge bis zur Grenze zu Österreich ein - das Ergebnis: Rund 1000 Menschen passierten die Grenze zu Fuß.

Insgesamt waren am Donnerstag in Österreich am Grenzübergang Nickelsdorf bis zum späten Nachmittag 5300 und an den Wiener Bahnhöfen rund 3000 Flüchtlinge aus Ungarn eingetroffen.

Der Großteil der Menschen will nach Deutschland: Die Behörden in Oberbayern zählten am Donnerstag bis zu 6000 Flüchtlinge innerhalb von 24 Stunden. Die Zahl der Migranten, die seit Samstag in München eintrafen, ist damit auf rund 40.000 gestiegen.

Züge gestoppt, Flüchtlinge trotzdem da <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-nachrichtenueberblick-des-tages-a-1052383.html>

Um den Hauptbahnhof in München zu entlasten sollen ab Freitag zwei regelmäßige Sonderzüge mit Flüchtlingen nach Nordrhein-Westfalen fahren. Jeweils bis zu 500 Migranten kämen dadurch täglich nach Düsseldorf und Dortmund. Möglicherweise werden die Züge aus Österreich an München vorbei direkt Richtung Norden geleitet.

Ungarn will seinen Zaun an der Grenze zu Serbien schon Mitte Oktober fertig haben. So will die Regierung in Budapest Flüchtlinge abwehren.

Streit zwischen Schweden und Dänemark

Die Züge von Deutschland nach Dänemark fahren wieder - nachdem Dänemark am Mittwoch den Zugverkehr wegen der Flüchtlingskrise gestoppt hatte. Etwa 150 Flüchtlinge, deren Weg am Mittwoch in Flensburg wegen des Zugstopps endete, wurden am Donnerstagnachmittag von Kiel aus mit der Fähre nach Schweden gebracht. Dort ist man verärgert über den Umgang Dänemarks mit den Asylsuchenden. Die schwedische Regierung verlangte vom Nachbarland, dass es die Flüchtlinge, so wie es das Dublin III-Abkommen vorsieht, registriert. "Alle Länder sollen der Dublin-Verordnung folgen, und das beinhaltet, dass alle Länder Flüchtlinge registrieren sollen", sagte der schwedische Regierungschef Löfven nach Angaben der dänischen Nachrichtenagentur Ritzau

Viele der Flüchtlinge wollen wegen der strengen Ausländerpolitik nicht in Dänemark Asyl suchen, sondern in Schweden, und hatten sich am Vortag gegenüber den dänischen Behörden geweigert, ihre Daten preiszugeben. Seit Sonntag waren rund 3200 Menschen in Dänemark angekommen.

Aus der dänischen Hafenstadt Rødby nehmen Dutzende Dänen am Donnerstag Flüchtlinge Richtung Schweden mit, manche fuhren sie über die Öresund-Brücke oder segelten mit ihnen ans andere Ufer.

Merkel bei Flüchtlingen

Angela Merkel besuchte eine Erstaufnahmeeinrichtung in Berlin-Spandau sowie Flüchtlinge, die an einer Kreuzberger Schule lernen. Dabei warb die Kanzlerin dafür, dass Asylbewerber, sobald ihr Aufenthaltsstatus gesichert ist, in Jobs vermittelt werden.

Merkel verteidigte bei den Terminen auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bamf, das zunehmend in die Kritik gerät, weil es nicht hinterher kommt mit der Bearbeitung der Asylanträge. Mehr als 250.000 Anträge stauen sich derzeit bei der Behörde in Nürnberg.

Dank von Flüchtlingen in Erfurt

In Erfurt setzen Flüchtlinge ein Zeichen. Etwa 30 Syrer haben sich dort mit Blumen und kleinen Karten für ihre Aufnahme in Deutschland bedankt. In der Innenstadt verteilten sie Rosen in verschiedenen Farben an Passanten. "Wir wissen, wie schwer es ist, sein Herz und sein Haus für Fremde zu öffnen", sagte eine der Beteiligten. Umso dankbarer seien sie den Deutschen, dass diese genau das täten. Thüringen erwartet in diesem Jahr mehr als 20.000 Flüchtlinge. Viele von ihnen stammen aus Syrien.

Osteuropa - Streit um Verteilungsquoten

Im Streit über verpflichtende Quoten zur Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat Rumänien seinen Widerstand angekündigt. "Wir glauben, dass das keine Lösung ist", sagte Präsident Klaus Iohannis in Bukarest. Es sei "unangemessen, über verpflichtende Quoten zu sprechen, die auf einer extrem bürokratischen Grundlage berechnet werden".

Die Regierungen von Estland und Litauen haben der Aufnahme der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Zahl an neuen Flüchtlingen hingegen zugestimmt. In Lettland hingegen bahnt sich ein Koalitionsstreit über die Brüsseler Vorschläge an.

Züge gestoppt, Flüchtlinge trotzdem da <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-nachrichtenueberblick-des-tages-a-1052383.html>

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker fordert, 120.000 Flüchtlinge aus Griechenland, Italien und Ungarn über verpflichtende Quoten auf die anderen EU-Mitgliedstaaten zu verteilen.

USA wollen 10.000 Syrer aufnehmen

Angesichts der dramatischen Flüchtlingskrise hat die US-Regierung Europa Hilfe angeboten. US-Präsident Barack Obama kündigte die Aufnahme von mindestens 10.000 syrischen Flüchtlingen an. Die Zahl gelte für das im Oktober beginnende Haushaltsjahr 2016, sagte ein Sprecher Obamas. Angesichts der Flüchtlingskrise in Europa war die US-Regierung in den vergangenen Tagen zunehmend unter Druck geraten, mehr Flüchtlinge aus Syrien ins Land zu lassen .

anr/Reuters/dpa/AFP

Load-Date: September 11, 2015

End of Document

**"Die Flüchtlinge haben einen politischen Notstand erzwungen";
<http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-asylbewerber-haben-einen-politischen-notstand-erzwungen-a-1087256.html>**

SPIEGEL ONLINE

17. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: KULTUR / GESELLSCHAFT

Length: 1185 words

Byline: Benjamin Moldenhauer

Highlight: 13:32:00 Wo heute Solidarität herrscht, überwog in den Neunzigerjahren Ablehnung. Der Autor Christian Jakob erklärt, woher die neue, deutsche Willkommenskultur kommt.

Body

SPIEGEL ONLINE: Wir haben 2015 eine in Deutschland vorher ungekannte Solidarität mit **Flüchtlingen** erlebt. Das sah in den Neunzigerjahren noch ganz anders aus, damals gab es nur sehr wenige Unterstützer. Wodurch unterscheiden sich die Aktivisten damals und die ehrenamtlichen Helfer heute?

Jakob: Es gab auch damals schon eine kirchliche Unterstützerbewegung, die eher humanitär motiviert war. In den Neunzigerjahren aber wurde die Unterstützung von **Flüchtlingen** vielfach von radikalen Linken betrieben. Seit dem Syrienkrieg ist die humanitäre Motivation wieder viel stärker geworden, die Bewegung übernimmt die Aufgaben von Sozialarbeitern. Der ursprüngliche politische Anspruch, die Hilfe überflüssig zu machen und auf gleiche Rechte zu drängen, ist oft in den Hintergrund getreten. Heute geht es eher darum, die Mängel der staatlichen Versorgung durch Engagement und durch Spenden aufzufangen.

SPIEGEL ONLINE: Hat sich das Verhältnis der Deutschen zu den Geflüchteten durch die politische Arbeit der Flüchtlinge verändert?

Jakob: Nicht ausschließlich, da sind mehrere Dinge zusammengekommen. Damals kamen Menschen her, die sich das Recht nahmen zu bleiben, obwohl das nicht vorgesehen war. Sie haben sich über viele Jahre politisch organisiert und damit der "Refugees Welcome"-Bewegung von heute den Boden bereitet. Dazu kommt die wirtschaftliche Komponente. Wenn die Arbeitslosenzahlen und Konjunkturdaten heute so aussähen wie in den Neunzigerjahren, dann wäre die Stimmung eine andere. Außerdem hat der Syrienkrieg die Vorstellung der Konservativen unmöglich gemacht, da kämen vor allem sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge. Insgesamt hat das zu einem tiefen gesellschaftlichen Wandel geführt, in Zivilgesellschaft, Politik und Institutionen: Anders als in den Neunzigerjahren hat Deutschland heute Migration und die Migranten akzeptiert.

SPIEGEL ONLINE: Dazu kam außerdem die Entscheidung Angela Merkels, die Grenzen zu öffnen.

"Die Flüchtlinge haben einen politischen Notstand erzwungen"

[http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-asylbewerber-haben-einen-politischen-notstan....](http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-asylbewerber-haben-einen-politischen-notstan...)

Jakob: Die Idee, die Bundesregierung hätte sich allein aus humanitären Erwägungen ganz plötzlich für die Grenzöffnung entschieden, finde ich befremdlich. Sie hat sich über Jahre die Dramen im Mittelmeer und in den südeuropäischen Grenzstaaten angeguckt, ohne etwas zu tun. Die Entscheidung Merkels war eine Folge von Migrationsdruck, den Flüchtlinge aufgebaut haben, die im europäischen Transitraum unterwegs waren. Die Flüchtlinge haben einen politischen Notstand erzwungen.

SPIEGEL ONLINE: 1993 wurde eine Verschärfung des Asylrechts beschlossen. Was waren die zentralen Forderungen der Flüchtlingsbewegung in den Jahren danach?

Jakob: In den Asylbewerberheimen sah es trostlos aus. Man mochte damals nicht glauben, dass solche Orte neben der Gesellschaft existieren. Ziel war es, die Menschen in weit abgelegenen Regionen unterzubringen und so zu isolieren. Dagegen haben sich die Flüchtlinge gewehrt. Wie soll man auch ein neues Leben aufbauen, wenn man weggesperrt und versteckt wird und keine sozialen Kontakte knüpfen kann? Vielen politischen Flüchtlingen war außerdem bewusst, dass sie gar nicht hier wären, wenn Europa die Regime, aus denen sie geflohen waren, nicht unterstützen würde.

Bis in die höchsten Instanzen geklagt

SPIEGEL ONLINE: Gegen was wehrten die Flüchtlinge sich noch?

Jakob: Sie versuchten auch gegen Abschiebungen vorzugehen. Das Bundesamt hat Anträge auf politisches Asyl im Regelfall in Zweifel gezogen. Die Strategie der Flüchtlinge bestand darin, in Deutschland weiter politisch tätig zu sein und das dann zu dokumentieren, damit der zweite Asylantrag nicht mehr so einfach abgelehnt werden konnte. Der aus Togo geflohene Regimegegner Leonard Attou etwa hat auf der Expo 2000 in Hannover eine Protestaktion gegen Togos Präsidenten Gnassingbé Eyadéma organisiert. Danach wurde ihm Asyl zugesprochen.

SPIEGEL ONLINE: In Ihrem Buch beschreiben Sie die Kämpfe anhand der Biografien der Aktivisten von damals.

Jakob: Eine zentrale Forderung war die Aufhebung der Residenzpflicht. Viele haben sich gegen das Verbot gewehrt, den Landkreis, in dem man angesiedelt war, zu verlassen, und die juristischen Konsequenzen getragen. Der Nigerianer Sunny Omwenyeke hat den Protest am weitesten getrieben. Er war in einem Heim in Wolfsburg untergebracht und ist als Aktivist viel nach Ostdeutschland gereist, was er nicht durfte. Er ist trotzdem gefahren, hat eine Gefängnisstrafe auf sich genommen und bis in die höchsten Instanzen geklagt. Sowohl das Bundesverfassungsgericht als auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte allerdings haben seine Klage abgewiesen.

SPIEGEL ONLINE: War der Kampf gegen die Residenzpflicht damit gescheitert?

Jakob: Keineswegs. Die Kritik der Flüchtlinge ist in die Institutionen eingesickert und wurde von den Parteien aufgenommen, in der Justiz hat eine Debatte darüber stattgefunden. Im Koalitionsvertrag von 2013 wurde die Residenzpflicht dann bundesweit stark eingeschränkt. Das wäre nicht passiert, wenn sie nicht immer und immer wieder von Menschen wie Omwenyeke kritisiert worden wäre.

SPIEGEL ONLINE: Sie erinnern an den Asylbewerber Oury Jalloh aus Sierra Leone, der 2005 in einer Gefängniszelle in Dessau verbrannte, angeblich nachdem er sich selbst angezündet hatte. Der erste Prozess endete trotz offenkundiger Falschaussagen der Polizisten mit einem Freispruch. Der Richter bekundete, er hätte "keinen Bock, zu diesem Scheiß noch irgendwas zu sagen". Warum ist dieser Fall so wichtig für die Geschichte der deutschen Asylpolitik?

Jakob: Der Rassismus, den Flüchtlinge den staatlichen Institutionen vorwarfen, hat sich in diesem Fall besonders deutlich gezeigt. Und die Unfähigkeit der Zivilgesellschaft, eine Aufklärung zu erzwingen, hat die Aktivisten in ihrer Haltung bestätigt. Das alles gehört noch in die Zeit, in der die politischen Kämpfe der Flüchtlinge weitgehend unterhalb der Wahrnehmungsschwelle blieben. Heute hätte der Prozess wohl schneller stattgefunden

"Die Flüchtlinge haben einen politischen Notstand erzwungen"

[http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-asylbewerber-haben-einen-politischen-notstan....](http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/fluechtlinge-asylbewerber-haben-einen-politischen-notstan...)

und wäre möglicherweise auch anders ausgegangen. Und es würden auch nicht nur fünfzehn Aktivisten im Gericht sitzen.

SPIEGEL ONLINE: In den letzten Jahren haben sich die Protestformen einiger Aktivisten radikalisiert. Wie bewerten Sie etwa den Durststreik der Geflüchteten von 2013 auf dem Rindermarkt in München? War das eine neue Qualität?

Jakob: Ja. Neu war die Bereitschaft zur Selbstzerstörung. Wenn man in Abschiebehaft zu extremen Mitteln greift, weil man fürchtet, nach Kamerun oder Iran abgeschoben und dort gefoltert zu werden, dann kann ich das nachvollziehen. Aber in München wurde die maximale Eskalation gewählt, obwohl die Asylanträge teils noch geprüft wurden. Ich weiß nicht, ob es angebracht ist, das eigene Leben an so einem Punkt in Gefahr zu bringen. Mich hat erstaunt, wie viele bereit waren, das mitzutragen und politisch zu rechtfertigen. Man muss aber auch sagen, dass nach ebensolchen Protesten wie auf dem Rindermarkt viele Forderungen der Flüchtlinge mit einem Mal erfüllt wurden, die zuvor jahrelang ignoriert worden waren.

Load-Date: April 17, 2016

End of Document

[Mit Hunden gegen Flüchtlinge;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-cameron-geht-mit-hunden-gegen-fluechtlinge-vor-a-1046238.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-cameron-geht-mit-hunden-gegen-fluechtlinge-vor-a-1046238.html)

SPIEGEL ONLINE

31. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 566 words

Byline: mxw/Reuters/dpa

Highlight: Tausende Flüchtlinge wollen über den Ärmelkanal nach Großbritannien - Premier Cameron versucht mit drastischen Mitteln, dies zu verhindern. In Deutschland steigt die Zahl der Asylbewerber auf einen Rekord.

Body

Die britische Regierung unterstützt in der Flüchtlingskrise in Calais die französischen Sicherheitskräfte mit zusätzlichen Zäunen und Spürhunden. Zudem werde das Verteidigungsministerium in Südengland Gelände zur Verfügung stellen, um den Rückstau vor dem Tunnelleingang aufzulösen, sagte Premierminister David Cameron nach einer Sitzung des Sicherheitskabinetts in London.

Er wolle noch am Donnerstag mit dem französischen Präsidenten François Hollande über die "inakzeptable" Lage sprechen. Großbritannien sei bereit, mehr zu helfen, "um den Druck auf jener Seite der Grenze zu mindern". In der Nacht zum Freitag hatten erneut Hunderte Migranten in Calais versucht, durch den Eurotunnel illegal nach Großbritannien einzureisen - Sicherheitskräfte hatten sie davon abgehalten, indem sie etwa 200 Asylbewerber umstellten und fortschickten.

"Menschen versuchen illegal, in unser Land zu kommen, und hier gibt es Behinderungen für Fernfahrer und Urlauber", sagte Cameron. "Wir werden mehr Zäune, mehr Mittel, mehr Spürhunde-Staffeln schicken." Die Flüchtlingskrise werde "den gesamten Sommer über ein schwieriges Thema" bleiben. Großbritannien hat bereits umgerechnet 32 Millionen Euro zugesagt, um die Sicherheitsvorkehrungen auf der französischen Seite des Eurotunnels zu verstärken.

Auch Österreich erwägt neue Maßnahmen im Umgang mit der Flüchtlingskrise - allerdings sollen nicht die Asylbewerber in die Pflicht genommen werden, sondern die Kommunen: Gemeinden ab 2000 Einwohnern sollen per Gesetz verpflichtet werden, Flüchtlingskontingente von ein bis zwei Prozent ihrer Bevölkerung aufzunehmen, kündigten Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) an. Die Unterkünfte sollen auf Grundstücken und in Gebäuden entstehen, über die der Bund verfügt.

Bislang hatten sich die Städte und Gemeinden geweigert, genügend Flüchtlinge aufzunehmen, um das völlig überfüllte Aufnahmезentrum bei Wien zu entlasten. Dort mussten zuletzt über 2000 Menschen unter freiem Himmel

Mit Hunden gegen Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-cameron-geht-mit-hunden-gegen-fluechtlinge-vor-a-1046238.html>

übernachten. Mit dem Gesetz will Österreich nun 80.000 bis 160.000 Plätze schaffen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres kamen bereits 28.300 Asylwerber in das Land, täglich kommen im Schnitt weitere 250 dazu. Für das Gesetz, das in die Kompetenzen von Ländern und Gemeinden eingreift, benötigt die Regierung die Zustimmung einer Oppositionspartei.

Rekord in Deutschland

Die Flüchtlingszahlen steigen auch in Deutschland weiter: Im Juli kamen so viele Asylbewerber an wie noch nie zuvor in einem Monat. Mit 79.000 Menschen habe es "den höchsten Zugang aller Zeiten" gegeben, sagte Bayerns Sozialministerin Emilia Müller (CSU). Manfred Schmidt, der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, sprach von einem "Allzeitrekord". Derzeit kämen sehr viele Asylbewerber aus den Kriegs- und Krisenregionen in Syrien, im Irak und in Afghanistan.

Ende August will das Bundesamt seine Prognose aktualisieren. Bisher rechnet Schmidt mit 450.000 Asylbewerbern in diesem Jahr. Erste Priorität für den Behördenchef hat nun die beschleunigte "Rückführung" von Asylbewerbern aus Südosteuropa - Schmidt nannte einen Zeitraum von vier bis sechs Wochen nach der Ankunft. "Wir werden uns im ersten Schritt auf Albanien konzentrieren." Innerhalb weniger Wochen habe es "über 30.000 Zugänge allein aus Albanien mit einer Schutzquote von nur 0,1 Prozent" gegeben.

mxw/Reuters/dpa

Load-Date: July 31, 2015

End of Document

**[EU will Afrika mehr als eine Milliarde Euro anbieten;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-will-afrika-finanziell-
helfen-gegen-ruecknahme-von-migranten-a-1050328.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-will-afrika-finanziell-helfen-gegen-ruecknahme-von-migranten-a-1050328.html)**

SPIEGEL ONLINE

29. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 429 words

Byline: mbe/mp/csc

Highlight: Die EU-Kommission will mehr Geld für einen EU-Afrika-Treuhandfonds offerieren. Nach SPIEGEL-Informationen sind mehr als eine Milliarde Euro für afrikanische Staaten im Gespräch - wenn diese Flüchtlinge zurücknehmen.

Body

Um die steigenden Flüchtlingszahlen in Europa unter Kontrolle zu bekommen, will die EU die Rückführung abgelehnter Asylbewerber forcieren. Zu diesem Zweck sollen für afrikanische Herkunftsländer neue Anreize geschaffen werden, Migranten ohne Anspruch auf Asyl zurückzunehmen.

So will die EU-Kommission beim EU-Afrika-Gipfel nach SPIEGEL-Informationen mehr als eine Milliarde Euro zusätzlich für einen EU-Afrika-Treuhandfonds anbieten. Die Auszahlung der Mittel soll nach Vorstellung vieler EU-Innenminister aber stärker als bisher an die Kooperation der afrikanischen Staaten bei der Rückführung der Flüchtlinge geknüpft werden. Der Gipfel findet am 11. und 12. November auf Malta statt.

Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn sagte, Vorrang bei der Aufnahme in Europa müssten jene Menschen haben, die im Sinne der Genfer Konvention in ihren Heimatländern verfolgt würden. Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive will Asselborn dagegen schneller in ihre Heimat zurückbringen - und die afrikanischen Herkunftstaaten dafür belohnen. "Wenn ein afrikanisches Land bereit ist, eigene Leute zurückzunehmen, die in Europa keine Chance auf Asyl haben, dann sollten wir Europäer das unterstützen." Luxemburg führt noch bis Jahresende den Ministerrat der EU.

Asselborn sagte, es dürfe zwar nicht der Fehler gemacht werden, Entwicklungshilfe grundsätzlich an die Rückführung von Flüchtlingen zu koppeln. "Aber man kann positive Anreize schaffen." Die EU jedenfalls solle, so der Luxemburger Chefdiplomat, "den Afrikanern etwas Ernsthaftes anbieten, wenn Malta ein Erfolg werden soll".

"Entwicklungshilfe wird Teil von Europas Abwehrstrategie"

Die Grünen im Europaparlament kritisieren dagegen eine mögliche Verknüpfung von Wohlfühlen und Entwicklungshilfe. Es sei kontraproduktiv, Mittel zu kürzen, die ja gerade der Armutsbekämpfung und damit der Bekämpfung von Fluchtursachen dienen, lautet ihr Argument.

EU will Afrika mehr als eine Milliarde Euro anbieten [http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-will-afrika-finanziell-helfen-gegen-ruecknahme-von-mi....](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-will-afrika-finanziell-helfen-gegen-ruecknahme-von-mi...)

Auch Entwicklungsexperten üben Kritik an den Plänen. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe, sagte, es werde an den zugrunde liegenden Problemen "überhaupt nichts ändern", wenn die betroffenen Staaten "Geld für Flüchtlingsmanagement" bekommen. "Damit wird Entwicklungshilfe zu einem Teil von Europas Abwehrstrategie."

Die Bekämpfung von Fluchtursachen funktioniere nur langfristig und sei "kein Ex-und-Hopp-Prozess", sagte Füllkrug-Weitzel. Zudem sei nicht nur Entwicklungshilfe gefragt, um die Zahl von Flüchtlingen zu verringern, sondern auch die Außen-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Umweltpolitik.

mbe/mp/csc

Load-Date: August 29, 2015

End of Document

Mehr als doppelt so viele Asylbewerber wie im Vorjahr;
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-doppelt-so-viele-antraege-wie-im-vorjahr-a-1037934.html>

SPIEGEL ONLINE

09. Juni 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 300 words

Byline: anr/AFP

Highlight: Im Mai 2015 stellten mehr als doppelt so viele Menschen in Deutschland einen **Asylantrag** wie im gleichen Monat 2014 - aber weniger als im April 2015. Insbesondere die Zahl der **Flüchtlinge** aus dem Kosovo ist rapide gesunken.

Body

25.992 Menschen beantragten nach Angaben des Bundesinnenministerium im Mai **Asyl** beim Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF). Das waren 13.535 oder 108,6 Prozent mehr als im Mai 2014. Gegenüber dem Vormonat sank die Bewerberzahl zugleich um 4,4 Prozent.

Etwa 41 Prozent der Asylanträge wurden den Angaben nach von Menschen aus den westlichen Balkanländern Albanien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Kosovo und Mazedonien gestellt. Im Vergleich zu den beiden Vormonaten zeichnete sich zumindest bei den Anträgen aus dem Kosovo eine Trendwende ab: Die Zahl der asylsuchenden Kosovaren, die im März dieses Jahres bei 11.729 und im April bei 4608 gelegen hatte, sank im Mai auf 1947.

Erneut zurück ging auch die Zahl der Asylanträge aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Nur bei Bewerbern aus Albanien kam es wieder zu einer leichten Steigerung von 4794 im April auf 4922 im Mai 2015.

Im Mai entschied das BAMF über 16.784 Anträge. Davon wurden 5687 oder 33,9 Prozent bewilligt. Zudem wurden für 215 weitere Antragsteller Abschiebeverbote erteilt oder sie profitierten von ergänzenden Schutzregeln der EU-Richtlinie. Die übrigen Anträge wurden abgewiesen oder erledigten sich aus anderen Gründen, etwa mit der Überweisung der Flüchtlinge an den eigentlich zuständigen EU-Staat.

Seit Ende 2014 gelten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten - die Bundesregierung geht also davon aus, dass Migranten aus diesen Ländern in ihrer Heimat keine Verfolgung droht - Flüchtlinge aus diesen Ländern können schneller abgeschoben werden. Menschen aus den West-Balkan-Ländern können insgesamt kaum auf Anerkennung als Asylberechtigte in Deutschland hoffen - ihre Anträge werden meist abgelehnt, weil sie als Wirtschaftsflüchtlinge eingestuft werden.

anr/AFP

Mehr als doppelt so viele Asylbewerber wie im Vorjahr <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-doppelt-so-viele-antraege-wie-im-vorjahr-a-1037934.....>

Load-Date: June 15, 2015

End of Document

90.000 Flüchtlinge konnten noch keinen Asylantrag stellen

SPIEGEL ONLINE

10. September 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 264 words

Byline: Wolf Wiedmann-Schmidt

Highlight: Man sei leistungsfähiger geworden, betont Bamf-Chef Weise. Doch nach SPIEGEL-Informationen warten noch immer Zehntausende Flüchtlinge darauf, ihren Asylantrag stellen zu können.

Body

Ein Jahr nach Angela Merkels Satz "Wir schaffen das" konnten nach SPIEGEL-Informationen rund 90.000 Flüchtlinge in Deutschland noch immer keinen Asylantrag stellen. Das geht aus einem internen Papier des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) von Ende August hervor.

Nun soll das Warten ein Ende haben: Die Anträge würden voraussichtlich noch im September angenommen, heißt es in der Dienstanweisung. (Diese Meldung stammt aus dem SPIEGEL. Den neuen SPIEGEL finden Sie hier .)

"Das Bundesamt nimmt derzeit viele Asylanträge von Personen an, die bereits 2015 eingereist sind, die jedoch zeitnah keinen Asylantrag stellen konnten", teilte das Bundesinnenministerium am Freitag mit. "Es ist beabsichtigt, bis Ende September allen Menschen, die 2015 nach Deutschland kamen, die Möglichkeit zum Asylantrag gegeben zu haben."

Danach sollen die Mitarbeiter des Bamf ihre ganze Kraft darauf verwenden, die inzwischen mehr als 567.000 offenen Asylverfahren abzuschließen. In diesem Jahr wird dies allerdings nicht mehr gelingen: Der Leiter des Amts, Frank-Jürgen Weise, räumte zuletzt ein, dass es wohl bis Mitte 2017 dauern werde . Weise hatte zuletzt betont, das Bamf sei "deutlich leistungsfähiger" geworden.

Das Bundesamt hat seine Bearbeitungszeiten für neue Anträge inzwischen zwar deutlich verbessert - seit April braucht es dafür im Schnitt nur noch 1,3 Monate. Die zahlreichen komplizierten Altfälle aber bereiten solche Probleme, dass die durchschnittliche Bearbeitungszeit für alle Anträge im zweiten Quartal bei mehr als sieben Monaten lag.

wow

Load-Date: September 10, 2016

90.000 Flüchtlinge konnten noch keinen Asylantrag stellen

End of Document

**[Behörden überprüfen in großem Stil Flüchtlinge aus Nordafrika;
http://www.spiegel.de/panorama/justiz/nordrhein-westfalen-behoerden-ueberpruefen-in-groessem-stil-fluechtlinge-aus-nordafrika-a-1086853.html](http://www.spiegel.de/panorama/justiz/nordrhein-westfalen-behoerden-ueberpruefen-in-groessem-stil-fluechtlinge-aus-nordafrika-a-1086853.html)**

SPIEGEL ONLINE

12. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / JUSTIZ

Length: 324 words

Byline: wit/dpa

Highlight: 19:30:20 Nordrhein-Westfalen hat in **Flüchtlingsunterkünften** den Aufenthaltsstatus von Hunderten Algeriern und Marokkanern geprüft. Es ging um Fingerabdrücke, Personendaten und die Frage nach **Asyl**.

Body

In Nordrhein-Westfalen haben Polizei und andere Behörden in einer groß angelegten Aktion mehrere hundert **Flüchtlingen** aus Algerien und Marokko registriert - und ihren Aufenthaltsstatus überprüft. 471 **Flüchtlinge** hätten daraufhin einen **Asylantrag** gestellt, teilte die Bezirksregierung Arnsberg mit.

Sie wurden in Bussen von den 33 Flüchtlingsunterkünften des Landes zu den nächstgelegenen Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) gefahren. Fünf Menschen flohen angesichts der Kontrolleure aus den Unterkünften und tauchten unter.

"Diese Herkunftsstaaten haben wir bewusst ausgesucht, weil Flüchtlinge aus Algerien und Marokko kaum eine Chance auf Asyl in Deutschland haben", sagte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) in Düsseldorf. Ziel sei es, Missbrauch durch doppelte Identitäten zu vermeiden.

Vier Haftbefehle vollstreckt

Bei den Kontrollen am frühen Morgen seien auch vier Haftbefehle vollstreckt worden, sagte der Innenminister. Überwiegend sei es dabei um Menschen gegangen, die mehrere Identitäten angegeben hätten, um Taschengeld mehrfach zu beziehen.

Fünfzehn Kontrollierte gaben an, kein Asyl beantragen zu wollen. Gegen sie wurden Strafverfahren eingeleitet, da nunmehr ihr Aufenthalt keine Rechtsgrundlage mehr hat. Sie wurden auf Polizeiwachen biometrisch erfasst und sollen Deutschland bald verlassen. Jäger sagte, mit der Erfassung der biometrischen Daten werde eine Grundlage geschaffen, dass Asylverfahren schnell beginnen und der Aufenthaltsstatus schnell geklärt werden könne.

Die zentrale biometrische Datenbank "AUV Asyl", die Bund, Länder und Kommunen besser verzahnen soll, startete am 7. März zunächst nur in NRW, Berlin und im Saarland. Bis Ende Juni sollen alle Bundesländer ankommende

Behörden überprüfen in großem Stil Flüchtlinge aus Nordafrika

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/nordrhein-westfalen-behoerden-ueberpruefen-in-grosem-stil-f...>

Asylsuchende biometrisch erfassen und ihnen einen sogenannten Ankunftsnachweis ausstellen. Am 6. April waren bundesweit rund 22.300 dieser Papier ausgestellt, wie das Bamf am Dienstag mitteilte.

wit/dpa

Load-Date: April 13, 2016

End of Document

Die meisten Asylbewerber kommen nach Deutschland;
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/uno-ueber-fluechtlinge-meiste-asylbewerber-in-deutschland-a-1025633.html>

SPIEGEL ONLINE

26. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 343 words

Highlight: Kriege und Terror treiben weltweit Millionen Menschen in die Flucht, viele zieht es in die Industriestaaten. Die meisten **Asylanträge** werden laut der Uno in Deutschland gestellt.

Body

Berlin - Die Industriestaaten haben im vergangenen Jahr nach Angaben des Uno-**Flüchtlingshilfswerks** UNHCR die höchste Zahl von **Asylanträgen** seit 22 Jahren verzeichnet. Von insgesamt etwa 866.000 Erstanträgen auf **Asyl** seien die meisten in Deutschland registriert worden, teilte die Behörde in Genf mit.

Mit 173.000 Erstanträgen entfiel demnach etwa ein Fünftel auf die Bundesrepublik. Die Zahl der Asylanträge in den Industriestaaten sei im Vergleich zum Vorjahr um 45 Prozent gestiegen, so die UNHCR. Die Gründe dafür seien die Kriege in Syrien und im Irak sowie andere bewaffnete Konflikte, Menschenrechtsverletzungen und sich verschlechternde humanitäre Bedingungen in vielen Staaten.

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl sei Schweden das Land mit den meisten Asylbewerbern, so die Uno-Behörde - gefolgt von Malta, Luxemburg, der Schweiz und Montenegro. Allein die Skandinavier hätten im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre 24,4 Asylsuchende pro 1000 Einwohner verzeichnet.

Streit über Flüchtlingszahlen

Asylsuchende seien jedoch nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge. Ende 2013 seien 51,2 Millionen Menschen aufgrund von Krieg, Gewalt, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen auf der Flucht gewesen. Davon waren demnach 33,3 Millionen Vertriebene innerhalb ihres eigenen Heimatlandes.

Die Frage, wie viele Flüchtlinge in Deutschland Schutz suchen, hat eine heftige innenpolitische Debatte ausgelöst. Mehrere Bundesländer und die Opposition fordern vom Bund, die vorhergesagten Zahlen anzuheben. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) lehnt das ab. Die Bundesregierung hat zudem angekündigt, nicht mehr Geld für die Versorgung von Flüchtlingen auszugeben.

Die Länder befürchten, dass der Zustrom von Flüchtlingen in diesem Jahr wegen der Krisen und Kriege in der Welt wesentlich größer sein wird als vom BAMF prognostiziert. Die Behörde geht bislang für 2015 von 300.000 Asylanträgen aus. Schleswig-Holstein rechnet hingegen mit mehr als einer halben Million Asylanträgen.

Die meisten Asylbewerber kommen nach Deutschland [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/uno-ueber-fluechtlinge-meiste-asylbewerber-in-deutschland-a-1025633.h....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/uno-ueber-fluechtlinge-meiste-asylbewerber-in-deutschland-a-1025633.h...)

mxw/dpa/Reuters

Load-Date: April 18, 2015

End of Document

[Rund 1400 illegale Flüchtlinge festgenommen;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-rund-1400-fluechtlinge-festgenommen-a-1036585.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-rund-1400-fluechtlinge-festgenommen-a-1036585.html)

SPIEGEL ONLINE

01. Juni 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 478 words

Byline: kry/dpa

Highlight: Über Ungarn versuchen viele Flüchtlinge nach Europa zu kommen - der Staat hält mit Propaganda dagegen. Am Wochenende hat die ungarische Polizei rund 1400 Flüchtlinge festgenommen.

Body

Obwohl Ungarns rechtsnationale Regierung eine Propagandakampagne gegen Zuwanderer betreibt, sind am Wochenende knapp 1400 Migranten illegal über die Grenze gekommen. Die Polizei hat der ungarischen Nachrichtenagentur MTI zufolge 756 Menschen allein in der südungarischen Stadt Szeged aufgegriffen - dort befindet sich ein Grenzübergang zum benachbarten Serbien.

Ungarn ist eine wichtige Station für Flüchtlinge: Das Land liegt an der Südostgrenze des grenzkontrollfreien Schengenraums. Rund 80 Prozent der Flüchtlinge bleiben nicht in Ungarn, sondern reisen weiter Richtung Westen. Unter den festgenommenen Migranten waren 220 Afghanen. Zur Herkunft der übrigen Flüchtlinge gab es keine Angaben.

Schon länger spricht sich die Regierung von Staatschef Viktor Orbán gegen den Flüchtlingsstrom aus. Nur zehn Prozent der dort ankommenden Einwanderer seien politische Flüchtlinge, die übrigen seien Wirtschaftsmigranten, sagte Regierungssprecher Zoltan Kovács. Bisher hätten mehr als 45.000 Einwanderer in Ungarn einen Asylantrag gestellt.

EU-Kommission will Pläne zur Flüchtlingsquote nachbessern

Ungarn gehört zu den europäischen Staaten, in denen momentan die meisten Flüchtlinge ankommen. Die EU-Kommission hatte vergangene Woche beschlossen, die Grenzstaaten durch eine Flüchtlingsquote zu entlasten. Innerhalb von zwei Jahren sollen insgesamt 40.000 Schutzbedürftige per Quote auf andere EU-Staaten umverteilt werden. Dafür muss eine Mehrheit der EU-Länder zustande kommen. Die Pläne sind umstritten.

Auch Deutschland und Frankreich forderten Nachbesserungen an der vorgestellten Strategie zur Flüchtlingsumverteilung - bislang gebe es bei dem Vorschlag aus Brüssel noch kein ausgewogenes Verhältnis zwischen Solidarität und Verantwortung, schrieben die Innenminister beider Länder, Thomas de Maizière und Bernard Cazeneuve, in einer gemeinsamen Erklärung. Es seien weitere Gespräche auf europäischer Ebene nötig.

Rund 1400 illegale Flüchtlinge festgenommen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-rund-1400-fluechtlinge-festgenommen-a-1036585.html>

Die EU-Kommission signalisierte daraufhin ihr Entgegenkommen. Das Gremium sei "bereit und offen für eine Diskussion über die Verteilungskriterien", sagte eine Kommissionssprecherin. Wie viele Länder Einwände gegen die Quote hätten, sei noch offen. Dies werde sich beim nächsten Treffen der EU-Innenminister am 16. Juni in Luxemburg zeigen, wo der Plan erneut diskutiert werden soll.

Die beiden Ressortchefs fordern unter anderem, dass "Vorleistungen" der EU-Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen stärker berücksichtigt werden. Illegal eingereiste Menschen müssten schneller in ihre Heimat zurückgeschickt werden. Die Überwachung der EU-Außengrenzen müsse verstärkt werden. Das geplante Verfahren müsse außerdem eine Ausnahme bleiben.

"Das Dublin-System muss in Kraft bleiben", betonen sie. Laut der Verordnung ist jeweils das Land für einen Asylbewerber zuständig, in dem derjenige erstmals EU-Boden betreten hat.

kry/dpa

Load-Date: June 15, 2015

End of Document

[Menschen schützen - nicht nur Grenzen;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/kommentar-fluechtlingssterben-im-mittelmeer-a-1029537.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/kommentar-fluechtlingssterben-im-mittelmeer-a-1029537.html)

SPIEGEL ONLINE

20. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 982 words

Byline: Maximilian Popp

Highlight: Das Massensterben von Flüchtlingen an den europäischen Außengrenzen ist keine Folge des Wegsehens der EU-Politik - ganz im Gegenteil: Mit ihrer Abschottung tötet die Europäische Union vorsätzlich.

Body

Die Beamten in der Zentrale der europäischen Grenzschutzagentur Frontex in Warschau zählen jeden irregulären Grenzübertritt, jedes Flüchtlingsboot. Seit Dezember 2013 setzt die Behörde für Hunderte Millionen Euro Drohnen und Satelliten zur Überwachung der Grenzen ein.

Die EU registriert, was an ihren Rändern vor sich geht. Sie sieht, anders als oft behauptet wird, nicht weg, wenn Flüchtlinge sterben. Sie sieht sehr genau hin. Hier wird nicht nachlässig gehandelt. Hier wird vorsätzlich getötet.

Seit Jahren sterben Menschen auf der Flucht nach Europa. Sie ertrinken im Mittelmeer, verbluten an den Grenzzäunen von Ceuta und Melilla, erfrieren in den Bergen zwischen Ungarn und der Ukraine. Doch die Dimension dieser Katastrophe scheint der europäischen Öffentlichkeit noch immer nicht vollständig bewusst zu sein. Wir sind Komplizen eines der größten Verbrechen der europäischen Nachkriegsgeschichte.

Barbarei im Namen Europas

Möglicherweise werden sich in 20 Jahren Gerichte oder Historiker mit dieser dunklen Zeit beschäftigen. Und nicht nur die Politiker in Brüssel, Berlin und Paris, sondern auch wir Bürger werden uns die Frage gefallen lassen müssen, was wir damals eigentlich unternommen haben gegen die Barbarei in unser aller Namen.

Das Massensterben der Flüchtlinge an Europas Außengrenzen ist kein Unglück, sondern das direkte Ergebnis europäischer Politik. Das Grundgesetz und die europäische Grundrechtscharta versprechen Menschen, die vor Krieg oder politischer Verfolgung fliehen, Schutz. Doch die EU-Mitgliedstaaten torpedieren dieses Recht seit Jahren. Wer in Europa Asyl beantragen will, muss zunächst europäisches Territorium erreichen. Genau das aber ist durch die europäische Abschottungspolitik beinahe unmöglich geworden. Die EU hat an ihren Rändern meterhohe Zäune errichtet, sie hat Soldaten an ihre Grenzen beordert und Kriegsschiffe entsandt, um Flüchtlinge von Europa fernzuhalten.

Menschen schützen - nicht nur Grenzen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kommentar-fluechtlingssterben-im-mittelmeer-a-1029537.html>

Für Schutzsuchende, egal ob aus Syrien oder Eritrea, existieren keine legalen, sicheren Wege nach Europa. Flüchtlinge sind gezwungen, als "illegale" Migranten in die EU einzureisen, auf gefährlichen, mörderischen Routen. Etwa über das Mittelmeer.

An den europäischen Außengrenzen ist ein darwinistisches System entstanden: Nur wer genügend Geld hat, um Schlepper zu bezahlen, wer zäh genug ist, immer wieder gegen die Zäune aus Stahl und Stacheldraht anzulaufen, hat überhaupt eine Chance, in Europa Asyl zu beantragen. Arme, Kranke, Alte, Familien, Kinder bleiben meist ihrem Schicksal überlassen. Das europäische Asylsystem ist die Pervertierung des Asylrechts.

Die Abschottungspolitik ist der Grund des Flüchtlingsdramas

Nach dem Schiffsunglück vom Wochenende, bei dem wohl mehr als 650 Flüchtlinge starben, so viele wie nie zuvor, ist die Bestürzung in Europa groß. Wieder einmal heißt es, eine solche Tragödie dürfe sich nicht wiederholen. So war das schon nach der Katastrophe vor der Insel Lampedusa im Herbst 2013 und vor Malta im vergangenen September. Bereits am Montag, nur Stunden nach dem jüngsten Vorfall, droht sich alles zu wiederholen: Hunderte Menschen gerieten im Mittelmeer an Bord eines Flüchtlingsschiffs in Seenot.

Europas Politiker beklagen das Flüchtlingsdrama. Und dann setzten sie die Abschottungspolitik fort, die dafür überhaupt erst die Voraussetzung schafft.

Die Regierungschefs der EU und ihre Innenminister dürfen damit nicht länger durchkommen. Die EU muss jetzt sofort legale Wege für Flüchtlinge nach Europa schaffen. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl oder Human Rights Watch haben längst aufgezeigt, wie das gehen könnte:

Die Rettungsmission der italienischen Marine "Mare Nostrum", die hunderttausend Flüchtlinge vor dem Ertrinken bewahrte, muss unverzüglich wieder aufgenommen werden. Die Frontex-Operation "Triton" dient der Abwehr von Migranten. Sie gehört abgeschafft. Die EU sollte ein Botschaftsasyl einführen, wie es in der Schweiz praktiziert wird. Flüchtlinge könnten so künftig in den Auslandsvertretungen der EU-Mitgliedstaaten ein Schutzgesuch stellen. Ihnen bliebe auf diese Weise der mörderische Weg über die Grenzen erspart. Die EU muss sich endlich ernsthaft an dem UNHCR-Resettlement-Programm beteiligen. Die Vereinten Nationen vermitteln seit Jahren Flüchtlinge aus akuten Krisengebieten für eine begrenzte Zeit ohne bürokratisches Asylverfahren in sichere Staaten. Das UN-Flüchtlingswerk UNCHR sucht gegenwärtig für mehrere Hunderttausend Flüchtlinge Resettlement-Plätze. Nordamerika nahm 2013 mehr als 9.000 auf, Deutschland 300. Die Visumspflicht für Bürger aus Krisenstaaten wie Syrien oder Eritrea sollte vorübergehend aufgehoben werden. Asylsuchende könnten dann an den europäischen Grenzkontrollposten um Einlass bitten, ohne von Polizisten pauschal abgewiesen zu werden. Das Dublin-Regime, das Flüchtlingen verbietet, nach der Ankunft in Europa in ein anderes Land weiterzureisen, gehört aufgehoben. Stattdessen würden Asylbewerber nach einem Quotensystem verteilt. Die Freizügigkeit, die für EU-Bürger längst gilt, würde auf anerkannte Flüchtlinge ausgeweitet. Für Menschen, die vor Armut und nicht vorrangig vor politischer Verfolgung fliehen, sollten Möglichkeiten der Arbeitsmigration geschaffen werden - etwa mit einer Greencard für Einwanderer aus ärmeren Ländern.

Diese Reformen würden irreguläre Migration nicht schlagartig abschaffen, aber sie würden helfen, Leid zu reduzieren. Anders als Europas Regierungschefs und ihre Innenminister behaupten, kann das Sterben an Europas Grenzen verhindert oder die Zahl der Toten zumindest dramatisch verringert werden. Dazu braucht es jedoch die Bereitschaft der Europäer, künftig Menschen zu schützen - und nicht nur Grenzen.

Video: Flüchtlingsdrama vor Rhodos - Mindestens drei Tote

Load-Date: May 11, 2015

[Züge gestoppt, Flüchtlinge trotzdem da;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-nachrichtenueberblick-
des-tages-a-1052383.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-nachrichtenueberblick-des-tages-a-1052383.html)

SPIEGEL ONLINE

10. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 942 words

Byline: anr/Reuters/dpa/AFP

Highlight: An allen Enden gibt es Streit und Alleingänge: Die europäischen Länder entfernen sich in der Flüchtlingskrise weiter immer voneinander. Die USA dagegen kündigten an, mindestens 10.000 Syrer aufnehmen zu wollen.

Body

Die EU-Länder finden keine gemeinsame Linie in der Flüchtlingspolitik - von Tag zu Tag wird die Lage angespannter. Österreich lässt seine Züge nicht mehr nach Ungarn fahren - aus Angst vor noch mehr Flüchtlingen. Auch Dänemark und Schweden liegen im Zwist. Und die osteuropäischen Länder sperren sich weiterhin gegen einen Verteilungsschlüssel für Asylbewerber. Dagegen wollen die USA jetzt mindestens 10.000 Syrer zusätzlich aufnehmen.

Die wichtigsten Nachrichten des Tages zum Komplex Flüchtlinge im Überblick.

Österreich stoppt Züge, Ungarn setzt neue ein

Mit der Sperrung des Bahnverkehrs zwischen Österreich und Ungarn hat sich die Flüchtlingskrise in Südosteuropa wieder verschärft. Wegen des Andrangs aus Ungarn und des damit verbundenen Sicherheitsrisikos stellte die österreichische Bahn ÖBB den Zugverkehr am frühen Nachmittag in beide Richtungen vorübergehend ein. Aber Ungarn reagierte prompt und setzte Sonderzüge bis zur Grenze zu Österreich ein - das Ergebnis: Rund 1000 Menschen passierten die Grenze zu Fuß.

Insgesamt waren am Donnerstag in Österreich am Grenzübergang Nickelsdorf bis zum späten Nachmittag 5300 und an den Wiener Bahnhöfen rund 3000 Flüchtlinge aus Ungarn eingetroffen.

Der Großteil der Menschen will nach Deutschland: Die Behörden in Oberbayern zählten am Donnerstag bis zu 6000 Flüchtlinge innerhalb von 24 Stunden. Die Zahl der Migranten, die seit Samstag in München eintrafen, ist damit auf rund 40.000 gestiegen.

Züge gestoppt, Flüchtlinge trotzdem da <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-nachrichtenueberblick-des-tages-a-1052383.html>

Um den Hauptbahnhof in München zu entlasten sollen ab Freitag zwei regelmäßige Sonderzüge mit Flüchtlingen nach Nordrhein-Westfalen fahren. Jeweils bis zu 500 Migranten kämen dadurch täglich nach Düsseldorf und Dortmund. Möglicherweise werden die Züge aus Österreich an München vorbei direkt Richtung Norden geleitet.

Ungarn will seinen Zaun an der Grenze zu Serbien schon Mitte Oktober fertig haben. So will die Regierung in Budapest Flüchtlinge abwehren.

Streit zwischen Schweden und Dänemark

Die Züge von Deutschland nach Dänemark fahren wieder - nachdem Dänemark am Mittwoch den Zugverkehr wegen der Flüchtlingskrise gestoppt hatte. Etwa 150 Flüchtlinge, deren Weg am Mittwoch in Flensburg wegen des Zugstopps endete, wurden am Donnerstagnachmittag von Kiel aus mit der Fähre nach Schweden gebracht. Dort ist man verärgert über den Umgang Dänemarks mit den Asylsuchenden. Die schwedische Regierung verlangte vom Nachbarland, dass es die Flüchtlinge, so wie es das Dublin III-Abkommen vorsieht, registriert. "Alle Länder sollen der Dublin-Verordnung folgen, und das beinhaltet, dass alle Länder Flüchtlinge registrieren sollen", sagte der schwedische Regierungschef Löfven nach Angaben der dänischen Nachrichtenagentur Ritzau

Viele der Flüchtlinge wollen wegen der strengen Ausländerpolitik nicht in Dänemark Asyl suchen, sondern in Schweden, und hatten sich am Vortag gegenüber den dänischen Behörden geweigert, ihre Daten preiszugeben. Seit Sonntag waren rund 3200 Menschen in Dänemark angekommen.

Aus der dänischen Hafenstadt Rødby nehmen Dutzende Dänen am Donnerstag Flüchtlinge Richtung Schweden mit, manche fuhren sie über die Öresund-Brücke oder segelten mit ihnen ans andere Ufer.

Merkel bei Flüchtlingen

Angela Merkel besuchte eine Erstaufnahmeeinrichtung in Berlin-Spandau sowie Flüchtlinge, die an einer Kreuzberger Schule lernen. Dabei warb die Kanzlerin dafür, dass Asylbewerber, sobald ihr Aufenthaltsstatus gesichert ist, in Jobs vermittelt werden.

Merkel verteidigte bei den Terminen auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Bamf, das zunehmend in die Kritik gerät, weil es nicht hinterher kommt mit der Bearbeitung der Asylanträge. Mehr als 250.000 Anträge stauen sich derzeit bei der Behörde in Nürnberg.

Dank von Flüchtlingen in Erfurt

In Erfurt setzen Flüchtlinge ein Zeichen. Etwa 30 Syrer haben sich dort mit Blumen und kleinen Karten für ihre Aufnahme in Deutschland bedankt. In der Innenstadt verteilten sie Rosen in verschiedenen Farben an Passanten. "Wir wissen, wie schwer es ist, sein Herz und sein Haus für Fremde zu öffnen", sagte eine der Beteiligten. Umso dankbarer seien sie den Deutschen, dass diese genau das täten. Thüringen erwartet in diesem Jahr mehr als 20.000 Flüchtlinge. Viele von ihnen stammen aus Syrien.

Osteuropa - Streit um Verteilungsquoten

Im Streit über verpflichtende Quoten zur Verteilung von Flüchtlingen auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat Rumänien seinen Widerstand angekündigt. "Wir glauben, dass das keine Lösung ist", sagte Präsident Klaus Iohannis in Bukarest. Es sei "unangemessen, über verpflichtende Quoten zu sprechen, die auf einer extrem bürokratischen Grundlage berechnet werden".

Die Regierungen von Estland und Litauen haben der Aufnahme der von der EU-Kommission vorgeschlagenen Zahl an neuen Flüchtlingen hingegen zugestimmt. In Lettland hingegen bahnt sich ein Koalitionsstreit über die Brüsseler Vorschläge an.

Züge gestoppt, Flüchtlinge trotzdem da <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-nachrichtenueberblick-des-tages-a-1052383.html>

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker fordert, 120.000 Flüchtlinge aus Griechenland, Italien und Ungarn über verpflichtende Quoten auf die anderen EU-Mitgliedstaaten zu verteilen.

USA wollen 10.000 Syrer aufnehmen

Angesichts der dramatischen Flüchtlingskrise hat die US-Regierung Europa Hilfe angeboten. US-Präsident Barack Obama kündigte die Aufnahme von mindestens 10.000 syrischen Flüchtlingen an. Die Zahl gelte für das im Oktober beginnende Haushaltsjahr 2016, sagte ein Sprecher Obamas. Angesichts der Flüchtlingskrise in Europa war die US-Regierung in den vergangenen Tagen zunehmend unter Druck geraten, mehr Flüchtlinge aus Syrien ins Land zu lassen .

anr/Reuters/dpa/AFP

Load-Date: September 11, 2015

End of Document

**EU attestiert Türkei und Griechenland Versäumnisse;
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-tuerkei-soll-mehr-migranten-aus-europa-zuruecknehmen-a-1076601.html>**

SPIEGEL ONLINE

10. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 810 words

Byline: Peter Müller

Highlight: Die EU-Spitze kommt in einem Zwischenbericht zur **Flüchtlingspolitik** zu einem ernüchternden Ergebnis: Die Türkei und Griechenland tun aus Sicht der Kommission zu wenig, um den Andrang aus den Krisengebieten zu bewältigen.

Body

Die EU erwartet von der Türkei größere Anstrengungen bei der Rücknahme von **Flüchtlingen** aus Europa. Die Kommission werde "mit der Türkei die Notwendigkeit verbesserter Kooperation bei der Rücknahme illegaler **Migranten**" sprechen, heißt es in einem Bericht, den die Kommission an diesem Mittwoch vorstellen wird.

Weiter heißt es: "Ein effektives Rückführungssystem ist entscheidend für eine nachhaltige EU-**Flüchtlingspolitik**. Wenn Europa schutzbedürftige Menschen aufnehmen will, müssen jene, die kein Recht zu bleiben haben, ohne Verzögerung zurückgeführt werden."

Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem sich Zehntausende Flüchtlinge aus Syrien an der türkischen Grenze drängen und darauf warten, dass die Türken sie endlich in Sicherheit bringen, erhöht die EU den Druck auf Ankara, Flüchtlinge aus Europa zurückzunehmen. So sieht es der Bericht mit dem sperrigen Titel "Stand der Maßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda" vor. Das Dokument liegt SPIEGEL ONLINE vorab vor. Das 21-seitige Papier soll Grundlage der Beratungen der Staats- und Regierungschefs beim EU-Gipfel am 18. und 19. Februar in Brüssel sein.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte bereits Mitte Januar angekündigt, dass der Gipfel für sie eine entscheidende Wegmarke sei. Danach "können wir eine Zwischenbilanz ziehen, wo wir stehen", sagte sie. Die Drohung, die damit unausgesprochen verbunden ist: Deutschlands Politik der offenen Grenzen könnte dann ein Ende haben.

Warum die Kommission das Frühjahr fürchtet

Wenn sich Merkel an den Ergebnissen der Kommission orientiert, muss ihre Bilanz ernüchternd ausfallen. Die Behörde von Kommissionschef Jean-Claude Juncker hat in fast allen Bereichen der Flüchtlingspolitik gravierende Defizite festgestellt. Die Folge: "Auch wenn die Flüchtlingszahlen im Januar deutlich zurückgegangen sind, sind sie

EU attestiert Türkei und Griechenland Versäumnisse <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-tuerkei-soll-mehr-migranten-aus-europa-zuruecknehmen-a-107....>

so hoch wie noch nie in den Wintermonaten." Für eine Kehrtwende bleibe nicht viel Zeit, so die Behörde, "vor Frühjahrsbeginn" müsse die EU-Flüchtlingspolitik endlich funktionieren.

Wer das Kommissionspapier liest, bekommt jedoch nicht den Eindruck, dass ein derartiger Durchbruch unmittelbar bevorsteht. Im Gegenteil: Vor allem Griechenland und die Türkei werden von der Brüsseler Behörde heftig kritisiert. Die Umsetzung des vereinbarten Aktionsplans mit Ankara lässt offenbar an vielen Stellen zu wünschen übrig.

Ein Beispiel: Zwar hätten die syrischen Flüchtlinge in der Türkei nun auf dem Papier das Recht zu arbeiten (und so einen Anreiz, erst einmal in dem Land zu bleiben), allerdings habe sich an ihrem Alltag offenbar bislang wenig geändert. "Die Flüchtlinge müssen merken, dass dies auch einen echten Job mit sich bringt", heißt es in dem Dokument. Auch die Zusammenarbeit mit der türkischen Polizei und Justiz verläuft demnach schleppend. 2015 hätten die Türken aber nach eigenen Angaben immerhin 3700 Schmuggler verhaftet.

Deutliche Worte richtet die Kommission auch erneut an Griechenland: Neben Hotspots und Aufnahmeeinrichtungen nimmt die Behörde nun den Zustand des ganzen griechischen Asylsystems unter die Lupe. Das Land müsse sich endlich an europäische Standards halten, heißt es. Hintergrund: Mehrere Mitgliedsstaaten hatten Flüchtlinge trotz der Regeln von Dublin nicht nach Griechenland zurückschicken können, weil Gerichte den Zustand der dortigen Asylbürokratie für nicht akzeptabel erklärt hatten.

Wie Kriminelle unbegleitete Minderjährigen ins Visier nehmen

Besorgt registriert die Kommission, dass Menschenhändler und Schlepper das Flüchtlingseiland vor allem bei unbegleiteten Kindern ausnutzen. "Nachforschungen legen nahe, dass einzelne Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen in den Mitgliedstaaten gezielt ins Visier genommen wurden und dort bis zu 60 Prozent unbegleiteter Minderjähriger vermisst werden." Nach Einschätzung des europäischen Polizeiamts Europol gibt es zudem Anzeichen für eine enge Zusammenarbeit von Schlepperbanden außerhalb der EU mit organisierten Kriminellen innerhalb der Gemeinschaft.

Die Kommission gibt sich in dem Dokument ungewohnt selbstkritisch bei ihrer Flüchtlingspolitik. Ob die Behörde nur die EU-Mitglieder meint oder sich selbst, ist unklar: "Der Druck bleibt groß", heißt es, "und die Maßnahmen waren der Herausforderungen, vor der wir stehen, nicht angemessen." Daran immerhin kann kaum ein Zweifel bestehen.

Video: Warten in der Zeltstadt

Zusammengefasst: Die EU-Kommission wirft der Türkei und Griechenland zu geringes Engagement in der Bewältigung der Flüchtlingskrise vor. Die Regierung in Ankara wird in einem Bericht aufgefordert, sich verstärkt um die Rücknahme von Migranten zu kümmern. "Ein effektives Rückführungssystem ist entscheidend für eine nachhaltige EU-Flüchtlingspolitik: Wenn Europa schutzbedürftige Menschen aufnehmen will, müssen jene, die kein Recht zu bleiben haben, ohne Verzögerung zurückgeführt werden", heißt es in dem Papier.

Load-Date: February 10, 2016

Dolmetscherin soll Flüchtlinge um Geld gebracht haben

SPIEGEL ONLINE

04. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: PANORAMA / JUSTIZ

Length: 203 words

Byline: Peter Maxwill

Highlight: In Freiburg soll eine Helferin Asylbewerbern Unterstützung gegen Geld angeboten haben - und drohte angeblich sogar mit dem Stopp des Asylverfahrens. Die Polizei befragt jetzt Dutzende Flüchtlinge.

Body

Eine ehrenamtliche Dolmetscherin soll in Freiburg Flüchtlingen Geld für das Versprechen abgenommen haben, ihnen bei Behördengängen und dem Asylantrag zu helfen. Es gehe um mehrere Tausend Euro, teilte die Polizei mit .

Ein Mitarbeiter einer Unterkunft habe die Polizei eingeschaltet, nachdem Flüchtlinge ihm von den Vorfällen berichtet hätten. Bei der Weigerung zu zahlen, soll die 35-Jährige auch mit einer verzögerten Bearbeitung oder sogar einem Stopp des Asylverfahrens gedroht haben. Die Polizei hat mit der Befragung der rund 100 Bewohner der Flüchtlingsunterkunft begonnen.

Auch im hessischen Marburg hat ein Unbekannter eine Ausländerin mit Verweis auf rechtliche Konsequenzen erpresst. Der Anrufer, der sich als Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) ausgab, verlangte von der Studentin Geld und drohte ihr mit einer Abschiebung.

Der Mann habe sieben Mal bei der 24-Jährigen angerufen, teilte die Polizei mit . Er verlangte demnach 2000 Euro und behauptete, ihr drohe bei Nichtzahlung die Abschiebung. Im Display ihres Telefons erschienen Telefonnummern des BAMF. Die waren nach Angaben der Polizei mit einem Computerprogramm gefälscht worden.

mxw/dpa

Load-Date: August 5, 2016

**[Renzi schlägt Flüchtlingsdeal mit Afrika vor;
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/matteo-renzi-schlaegt-
fluechtlingsdeal-mit-afrika-vor-a-1087777.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/matteo-renzi-schlaegt-fluechtlingsdeal-mit-afrika-vor-a-1087777.html)**

SPIEGEL ONLINE

18. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

Length: 834 words

Byline: Markus Becker

Highlight: 14:10:00 Was die EU mit der Türkei vereinbart hat, will Italiens Ministerpräsident Renzi nun auf Afrika ausdehnen. Das Geld dafür soll über gemeinsame Anleihen der EU-Staaten reinkommen.

Body

Der EU-Türkei-Plan ist hochgradig umstritten. Aber in einer für die EU wichtigen Hinsicht scheint er zu funktionieren: Die Zahl der **Flüchtlinge**, die über die türkisch-griechische Grenze kommen, ist deutlich zurückgegangen. Jetzt will Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi das gleiche Prinzip auf Afrika anwenden. Nach seinem Plan gibt die EU Geld, damit andere Staaten Menschen am Auswandern hindern.

In einem vierseitigen Arbeitspapier, dass Renzi am Wochenende an EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Ratspräsident Donald Tusk geschickt hat, schlägt er einen **Migration** Compact vor. Die EU soll demnach Folgendes von afrikanischen Staaten fordern:

Die Gegenleistung der EU ist Geld. Zwar nennt Renzi in seinem Papier, das SPIEGEL ONLINE vorliegt, keine konkreten Summen. Aber angesichts dessen, was die EU von den Afrikanern verlangen soll, dürfte es sich um viele Milliarden handeln. Sie sollen nach Renzis Vorstellungen vor allem mithilfe von "EU-Migrationsbonds" zusammenkommen.

Die Idee gemeinsamer europäischer Schuldpapiere ist keineswegs neu. Italien hatte schon früher vorgeschlagen, mit solchen Anleihen Investitionen anzuschieben oder auch Schulden einzelner EU-Staaten zu vergemeinschaften. In der Eurokrise waren die sogenannten Eurobonds heiß diskutiert. Deutschland hat aber bisher alle Versuche zum gemeinsamen Schuldenmachen strikt abgelehnt - und daran scheint sich auch jetzt nichts zu ändern. Man werde Renzis Vorschläge "natürlich vertieft prüfen", sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Aber für eine "gemeinsame Schuldenfinanzierung" sehe die Bundesregierung derzeit "keine Grundlage".

Darüber hinaus ist in Renzis Papier von "EU-Afrika-Bonds" die Rede, die afrikanischen Staaten den Zugang zu Kapitalmärkten erleichtern sollen. Sie dürften ebenso wie der von Renzi vorgeschlagene "EU-Investitionsfonds für Drittstaaten" in erster Linie ein Instrument sein, den betreffenden Regierungen frisches Geld zu geben.

Renzi schlägt Flüchtlingsdeal mit Afrika vor <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/matteo-renzi-schlaegt-fluechtlingsdeal-mit-afrika-vor-a-1087777.html>

Der italienische Regierungschef fordert außerdem ein neues "Finanzinstrument für auswärtiges Handeln im Bereich der Migration" und, bis es steht, die soll die Entwicklungshilfe für afrikanische Länder erhöht werden. Als weiteres Lockmittel bietet Renzi den afrikanischen Staaten an, die legale Migration in die EU zu erleichtern - was auch ein zentraler Bestandteil des EU-Türkei-Abkommens ist.

Italien könnte zu zweiter Türkei werden

Dass Renzi den EU-Türkei-Deal auf Nordafrika ausdehnen will, dürfte auch daran liegen, dass Italien demnächst selbst zu einer zweiten Türkei werden könnte - einem Land, in dem Millionen von Flüchtlingen stranden. Denn während die Westbalkanroute praktisch dicht ist, steigt die Zahl der Migranten, die über die zentrale Mittelmeerroute in die EU kommen. Am Montag ertranken Hunderte Menschen auf ihrer Flucht von Nordafrika nach Europa im Mittelmeer.

Allein am Montag und Dienstag vergangener Woche griff die italienische Küstenwache nach eigenen Angaben mehr als 4000 Flüchtlinge in Booten zwischen Nordafrika und Sizilien auf. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind allein seit Jahresanfang mindestens 20.000 Menschen über den Seeweg nach Italien gekommen, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum. Hunderttausende Menschen könnten in diesem Jahr dazukommen. Sollte Österreich seine Drohung wahrmachen, den Brenner-Pass zu schließen, könnte Italien die Flüchtlinge auch nicht mehr in Richtung Norden durchwinken.

Doch schon jetzt ist absehbar, dass Renzis Plan scharfen Widerspruch auslösen wird. Der EU-Türkei-Deal wird von Menschenrechtlern und Hilfsorganisationen als unfair und unmenschlich kritisiert. Doch was das Abkommen mit der Türkei problematisch macht, gilt in manchen afrikanischen Staaten erst recht. Dort flüchten Menschen zum Teil vor genau jenen diktatorischen Regimen, die nach dem Renzi-Plan dafür verantwortlich sein sollen, über die Ausreise zu entscheiden.

Ein weiteres Problem stellt sich in Libyen dar. Es ist das Hauptausreiseland für afrikanische Migranten auf dem Weg nach Italien. Doch ein Staat, mit dem man über Migration verhandeln könnte, ist gar nicht mehr existent. Die Stabilisierung "großer Durchgangsländer" wie Libyen sei deshalb "eine strategische Priorität erster Ordnung, um mit der Migration und Flüchtlingsströmen fertigzuwerden", schreibt Renzi.

Sollte sein Plan irgendwann dennoch funktionieren, wäre die EU rein rechtlich fein raus: Flüchtlinge würden dann gar nicht mehr bis zu den Grenzen der EU vorstoßen - und könnten dort auch kein Asyl mehr beantragen, das die EU gewähren müsste.

Zusammengefasst: Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi will den EU-Türkei-Plan in der Flüchtlingskrise auf Afrika ausdehnen: Die dortigen Regierungen sollen Migranten zurückhalten und dafür viel Geld bekommen. Doch die Probleme, die es schon mit dem Türkei-Deal gibt, existieren in Afrika in noch viel größerem Umfang.

Mitarbeit: David Böcking

Load-Date: April 18, 2016

Gerichte erwarten doppelt so viele Klagen

SPIEGEL ONLINE

24. Dezember 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 428 words

Byline: Carola Padtberg-Kruse

Highlight: Die Akten türmen sich: Deutsche Gerichte rechnen mit einer mindestens doppelt so hohen Zahl von Asylklagen. Besonders in Berlin ist die Arbeitsbelastung hoch.

Body

Die deutschen Verwaltungsgerichte ächzen unter Zehntausenden von Asylklagen. "Wir rechnen bundesweit für das gesamte Jahr 2016 mit einer Verdoppelung der Asylverfahren", sagte der Vorsitzende des Bunds Deutscher Verwaltungsrichter, Robert Seegmüller. So sei etwa die Zahl im bevölkerungsreichsten Land Nordrhein-Westfalen um 122 Prozent im Vergleich zu 2015 gestiegen - und sogar um 468 Prozent im Vergleich zu 2013.

Geradezu dramatisch sei es in Berlin, wo sich die Klagen von Flüchtlingen und Migranten 2016 gegenüber 2015 auf schätzungsweise gut 9000 vervierfacht haben. "Eine ähnliche Entwicklung ist auch in Rheinland-Pfalz und Thüringen zu verzeichnen", sagte er.

Seegmüller verlangt angesichts der Klageflut vom Gesetzgeber, Spielräume zur Vereinfachung und Beschleunigung gerichtlicher Asylverfahren auszuschöpfen. Hilfreich wäre es nach seinen Worten, wenn immer wieder gleich auftretende Fragen gesetzlich bindend entschieden würden, beispielsweise durch die Benennung weiterer sicherer Herkunftsstaaten. In solchen Ländern wird angenommen, dass dort generell keine staatliche Verfolgung zu befürchten ist. Asylverfahren können deshalb schneller abgewickelt werden.

Die meisten Bundesländer haben laut Seegmüller frühzeitig auf die steigende Zahl von Asylverfahren reagiert und zusätzliche Stellen geschaffen - auch wenn geeignete Bewerber teilweise schwierig zu finden seien. "Im Großen und Ganzen kommen die Verwaltungsgerichte derzeit noch mit den hohen Eingangszahlen klar", bilanzierte er. Noch habe sich die durchschnittliche Dauer der Verfahren trotz der zusätzlichen Belastung nicht erhöht.

Das werde aber nur so bleiben, wenn die Bundesländer 2017 weiter zügig Stellen schafften, um die voraussichtlich stark steigenden Klageeingänge zu bewältigen. Zudem würden die Fälle komplizierter, denn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe zuletzt schwerpunktmäßig eher leichte Fälle entschieden, etwa aus den sicheren Herkunftsstaaten des Westbalkan. In Zukunft stehen dem Verbandschef zufolge aber vermehrt Fälle aus Herkunftsländern wie etwa der Türkei an, in denen die Zuerkennung von Flüchtlings- oder subsidiärem Schutz nicht so einfach zu entscheiden ist.

Gerichte erwarten doppelt so viele Klagen

Seegmüller betont, dass die steigende Zahl von Asylklagen zurzeit nicht dazu führt, dass sich die sonstigen verwaltungsrechtlichen Verfahren verlängern. "Grundsätzlich gilt: Was zuerst eingegangen ist, wird auch zuerst entschieden." An dieser Praxis könne sich aber etwas ändern, wenn der Gesetzgeber für die Entscheidung von Asylverfahren Entscheidungsfristen festlege, warnt er.

cpa/dpa

Load-Date: December 24, 2016

End of Document

Uno-Berichterstatter kritisiert Umgang mit Flüchtlingen

SPIEGEL ONLINE

18. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 272 words

Byline: Christian Teevs

Highlight: Ein Anwalt der Vereinten Nationen hat Australiens Flüchtlingspolitik als grausam und menschenunwürdig bezeichnet. Niemand dürfe bestraft werden, um andere Einwanderer abzuschrecken.

Body

Ein Uno-Sonderberichterstatter hat die restriktive australische Flüchtlingspolitik kritisiert und dem Land Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Die Rechte von Einwanderern würden durch die aktuelle Flüchtlingspolitik beschnitten, sagte Uno-Sonderberichterstatter François Crépeau.

Er bezeichnete den Umgang mit Migranten als grausam, inhuman und menschenunwürdig. "Australien ist verantwortlich für die Schäden, die diese Asylsuchenden und Flüchtlinge durch die ungewollte Gefangenschaft erleiden", so Crépeau.

Australien lässt Bootsflüchtlinge grundsätzlich nicht ins Land. Stattdessen werden sie in Flüchtlingslager auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Manus oder im Inselstaat Nauru gebracht. Dort müssen sie bleiben, selbst wenn ihr Asylantrag für Australien angenommen wird. Die Regierung in Canberra begründet dies damit, dass auf diese Weise Schlepper abgeschreckt werden sollen.

Es gehöre zu den "grundlegenden Prinzipien der Menschenrechte, dass jemand nicht nur deshalb bestraft werden darf, um andere abzuschrecken", kritisierte Crépeau. Australien habe zwar das Recht, Einwanderern die Einreise zu verweigern und Flüchtlinge abzuschieben. Aber es sei gleichzeitig verpflichtet, die Menschenrechte aller Betroffenen zu achten.

Besorgt äußerte sich der Sonderberichterstatter auch über die Auswirkungen des langen Aufenthaltes in den Lagern auf die geistige Gesundheit der Flüchtlinge. Insgesamt sitzen auf Nauru und Manus rund 1600 Bootsflüchtlinge fest. Eine nicht näher genannte Zahl von ihnen soll gemäß einem kürzlich veröffentlichten Abkommen in einer einmaligen Aktion in die USA umgesiedelt werden.

cte/AFP

Load-Date: November 18, 2016

End of Document

**Polizei kesselt Hunderte Flüchtlinge am Eurotunnel ein;
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-in-calais-cameron-beruft-sicherheitskabinett-ein-a-1046116.html>**

SPIEGEL ONLINE

31. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 403 words

Byline: mxw/AFP/dpa

Highlight: Sie wollen nach England: In der Nacht haben französische Polizisten etwa 200 **Asylbewerber** am Eurotunnel in Calais gestoppt. Der britische Premier Cameron hat sein Sicherheitskabinett zu einer Krisensitzung einberufen.

Body

Sie wollten durch den Eurotunnel nach Großbritannien, doch daraus wurde nichts: In der französischen Hafenstadt Calais hat die Polizei in der Nacht zum Freitag etwa 200 **Flüchtlinge** umzingelt, wie die Nachrichtenagentur AFP meldet. Am Donnerstagabend liefen die **Flüchtlinge** demnach wie schon in den vergangenen Tagen an den Bahngleisen zu dem Tunnel unter dem Ärmelkanal entlang. Auf einer Brücke wurden sie schließlich von der Gendarmerie eingekreist.

Etwa 15 Flüchtlinge, die den Beamten entkommen waren, wurden dem Bericht zufolge etwa hundert Meter weiter von anderen Polizisten aufgehalten. Auch die meisten anderen Flüchtlinge verließen das Gelände schließlich. Gegen 1 Uhr waren aber immer noch zahlreiche Polizeiwagen unterwegs, um nach letzten Flüchtlingen mit Ziel Großbritannien zu suchen. In der Nacht zuvor hatten die Flüchtlinge die Sicherheitskräfte mehrfach abhängen können - einige hatten sogar Absperrungen überwunden.

Seit Wochen versuchen immer wieder Hunderte Flüchtlinge, nachts zum Eurotunnel vorzudringen, um an Bord von Güterzügen nach Großbritannien zu gelangen. In Calais hat der Betreiber in diesem Jahr 37.000 Fluchtversuche gezählt. Nach Schätzungen warten in der Hafenstadt bis zu 5000 Migranten auf eine Gelegenheit, nach Großbritannien zu kommen. Sie erhoffen sich dort bessere Asylchancen und Lebensbedingungen als in Frankreich.

Die Fluchtversuche behindern nicht nur den Verkehr durch den Tunnel, sondern sind auch äußerst gefährlich. Seit Anfang Juni starben bereits zehn Flüchtlinge auf der französischen Seite des Ärmelkanals bei Unfällen.

Der britische Premierminister David Cameron berief das Nationale Sicherheitskabinett (Cobra) ein. Das Gremium solle am Freitagmorgen unter Camerons Leitung zusammentreffen, teilte das Büro des Regierungschefs in der

Polizei kesselt Hunderte Flüchtlinge am Eurotunnel ein <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eurotunnel-in-calais-cameron-beruft-sicherheitskabinett-ein-a-10461....>

Nacht auf Twitter mit. Es solle sichergestellt werden, dass die Regierung unternehme, was sie könne, um der Situation in Calais zu begegnen.

Bereits am Donnerstag hatte Cameron härtere Maßnahmen angekündigt: Seine Regierung wolle mehr Geld für die Sicherheit am Eingang des Eurotunnels, schärfere Einwanderungsgesetze und setze auf Abschreckung, sagte er der BBC: Großbritannien werde illegal ins Land gekommene Migranten ausweisen, "damit Leute wissen, dass dies kein sicherer Hafen ist".

Video: Mehr Zäune und schärfere Gesetze sollen Flüchtlinge abschrecken

mxw/AFP/dpa

Load-Date: July 31, 2015

End of Document

**Noch Tausende Flüchtlinge ohne festes Dach über dem Kopf;
[http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-winterquartiere-
asylantraege-sigmar-gabriel-a-1057155.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-winterquartiere-asylantraege-sigmar-gabriel-a-1057155.html)**

SPIEGEL ONLINE

10. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 745 words

Byline: kha/dpa/AFP

Highlight: Die Temperaturen sinken, und noch immer sind viele **Flüchtlinge** in Zelten untergebracht, in denen es zu kalt ist. Verschärft wird die Situation durch ein neues **Asylantragsgesetz** und überforderte Behörden.

Body

Es wird kalt in Deutschland. Vereinzelt gibt es nachts bereits Frost, und die Luft kühlt sich auf sechs bis minus drei Grad ab - zu kalt, um in einem Zelt zu schlafen, das nicht isoliert ist. Doch noch immer sind Tausende Plätze in **Flüchtlingsunterkünften** nicht winterfest.

Während **Asylbewerber** in Berlin, Hessen, Bayern oder Mecklenburg-Vorpommern in der kalten Jahreszeit auf ein festes Dach über dem Kopf hoffen können, werden sie in Bremen oder Niedersachsen womöglich in nachgerüsteten Zelten wohnen müssen. Auch Schleswig-Holstein schließt winterfeste Zelte als letzten Lösungsweg nicht aus, wie eine Umfrage der Nachrichtenagentur dpa ergab.

In Niedersachsen wohnen noch 4000 Flüchtlinge in Zelten. Diese sollen laut Innenministerium bis Ende Oktober entweder beheizt oder durch Schnellbauhütten ersetzt werden. In Hamburg müssen der Innenbehörde zufolge 3150 Plätze in beheizbare Gebäude oder Bundeswehrzelte umgelegt werden. Außerdem sollen Holzhäuser Zeltplätze ersetzen.

Und auch in Bremen ist die Situation ernst: "Wir müssen unsere Standards ständig weiter absenken, um den Menschen überhaupt noch ein Dach über dem Kopf zu bieten", sagte Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne). 1000 der fast 5000 Plätze in Notunterkünften seien nicht wintertauglich.

300.000 unbearbeitete Asylanträge

Doch nicht nur das Wetter gibt Anlass zur Sorge: Auch die Bearbeitung von Asylanträgen zieht sich mehr und mehr in die Länge. 300.000 unbearbeitete Asylanträge liegen laut Bundesinnenministerium beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Im September wurde demnach fast die Hälfte der gut 40.000 eingereichten Anträge nicht bearbeitet.

Noch Tausende Flüchtlinge ohne festes Dach über dem Kopf

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-winterquartiere-asylantraege-sigmar-gabriel-a-10...>

Die Verzögerungen sind nicht nur auf Unterbesetzung zurückzuführen - es gibt einen weiteren, ganz banalen Grund: Die IT-Systeme beteiligter Behörden sind Medienberichten zufolge nicht miteinander kompatibel.

Es gibt beispielsweise keine Schnittstelle zwischen den Programmen der Bundespolizei und des Bamf. Die Polizeibehörde kann somit Daten aufgegriffener Flüchtlinge bislang nur per E-Mail an das Ministerium schicken, wie die "Welt am Sonntag" unter Berufung auf einen hochrangigen Bundespolizisten berichtete.

Laut Innenministerium verwendet das Bamf die Software MARIS (Migrations-Asyl-Reintegrations-System), die eigens für das Amt entwickelt worden ist und nur einen internen Datenaustausch ermöglicht. Auf die Frage, warum ein Übergang zu den Systemen des Bamf bisher nicht geschaffen worden ist, hat auch die Bundespolizei bislang keine Antwort. Das Bundesinnenministerium überprüft indes, ob sich das Asylverfahren technisch verbessern lasse.

Verschärft werde die Situation zudem durch ein neues Asylantragsgesetz, kritisiert die Organisation Pro Asyl. Laut diesem Gesetz erhalten Flüchtlinge nach ihrer Registrierung zunächst eine sogenannte Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender. Damit laufen "die Asylsuchenden monatelang rum", bevor sie beim Bamf wiederum einen Termin zur Asylantragstellung erhielten, moniert Günter Burkhardt. Der Geschäftsführer von Pro Asyl schlägt deshalb vor, das Antragsverfahren automatisch immer gleich mit der Registrierung eines Flüchtlings zu beginnen. Damit käme das IT-Problem gar nicht auf.

"Es gibt keine Zugbrücke, die wir hoch ziehen können"

Um den Zuzug von Flüchtlingen grundsätzlich zu beschränken, hatte die Bayerische Landesregierung am Freitag sogar angekündigt, vor dem Bundesverfassungsgericht zu klagen. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) und sein Kabinett fordern zudem, Flüchtlinge direkt an der deutschen Grenze zurückzuweisen.

Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) reagierte indes mit scharfen Worten auf die Ankündigung aus Bayern: "Weder Gesundheitsbeten hilft, noch Panik- und Angstmache. Und schon gar keine starken Sprüche wie aus der CSU. Es gibt keine Zugbrücke, die wir vor Deutschland hoch ziehen können", sagte der SPD-Vorsitzende der "Bild"-Zeitung. "Und Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett wird selbst die CSU nicht an den Grenzen aufmarschieren lassen, um Flüchtlinge abzuwehren."

Gabriel plädierte weiter dafür, sich dafür einzusetzen, die Ursachen der Flucht zu beseitigen. Bis zu einem Waffenstillstand im Bürgerkriegsland Syrien "müssen wir die Nachbarländer Syriens - Jordanien, Libanon und die Türkei - so stark unterstützen, dass die Flüchtlinge sich gar nicht erst auf den Weg machen müssen, sondern nahe ihrer Heimat bleiben können."

Video: Ein Unternehmer über den Engpass bei Notunterkünften

kha/dpa/AFP

Load-Date: October 10, 2015

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-asylpaket-in-bundestag-und-bundesrat-gruene-unentschlossen-a-1057744.html>

SPIEGEL ONLINE

14. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 1051 words

Byline: Annett Meiritz

Highlight: Der neue Stil der Grünen ist: kein klares Ja, kein klares Nein. Nirgendwo wird das so deutlich wie in der **Flüchtlingskrise**. Beim Kernthema **Asylrecht** wirkt die Partei widersprüchlich, blass - und wird von Kanzlerin Merkel in den Schatten gestellt.

Body

Das größte Problem der Grünen ist Angela Merkel. Denn die eigene Klientel fährt neuerdings auf die Kanzlerin ab. 82 Prozent der Grünen-Anhänger finden laut einer Umfrage Merkels Kurs in der **Flüchtlingskrise** gut.

Zwar ließen die Forsa-Fragesteller nur die Wahl zwischen den Positionen Merkels, Horst Seehofers (CSU) und "Weder noch". Logisch, dass viele Grüne da eher Merkels "Wir schaffen das" als Seehofers "Es sind zu viele" unterstützen. Allerdings ist die Zustimmung für die CDU-Chefin in keiner anderen Partei so hoch wie bei den Grünen.

Man muss sich das einmal klar machen: Die überwältigende Mehrheit der Grünen-Anhänger applaudiert einer Frau, die die Partei eigentlich aus dem Amt jagen will. Zu einem Thema, das zu den Kernkompetenzen der Grünen gehört.

Geht es noch bitterer?

Zehn Jahre nach der letzten Regierungsbeteiligung im Bund, zwei Jahre nach einem mageren Bundestagswahlergebnis und dem Austausch ihrer Führungsriege steckt die Partei weiter in der Identitätskrise.

Eigentlich könnten die Grünen gerade jetzt ihr Know-how in der Migrations-, Integrations- und Asylpolitik beweisen. Doch in der Flüchtlingsdebatte wirken sie merkwürdig verzagt - und widersprüchlich.

Auf der einen Seite enthält das Asylpaket, das in dieser Woche vom Parlament und von den Bundesländern absegnen soll, massive Verschärfungen für Asylbewerber. "Die schlimmsten der letzten 20 Jahre", wie die Chefin der Grünen Jugend, Theresa Kalmer, sagt.

Die Grünen sehen schwarz <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-asylpaket-in-bundestag-und-bundesrat-gruene-unentschlossen-a-1057744.html>

Auf der anderen Seite werden am Freitag die meisten grün-mitregierten Bundesländer dem Paket voraussichtlich zustimmen. Und damit Reformen mittragen, die die Partei wohl noch vor Kurzem abgelehnt hätte.

"Absolut nicht mehr klar, wofür Grüne stehen"

Grüne Kritik an dem Paket sei kaum hörbar gewesen, kritisiert Kalmer. Stattdessen habe man "grundlegende Positionierungen in der Asylpolitik gegen Bundesmilliarden für die Länder eingetauscht". Bei solchen Ergebnissen sei "absolut nicht mehr klar, wofür Grüne überhaupt stehen."

Drei weitere Balkanstaaten gelten künftig als sicher, damit man Menschen aus diesen Ländern schneller abschieben kann. Dazu kommen deutliche Leistungskürzungen für Asylbewerber, eine längere Verweildauer in Erstaufnahmestellen oder Verzögerungen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt (mehr Details finden Sie im Überblickskasten).

Der Asylkompromiss ist an vielen Stellen das Gegenteil dessen, was im Grundsatzprogramm der Grünen steht. Dort fordern sie eine "gleichberechtigte politische, soziale und kulturelle Teilhabe von Migrantinnen und Migranten". Oder: "Europa kann sich nicht als Wohlstandsinsel gegen die übrige Welt abschotten."

"Wir brauchen das Geld - und zwar jetzt"

Auf der anderen Seite lockten milliardenschwere Soforthilfen für Flüchtlinge. Der Bund will sich dauerhaft an den Kosten für Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen beteiligen - und Länder und Kommunen entlasten. Das Geld wird dringend gebraucht, da sind sich Konservative, SPD, Linke und Grüne einig. Niemand vor Ort hätte der Partei eine Blockade verziehen, heißt es von Grünen aus den Ländern.

Die Zustimmung zum Asylpaket stellt die Grünen vor schwierige Fragen. Wiegt Pragmatismus mehr als ein urgrüner Wertekatalog? Wo hört Idealismus auf, wo fängt politische Verantwortung an? Kann man beides überhaupt miteinander vereinbaren?

In den Ländern brodet die Debatte, mehrere Landesverbände positionierten sich gegen neue Asylrechtsverschärfungen. Die Zerrissenheit zeigt sich auch in der Bundestagsfraktion, in der das Thema am Dienstag stundenlang diskutiert wurde. Fast jeder Abgeordnete meldete Redebedarf an.

Der Bundestagsabgeordnete Dieter Janecek aus Bayern gehört zu denen, die das Asylpaket sehr kritisch sehen, aber notwendig finden. "Die Menschen, die sich vor Ort um Flüchtlinge kümmern, wollen schnelle Hilfe. Ohne die Milliarden des Bundes hätten sie keine Chance, das Chaos zu bewältigen. Bei aller Kritik und allen berechtigten Bauchschmerzen: Das ist die Realität."

Die Abgeordnete Annalena Baerbock sieht das ähnlich. "Um die Situation vor Ort für die Flüchtlinge gerade vor dem Winter zu verbessern, brauchen wir das Geld für die Kommunen - und zwar jetzt." Die einhergehenden Verschärfungen im Asylrecht seien "unsinnig". Aber das hätten nicht die Grünen verhindern können, sondern die SPD.

Der Grünen-Innenexperte Volker Beck ist klar gegen das Paket - allen Milliarden zum Trotz. "Der asylrechtliche Teil setzt auf Abschreckung und Schikane. Länder, in denen Menschen massiv verfolgt werden, können nicht guten Gewissens als sicher erklärt werden. Ich möchte diesen Verschärfungen im Bundestag nicht über die Hürde helfen", sagt er. Ähnlich argumentiert Grünen-Urgestein Jürgen Trittin.

Das Gesetzespaket geht am Donnerstag durch das Parlament, die Grünen-Fraktion will sich mehrheitlich enthalten. Enthaltung gab es von den Grünen schon vor dem letzten Griechenland-Hilfspaket, als es darum ging, der Bundesregierung ein neues Verhandlungsmandat zu erteilen. Es scheint der neue, grüne Stil zu sein: Kein klares Ja, kein klares Nein.

Im Bundestag wollen die Grünen am Donnerstag wenigstens ein kleines Zeichen setzen, und separat über Einzelteile des Asylpakets abstimmen. "Wir sagen Ja zur finanziellen Entlastung, und Nein zu mehreren

Die Grünen sehen schwarz <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-asylpaket-in-bundestag-und-bundesrat-gruene-unentschlossen-a-1057744.html>

unsäglichen Asylrechtsverschärfungen", erklärt Fraktionschef Anton Hofreiter. Ob solche Details da draußen ankämen? "Ich bin mir sicher, dass unsere Anhänger das differenzieren können."

Zusammengefasst: Am Donnerstag stimmt der Bundestag über das Asylpaket ab, am Freitag der Bundesrat. In der Länderkammer hätten die Grünen theoretisch eine Mehrheit, um Asylrechtsverschärfungen zu verhindern. Daran gekoppelt sind aber massive finanzielle Entlastungen für die Kommunen in der Flüchtlingskrise - deshalb trägt man auch unliebsame Teile des Gesetzespakets mit.

Anmerkung der Redaktion: In einer früheren Fassung des Textes hieß es, die Grünen hätten sich bei der Abstimmung über ein drittes Griechenland-Paket enthalten. Die Grünen stimmten jedoch mehrheitlich mit Ja. Eine mehrheitliche Enthaltung der Grünen-Fraktion gab es bei einer Bundestags-Abstimmung im Vorfeld, als es darum ging, der Bundesregierung ein Verhandlungsmandat für ein drittes Hilfspaket zu erteilen. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

Load-Date: October 15, 2015

End of Document

**[40 Prozent der Neuankömmlinge offenbar ohne Chance auf Asyl;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkanroute-40-prozent-der-
fluechtlinge-haben-laut-eu-keine-chance-auf-asyl-a-1076053.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkanroute-40-prozent-der-fluechtlinge-haben-laut-eu-keine-chance-auf-asyl-a-1076053.html)**

SPIEGEL ONLINE

07. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 222 words

Byline: asc

Highlight: Über die Balkanroute kommen seit dem Jahreswechsel deutlich weniger Syrer nach Europa, dafür mehr Flüchtlinge aus anderen Ländern. Deren Asylgesuche schätzt die EU-Kommission laut einem Zeitungsbericht aber zum großen Teil als aussichtslos ein.

Body

Im Januar kamen etwa 2000 Flüchtlinge am Tag über die sogenannte Balkanroute nach Europa. Nach Einschätzung der EU-Kommission haben etwa 40 Prozent von ihnen keine realistische Chance auf Asyl oder Flüchtlingsschutz in der Europäischen Union. Das geht aus einem Bericht der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" ("FAS") hervor, die sich auf einen hohen Kommissionsbeamten beruft.

Laut Grenzschutzagentur Frontex schlägt sich dem Bericht zufolge in dieser Zahl nieder, dass der Anteil der Syrer auf der Balkanroute stark gesunken ist. Im September 2015 waren 69 Prozent der Menschen, die über die Türkei nach Griechenland kamen, syrische Flüchtlinge. Im Januar waren es nur noch 39 Prozent.

Gestiegen ist dagegen der Anteil von Irakern von 8 auf 25 Prozent, der von Afghanen von 18 auf 24 Prozent. Bewerber aus diesen Ländern bekommen deutlich seltener Asyl gewährt als Syrer. Hinzu kam ein größerer Anteil von Migranten aus den Maghreb-Staaten. Sie werden in aller Regel als sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge eingestuft, denen Asyl verwehrt wird.

Wie die "FAS" weiter berichtet, erreichten im Januar 60.466 Flüchtlinge von der Türkei aus Griechenland. Das entsprach einem Tagesdurchschnitt von 1951 Personen - verglichen mit 3497 Personen im Dezember und 6929 Personen im bisherigen Spitzenmonat Oktober 2015.

asc

Load-Date: February 7, 2016

40 Prozent der Neuankömmlinge offenbar ohne Chance auf Asyl
[http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkanroute-40-prozent-der-fluechtlinge-haben-laut-eu-kein....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/balkanroute-40-prozent-der-fluechtlinge-haben-laut-eu-kein...)

End of Document

[Regierung will Syrern ohne Asylverfahren Aufenthalt gewähren;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-syrer-sollen-kein-
asylverfahren-durchlaufen-a-1054759.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-syrer-sollen-kein-asylverfahren-durchlaufen-a-1054759.html)

SPIEGEL ONLINE

26. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 281 words

Highlight: Um dem Andrang von Flüchtlingen bewältigen zu können, plant das Kanzleramt, Syrer aus dem Asylverfahren herauszunehmen. Sie sollen nach SPIEGEL-Informationen dann aber keine Verwandten nachholen dürfen.

Body

Um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zu entlasten, plant das Bundeskanzleramt nach Informationen des SPIEGEL, Syrer künftig komplett aus dem Asylverfahren auszunehmen. Flüchtlinge aus dem Bürgerkriegsland sollen dann direkt für drei Jahre eine Aufenthaltserlaubnis erhalten, ohne das reguläre Asylverfahren zu durchlaufen. (Lesen Sie die ganze Geschichte im neuen SPIEGEL .)

So könnte das Bamf, das personell nicht gut ausgestattet ist, sich ganz auf die weniger aussichtsreichen Asylverfahren etwa für Zuwanderer aus Balkanstaaten konzentrieren - und diese schneller abarbeiten, hofft man im Kanzleramt. Syrer mit dem geplanten Aufenthaltsstatus dürften keine Verwandten aus ihrer Heimat nachholen, heißt es in Koalitionskreisen. Den Ländern soll das Projekt mit finanziellen Argumenten schmackhaft gemacht werden: Der Bund würde für alle Flüchtlinge mit diesem Status aufkommen.

Entsprechende Forderungen kamen zuletzt auch aus Thüringen. So erklärte der dortige Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) dem Sender MDR, die Frage bei den Syrern sei, warum man sie überhaupt durchs Asylverfahren laufen lasse: "Den könnten wir einfach den Status der Kriegsflüchtlinge geben und wir würden endlich unsere Asylverfahren entbürokratisieren." Damit könnten auch die zahlreichen aufgelaufenen Asylverfahren schneller abgearbeitet werden, so der Linken-Politiker.

Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr mit rund 800.000 Flüchtlingen, der Anteil von Syrern dürfte dabei hoch sein. Das Bamf hat allein im August deutlich mehr Entscheidungen als noch vor einem Jahr treffen müssen, wie aus jüngsten Zahlen der Nürnberger Behörde hervorgeht.

Load-Date: September 26, 2015

[Chaos an kroatisch-ungarischer Grenze;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-auf-der-balkanroute-
ungarn-stoppt-zug-aus-kroatien-a-1053757.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-auf-der-balkanroute-ungarn-stoppt-zug-aus-kroatien-a-1053757.html)

SPIEGEL ONLINE

18. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 347 words

Byline: kbl/dpa/Reuters

Highlight: Ungarn hat einen Flüchtlingszug aus Kroatien gestoppt und mitgeteilt: Eine kroatische Polizei-Eskorte wurde entwapfnet. Kroatien widerspricht der Darstellung.

Body

Die Flüchtlingstransporte von Kroatien nach Ungarn sind offenbar nicht zwischen den beiden EU-Nachbarn koordiniert. "Ohne jegliche Absprache sind 1000 Migranten mit dem Zug nach Magyarbóly gebracht worden", sagte Ungarns Regierungssprecher Zoltán Kovács. Die 40 kroatischen Polizisten, die den Zug begleiteten, seien entwapfnet, der Zugführer festgenommen worden, fügte der Sprecher hinzu.

Eine Sprecherin der kroatischen Polizei widersprach der Darstellung. Ihr zufolge habe es keine Festnahmen gegeben und es sei auch niemand entwapfnet worden.

Zuvor waren die Bereitstellung eines ungarischen Zugs zur Abholung der Flüchtlinge im Grenzbahnhof Magyarbóly und von Bussen am Grenzübergang Beremend als Anzeichen dafür gedeutet worden, dass die Menschen auf organisierte Weise nach Österreich gebracht würden. Augenzeugen sahen zudem, wie ungarische und kroatische Polizisten in dem Grenzbahnhof gemeinsam agierten. In kroatischen Medien hieß es bereits: "Korridor nach Westen geöffnet."

Am späten Freitagabend mutmaßten ungarische Medien jedoch, dass die Asylbewerber in westungarische Lager gebracht würden. Ein erster Bus traf bereits im Aufnahmezentrum Vamosszabadi bei Győr ein, wie die lokale Website "kisalfold.hu" berichtete.

Kroatien hatte erklärt, den Flüchtlingsandrang nicht mehr bewältigen zu können. Ungarn hatte am letzten Dienstag seine Grenze zu Serbien für Flüchtlinge abgeschottet. Seitdem kamen aus Serbien mehr als 15.000 Menschen nach Kroatien, um von dort weiter nach Westeuropa zu gelangen. Mittlerweile hat Ungarn die Grenze am Übergang Beremend für Hunderte Migranten geöffnet.

Mehr als 4000 Flüchtlinge sind bislang am Freitag über Kroatien nach Ungarn gekommen, wie die Regierung in Budapest mitteilt. Bis Ende des Tages würden bis zu 1200 weitere erwartet.

Chaos an kroatisch-ungarischer Grenze <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-auf-der-balkanroute-ungarn-stoppt-zug-aus-kroatien-a-1053757.html>

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat Kroatien Hilfe zur Bewältigung der Flüchtlingskrise angeboten. Es handele sich um technische und logistische Unterstützung, wie die Europäischen Union mitteilte.

Video: Transit durch das minenverseuchte Kroatien

kbl/dpa/Reuters

Load-Date: September 19, 2015

End of Document

Erneut Flüchtlinge in Bautzen angegriffen

SPIEGEL ONLINE

02. November 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 537 words

Byline: Christoph Titz

Highlight: Im sächsischen Bautzen haben Rechtsradikale erneut **Flüchtlinge** bedroht und angegriffen. In einem Medienbericht ist von einer "Hetzjagd" die Rede, die Polizei relativiert die Vorfälle.

Body

In der Innenstadt von Bautzen ist es erneut zu Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremen und **Flüchtlingen** gekommen. "Zeit Online" berichtet von einer "Hetzjagd" auf **Flüchtlinge**: Eine große Gruppe Rechtsextremer habe am Dienstagabend zwei **Flüchtlinge** vor sich hergetrieben und einen von ihnen angegriffen. Die Nachrichtenseite beruft sich auf einen Reporter, der zufällig am Bautzener Kornmarkt zugegen war.

Demnach sei die Polizei zwar mit Streifenwagen am Ort gewesen, zahlenmäßig war sie den Rechtsextremen aber offenbar unterlegen. Die Pressestelle der Polizeidirektion Görlitz bestätigte SPIEGEL ONLINE, dass es einen Vorfall gegeben habe. Dieser sei aber weniger drastisch, als in dem Medienbericht geschildert.

Zu dem tätlichen Angriff kam es, als drei Asylbewerber wegen des Vorwurfs der Körperverletzung gegen einen Deutschen von einer Polizeistreife kontrolliert wurden. Nach der Befragung wurden zwei Asylbewerber von einer größeren Gruppe verfolgt und mit Steinen beworfen. Vier tatverdächtige Deutsche wurden anschließend festgenommen, einige sind der Polizei bekannt.

Die Polizei meldete außerdem mehrere Bedrohungen in der Bautzener Innenstadt. Einmal zielten zwei Männer aus einer etwa achtköpfigen Gruppe heraus mit einem "pistolenähnlichen Gegenstand" auf eine Gruppe, zu der auch junge Asylbewerber gehörten. Kurz nach Mitternacht meldete ein 39-jähriger Flüchtling, er sei ebenfalls mit einer Pistole bedroht worden. Der 29-jährige Tatverdächtige wurde noch in der Nacht gestellt. Er stand unter Drogeneinfluss und trug eine Schreckschusspistole, sowie Cannabis und Crystal Meth bei sich.

Heizten fremdenfeindliche Gerüchte die Stimmung an?

Unklar ist, ob die Übergriffe am Dienstagabend in Zusammenhang mit kürzlich veröffentlichter Online-Hetze gegen Flüchtlinge in der sächsischen Kleinstadt stehen. Wie die Polizeidirektion Görlitz meldet, gab es am frühen Dienstagmorgen gegen Migranten gerichtete Verleumdungen "einer selbst ernannten 'Bürgerbewegung'", wie es in einer Pressemitteilung hieß.

Erneut Flüchtlinge in Bautzen angegriffen

Einem "Warnhinweis" der Facebook-Seite zufolge sollte ein Flüchtling einer Heimleiterin anvertraut haben, dass ein Bombenattentat in der Bautzener Innenstadt bevorstehe. Die Warnung lautete : "die migranten planen was...Polizei ist informiert...bitte alle mit Kindern sollen vom Zentrum fern bleiben!!!!"

Die Polizei erklärte, man habe den 17-jährigen angeblichen Hinweisgeber befragt. Es habe sich um ein Missverständnis gehandelt. Der Jugendliche hatte sich im Gespräch mit der Heimleiterin auf die Übergriffe auf dem Kornmarkt im September bezogen. Die Polizei betonte, alle weiteren in dem "Warnhinweis" der "Bürgerbewegung" enthaltenen Mitteilungen seien "weiterführende Aussagen, die ausschließlich auf Gerüchten beruhen".

In Bautzen ist es in der Vergangenheit immer wieder zu Übergriffen auf Flüchtlinge gekommen. Zuletzt war die Lage im September eskaliert, als Rechtsextreme junge Asylbewerber durch die Straßen gejagt hatten. Vorausgegangen waren wechselseitige Provokationen der beiden Gruppen, die sich dort regelmäßig auf dem Kornmarkt am Rande der Altstadt treffen. In der Folge hat die Polizei ihre Präsenz in der Stadt verstärkt.

cht

Load-Date: November 2, 2016

End of Document

[In der Kälte; http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-sitzen-zwischen-slowenien-und-oesterreich-fest-a-1059763.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-sitzen-zwischen-slowenien-und-oesterreich-fest-a-1059763.html)

SPIEGEL ONLINE

27. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 539 words

Byline: syd/vks/dpa

Highlight: Bayern klagt über Österreichs Verhalten in der Flüchtlingskrise, Wiens Behörden zeigen nun mehr Härte: Hunderte Migranten sitzen zwischen slowenischer und österreichischer Grenze fest. Sie harren im Freien aus.

Body

Im Niemandsland zwischen slowenischer und österreichischer Grenze sitzen Hunderte Menschen fest. Sie seien von slowenischen Soldaten direkt an die Grenze geschickt, dort aber abgewiesen worden, sagten mehrere Flüchtlinge.

Die Migranten mussten die Nacht im Freien verbringen. Sie erhielten nach eigener Aussage weder Nahrung noch Wasser. Um sich vor der Kälte zu schützen, entzündeten sie Lagerfeuer.

In der eingezäunten Menschenmenge waren viele Familien mit kleinen Kindern. Wiederholt riefen die Flüchtlinge im Sprechchor: "We want go!" ("Wir wollen gehen!") Direkt an der Grenze trafen sich am Morgen jeweils zwei slowenische und österreichische Offiziere und sprachen über die angespannte Situation.

Scharfe Kritik an Österreich

Die bayerische Staatsregierung warf Österreich fahrlässigen Umgang mit den Flüchtlingen vor. Ministerpräsident Horst Seehofer forderte von Wien ein Ende der "Politik des Durchwinkens". Bundeskanzlerin Angela Merkel müsse in einem Gespräch mit ihrem österreichischen Amtskollegen Werner Faymann dafür sorgen, dass die "Politik der offenen Grenzen" beendet werde.

Auch Bayerns Innenminister Joachim Herrmann warf den österreichischen Behörden rücksichtsloses Verhalten vor. "Da wird nur auf möglichst schnellen Durchzug geschaltet, und das können wir so nicht akzeptieren", sagte der CSU-Politiker dem Bayerischen Rundfunk.

Herrmann sagte, Österreich bringe ohne Vorankündigung Tausende Flüchtlinge an die bayerische Grenze und sei bisher zu keiner Zusammenarbeit bereit. "Ich habe das so mit Österreich noch nie erlebt." Falls sich dies nicht grundlegend ändere, "dann müssen wir in der Tat, auch zum Schutze der Bundesrepublik Deutschland, auch zum Schutz unserer inneren Sicherheit, an der Grenze noch wesentlich restriktiver verfahren".

In der Kälte <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-sitzen-zwischen-slowenien-und-oesterreich-fest-a-1059763.html>

Nach Angaben der Bundespolizei kamen am Montag allein in Passau und Umgebung rund 8000 Migranten an. Am frühen Abend habe man in Wegscheid auf einen Schlag 2000 Migranten versorgen müssen. "Wir konnten uns darauf nicht vorbereiten", sagte der Sprecher der Bundespolizei in Bayern, Frank Koller. Von den österreichischen Behörden habe es keine Vorwarnung gegeben. Dabei seien die Flüchtlinge vermutlich mit Bussen zur deutschen Grenze gefahren worden.

Die Polizei brachte die Hälfte der 2000 Neuankömmlinge in die Niederbayernhalle nach Ruhstorf, die andere Hälfte wurde in Passau untergebracht. Am Dienstag sollen die Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen bundesweit verteilt werden.

Serbiens Premier ist optimistisch

Nicht nur in Slowenien, auch in anderen Staaten entlang der Balkanroute sitzen derzeit Flüchtlinge fest. Auch an der serbisch-kroatischen Grenze standen viele Menschen in der Kälte. Laut der kroatischen Regierung kamen 13.000 Flüchtlinge aus Serbien ins Land - innerhalb von nur 24 Stunden.

Der serbische Premier Aleksandar Vucic zeigte sich trotz der zähen Verhandlungen innerhalb der EU-Staaten optimistisch. "Wir werden in den kommenden Wochen einige Ergebnisse erzielen", sagte er. "Es ist klar, dass wir diese Krise nicht innerhalb weniger Wochen oder Monate lösen können, aber die Situation wird sich nach und nach verbessern."

(Weitere Hintergründe zur Balkanroute lesen Sie hier .)

syd/vks/dpa

Load-Date: October 27, 2015

[Abgestumpft; http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-europa-ist-abgestumpft-kommentar-a-1095136.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-europa-ist-abgestumpft-kommentar-a-1095136.html)

SPIEGEL ONLINE

31. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 666 words

Byline: Maximilian Popp

Highlight: 23:13:00 Mindestens 700 Menschen sind vergangene Woche im Mittelmeer ertrunken. Doch die Europäer berührt das kaum noch. Sie haben sich an das Sterben vor ihren Grenzen gewöhnt.

Body

Als die türkische Fotojournalistin Nilüfer Demir im September 2015 Aufnahmen des toten Flüchtlingsjungen Alan Kurdi veröffentlichte, bewegten die Bilder nicht nur Menschen auf der ganzen Welt - sondern für einen Moment auch die Politik: Der kanadische Migrationsminister brach seinen Wahlkampf für eine Krisensitzung ab, David Cameron versprach, mehr Flüchtlinge aus Syrien in Großbritannien aufzunehmen, und Ahmet Davutoglu, damals türkischer Regierungschef, drängte die Europäer zur Zusammenarbeit in der Asylpolitik.

Nun hat die Organisation Sea-Watch ein ganz ähnliches Bild veröffentlicht. Es zeigt einen Flüchtlingshelfer, der auf einem Boot im Mittelmeer vor Libyen ein totes Baby im Arm hält. Doch anders als vergangenen Sommer ruft das Motiv kaum noch Empörung hervor. So gut wie kein ranghoher Politiker hat sich bislang dazu geäußert, die Medien berichten sparsam, wenn überhaupt.

Das Bild des toten Alan Kurdis wurde zu einem Symbol für das Versagen Europas im Umgang mit Flüchtlingen. Das Sea-Watch-Foto transportiert eine andere Botschaft: Die Europäer haben sich an das Sterben vor ihren Grenzen gewöhnt. Kinder, die im Mittelmeer ertrinken, Syrer, die von türkischen Grenzschützern erschossen werden, Familien, die in griechischen Lagern verelenden - all das ruft bestenfalls noch erschöpftes Seufzen hervor.

Mindestens 30.000 Menschen sind nach Schätzungen in den vergangenen 15 Jahren auf der Flucht nach Europa ums Leben gekommen. Eine Zeitlang hat die EU zumindest noch versucht, den Eindruck zu erwecken, diese Katastrophe würde sie etwas angehen. Als im Oktober 2013 beinahe 400 Flüchtlinge bei einem Bootsunglück vor Lampedusa ertranken, trafen die Präsidenten des Europaparlaments und der EU-Kommission Überlebende auf der italienischen Insel. Das Schauspiel wiederholte sich nach einem beinahe identischen Unglück mit 800 Toten vergangenen April. "Der Status quo ist keine Option mehr", sagte Kommissionschef Jean-Claude Juncker und kündigte eine Reform des EU-Asylsystems an.

Das Massensterben wird als Kollateralschaden hingenommen

Inzwischen reicht es nicht einmal mehr für Symbolpolitik. Nach Angaben des Uno-Flüchtlingshilfswerks sind allein vergangene Woche 700 Flüchtlinge bei drei Schiffskatastrophen im Mittelmeer gestorben, 2400 in den ersten fünf Monaten 2016. Doch außer Menschenrechtsorganisationen und Flüchtlingshelfern regt sich darüber kaum noch jemand auf, jedenfalls kein EU-Politiker.

Die Europäer sind abgestumpft. Monatelange Debatten über Asyl-Obergrenzen und Überfremdung, die immer gleichen Bilder von Menschenmassen vor Grenzzäunen und die aggressive Stimmungsmache von Rechts haben jede Empathie mit den Schutzsuchenden aufgelöst.

Das Massensterben der Flüchtlinge an Europas Grenzen wird als Kollateralschaden hingenommen. Doch Bootsunglücke wie jene vergangener Woche sind kein tragischer Zufall, sondern das Ergebnis europäischer Migrationspolitik. Die EU-Staaten haben in den vergangenen Jahren ihre Grenzen schrittweise gegen Flüchtlinge hochgerüstet. Wer in der EU Asyl beantragen will, muss zunächst europäischen Boden erreichen. Durch die Abschottungspolitik der EU ist dies beinahe unmöglich geworden. Einer der letzten verbliebenen Wege für Flüchtlinge nach Europa führt auf den Booten von Schleppern aus Libyen über das Mittelmeer.

Die Flüchtlingsbewegung hat im vergangenen Jahr dazu geführt, dass viele Menschen begannen, dieses System anzuzweifeln. Sie fragten, warum Flüchtlinge eine Straftat ("illegale Einreise") begehen müssen, um in Europa Asyl zu beantragen. Sie waren nicht länger bereit hinzunehmen, dass die Bundesregierung verspricht, "Fluchtursachen" zu bekämpfen, gleichzeitig jedoch Diktaturen aufrüstet - wie gerade erst im Sudan geschehen .

Der Deal mit der Türkei und die Zäune auf dem Balkan aber haben dafür gesorgt, dass weniger Menschen nach Europa gelangen. Die Flüchtlinge und ihre Probleme sind nun wieder dort, wo sie die EU am liebsten hat: weit weg.

Load-Date: June 1, 2016

Vorbild Deutschland; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-auslaendische-medien-loben-deutschland-als-vorbild-a-1050931.html>

SPIEGEL ONLINE

01. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 852 words

Byline: Vera Kämper

Highlight: Comeback des guten Deutschen? Wurden in der Euro-Krise noch Nazi-Vergleiche gezogen, loben ausländische Kommentatoren nun den Umgang mit Flüchtlingen. Die Merkel-Regierung zeige vorbildhafte Menschlichkeit.

Body

Wie war das noch? Vor ein paar Monaten zeigte die griechische Presse die Bundeskanzlerin in Nazi-Uniform, hielten Demonstranten Plakate hoch mit der Aufschrift "Merkel raus". Die Bilder gingen um die Welt, auch Spanien, Portugal oder Zypern sahen in Angela Merkel und ihrem Finanzminister Wolfgang Schäuble die Hauptverantwortlichen für das europäische Spardiktat. Internationale Medien formten das Bild von Deutschland als Zuchtmeister, dem es an Empathie fehlt.

Nun aber sind ganz andere Töne aus dem Ausland zu vernehmen. Plötzlich gilt Angela Merkel als Vorbild in Sachen Menschlichkeit, Deutschland als ein Land, in dem Mitgefühl und Moral regieren.

Was ist passiert? Deutschland ist zur ersten Anlaufstelle für Flüchtlinge in Europa geworden. Während sich andere Länder um ihre Verantwortung drücken, werden hier überdurchschnittlich viele Asylbewerber aufgenommen. Und die Kanzlerin selbst hat deutliche Worte gefunden. Sie hat Fremdenhass scharf verurteilt und den Umgang mit den Hunderttausenden Migranten zur Chefsache gemacht.

"Angela Merkels menschliche Haltung zum Thema Einwanderung ist eine Lehre für uns alle", schreibt die britische Zeitung "Observer". Die Kanzlerin habe gesagt, die Deutschen sollten stolz darauf sein, dass so viele Syrer, Eritreer oder Nigerianer zu ihnen kommen wollten. Hätte das ein britischer Regierungschef gesagt, schreibt der Autor, "wäre die Hysterie überwältigend". Merkel habe recht und verdiene Unterstützung von allen Europäern - nicht David Camerons "kalte Schulter".

"Moralisch im Recht"

Der britische Premier macht vorwiegend Schlagzeilen mit seiner harten Gangart gegenüber Migranten. Gefängnisstrafen für illegale Einwanderer, Polizeihunde vor dem Eingang des Eurotunnels, ein neues Einwanderungsgesetz - der konservative Regierungschef tut alles, um die Zahl der Einwanderer zu reduzieren. Daher hat Großbritannien bisher nur einen Bruchteil der Flüchtlinge in der EU aufgenommen.

"Wir geben es nicht gerne zu, aber moralisch verhält sich Deutschland besser als wir", schreibt der britische "Independent". "Während Angela Merkel auf die Anti-Flüchtlings-Proteste antwortet, indem sie die hässlichen Instinkte ihrer Wähler infrage stellt, gibt David Cameron ihnen nach." Und während die Kanzlerin Asylsuchenden Respekt zusage, schaue Großbritannien weg. "So merken wir, dass wir nach Deutschland blicken müssen, um einen Grundkurs in Mitgefühl zu bekommen."

Respekt aus dem Ausland bekommt die Bundesregierung dafür, dass sie syrischen Flüchtlingen zusichert, sie nicht in jene EU-Staaten zurückzuschicken, in denen sie zuerst europäischen Boden betreten haben. Europa könne sich glücklich schätzen, dass jemand in der Flüchtlingskrise vorangehe, kommentiert der Schweizer "Corriere del Ticino". Merkels Haltung könne "die kontinentale Machtgeografie nachhaltig verändern". Auch das spanische Nachrichtenportal "El Diario" sieht beim Umgang mit den Flüchtlingen "beeindruckende Zeichen der Solidarität der Deutschen".

Nur Frankreichs Medien stimmen nicht ein

Lob kommt auch aus den USA: Präsident Barack Obama persönlich dankte Merkel vergangene Woche für ihre Führungsrolle in der Flüchtlingskrise, insbesondere für die Entscheidung, syrische Flüchtlinge nicht zurückzuschicken. Das sogenannte Dublin-Abkommen sei ein großer Teil des Problems, urteilte auch die "New York Times". Merkel habe deutlich gemacht, dass auch der Rest Europas seine Pflicht erfüllen müsse: "Etwas muss getan werden, nicht nur für die Flüchtlinge, sondern auch für die politische Stabilität der Europäischen Union."

Ist das Bild der eisernen Kanzlerin damit überholt? Bringt die Flüchtlingskrise das Comeback des guten Deutschen? Nicht überall in Europa will man Deutschland den Imagewandel zugestehen. Der französische "Figaro" etwa hält Merkel für naiv: "Es mag sein, dass es in Deutschland für Hunderttausende Migranten im Erwachsenenalter Beschäftigungsmöglichkeiten in der Industrie und im Dienstleistungsbereich gibt, doch in Italien, Spanien und Frankreich ist das nicht der Fall." Diese Länder könnten ihrer eigenen Jugend keine Jobs anbieten.

Im Appell Merkels, Hunderttausende Migranten zu integrieren, sieht auch das französische Internetportal "Mediapart" ein perfides Polit-Manöver der Kanzlerin, die sich einmal mehr als "Königin" Europas aufspiele: "Damit gibt sie nicht nur implizit den anderen europäischen Staaten den Befehl, es ihr gleichzutun." Merkel bevorzuge damit "die deutschen Industriellen", die von den billigen Arbeitskräften profitieren würden. Das neue Deutschland-Bild scheint sich in der französischen Presse bisher nicht durchzusetzen.

Zusammenfassung: Angela Merkels Kurs in der Flüchtlingspolitik und ihr klares Bekenntnis dazu, vor allem syrischen Asylbewerbern großzügig Hilfe zu gewähren, wird von der ausländischen Presse und auch vom US-Präsidenten gelobt. Nach den Negativschlagzeilen in der Griechenlandkrise könnte dies dazu beitragen, das Deutschland-Bild wieder nachhaltig zu verbessern.

Mitarbeit: Severin Weiland, Stefan Simons

Load-Date: September 3, 2015

[Schulz wirft de Maizière Versagen vor;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-martin-schulz-wirft-thomas-de-maiziere-versagen-vor-a-1066400.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-martin-schulz-wirft-thomas-de-maiziere-versagen-vor-a-1066400.html)

SPIEGEL ONLINE

07. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 473 words

Byline: kev/AFP/dpa/Reuters

Highlight: Ist diese Behörde nicht fleißig genug - oder sind die Verantwortlichen überfordert? Beim Bamf stapeln sich die Asylanträge, doch wer trägt die Schuld? EU-Parlamentspräsident Schulz greift Innenminister de Maizière jetzt scharf an.

Body

Die Politik streitet über das Bundesamt für Migration (Bamf). Klar ist: Mehr als 300.000 Asylanträge sind in Deutschland derzeit unbearbeitet, Tendenz stark steigend.

Jetzt hat sich auch EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD) in die Diskussion eingemischt - und Thomas de Maizière (CDU) Versagen vorgeworfen.

Der Innenminister habe es "seit Jahren trotz der Klagen aus Ländern und Kommunen nicht geschafft, dafür zu sorgen, dass die Verwaltungsvorschriften umgesetzt und die Asylanträge zügig bearbeitet werden", sagte Schulz der Zeitung "Die Welt". "Der Minister muss endlich das umsetzen, was die Bundesregierung beschlossen hat, dann laufen die Dinge auch besser", verlangte Schulz.

Die "Passauer Neue Presse" berichtete, die Zahl der unbearbeiteten Asylanträge beim Bamf sei bis Ende November auf knapp 356.000 gestiegen. Das Blatt berief sich auf eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage des CSU-Bundestagsabgeordneten Reinhard Brandl. Im vergangenen Jahr hatte die Zahl der unerledigten Asylanträge demnach noch bei knapp 170.000 gelegen.

Die Gesamtzahl der Asylanträge lag im laufenden Jahr nach Angaben der Zeitung insgesamt bei gut 425.000 und damit mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr mit knapp 203.000. Die durchschnittliche Verfahrensdauer von der Antragstellung bis zur Asylentscheidung habe sich von 7,1 Monaten im Jahr 2014 auf 5,2 Monate im laufenden Jahr verkürzt. Demnach gab es im Vorjahr knapp 129.000 Asylentscheidungen, im Jahr 2015 gut 240.000.

Schichtbetrieb und längere Dienstzeiten

An der Arbeit des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hatte es am Wochenende bereits mehrfach massive Kritik gegeben. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) forderte mehr Einsatz

Schulz wirft de Maizière Versagen vor <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-martin-schulz-wirft-thomas-de-maiziere-versagen-vor-a-1066400.html>

von den Behördenmitarbeitern. Zuvor hatten die Innenminister der Länder die Arbeitsweise der Behörde kritisiert und entschiedenere Schritte zur Beschleunigung der Asylverfahren gefordert. Sie regten Schichtarbeit und Einsätze am Wochenende an.

Auch der Fraktionschef der Grünen im Bundestag, Anton Hofreiter, forderte in der "PNP" ein höheres Arbeitstempo beim Bamf. Die Zahl unerledigter Anträge sei "unverantwortlich, sowohl den Flüchtlingen als auch den Ländern und Kommunen gegenüber". "Hier muss schnell etwas geschehen", sagte Hofreiter. Nach seiner Ansicht sollte das Bamf "unbürokratisch eine Art von Schichtbetrieb und eine Ausweitung der Dienstzeiten einführen".

Dagegen nahm die Bundesregierung die Behörde und dessen Leiter in Schutz. "Frank-Jürgen Weise ist jetzt einige Wochen im Amt, und es hat sich in dieser Zeit unglaublich viel bewegt", sagte Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU). Auch Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) schloss sich der Kritik an der Effizienz der Behörde "ausdrücklich nicht" an.

kev/AFP/dpa/Reuters

Load-Date: December 24, 2015

End of Document

[EU-Minister verpassen Einigung in Flüchtlingsfrage;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-eu-innenminister-
uneinig-ueber-verteilung-a-1044542.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-eu-innenminister-uneinig-ueber-verteilung-a-1044542.html)

SPIEGEL ONLINE

20. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 786 words

Byline: Markus Becker

Highlight: Die EU-Länder haben sich auf die Verteilung von knapp 55.000 Flüchtlingen in Europa geeinigt. Das eigentlich schon äußerst bescheidene Ziel von 60.000 verpassten sie damit erneut.

Body

Wie sollen 60.000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien in Europa verteilt werden? Diese Frage können die Staaten der Europäischen Union auch nach ihrem neuesten Treffen nicht beantworten. "Wir sind noch nicht ganz da, wo wir ursprünglich hatten sein wollten", sagte die deutsche Staatssekretärin Emily Haber nach einem Sondertreffen der EU-Innenminister am Montag in Brüssel, wo sie Innenminister Thomas de Maizière vertrat.

Damit ist das Treffen der EU-Innenminister bei seinem wichtigsten Vorhaben gescheitert: festzulegen, welches EU-Land in den kommenden zwei Jahren wie viele von insgesamt 60.000 Flüchtlingen aufnimmt. Am Ende des Brüsseler Treffens kamen Zusagen für die Aufnahme von 54.760 Migranten zusammen. Das entspricht einem Anteil von rund einen Hundertstel Prozent der etwa 500 Millionen Menschen, die in den 28 Staaten der EU leben.

Im Juni hatten die EU-Staats- und Regierungschefs grundsätzlich beschlossen, 40.000 Flüchtlinge aus den Grenzländern Italien und Griechenland auf andere europäische Staaten zu verteilen. Darüber hinaus vereinbarten sie die Aufnahme von 20.000 Menschen aus Flüchtlingslagern in Krisengebieten außerhalb der EU, worüber es bereits eine Einigung gibt. Die Zahl wurde mit 22.504 sogar deutlich überschritten.

Doppel-Null aus Ungarn

Verbindliche Quoten für die Verteilung der 40.000 Flüchtlinge auf die EU-Staaten wurden im Juni allerdings nicht festgelegt; dies lehnten insbesondere Großbritannien und mehrere osteuropäische Staaten ab. Deshalb sollen die EU-Staaten nun freiwillige Zahlen einbringen.

Anfang Juli unternahmen die EU-Innenminister einen ersten Versuch, der allerdings scheiterte. Am Montag sind nun Angebote für die Aufnahme von 32.256 Flüchtlingen zusammengekommen - fast 8000 weniger als angepeilt, wie aus der Liste hervorgeht, der der Europäische Rat per Twitter verbreitet hat. Deutschland nimmt

EU-Minister verpassen Einigung in Flüchtlingsfrage <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-eu-innenminister-uneinig-ueber-verteilung-a-1044542.htm...>

demnach mit 10.500 Flüchtlingen den mit Abstand größten Teil auf, gefolgt von Frankreich mit 6752 und den Niederlanden mit 2047.

Die Vorschläge mancher Staaten seien "ermutigend", andere "ein wenig enttäuschend" und manche "peinlich" gewesen, sagte Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn. Zu letzterer Gruppe dürften er die beiden Zahlen aus Ungarn rechnen: eine Null und eine Null. Man habe vehement versucht, die Regierung des umstrittenen Ministerpräsidenten Viktor Orbán dazu zu überreden, wenigstens etwas zu tun, sagten EU-Beamte. Doch damit sei man gescheitert. Auch Österreich, das bereits 1900 Kriegsflüchtlinge aufnehmen wird, hat sich der Aufnahme von Migranten aus Italien und Griechenland verweigert. Spanien, Portugal und Bulgarien blieben ebenfalls deutlich unterhalb der Erwartungen.

Bloß kein Scheitern der Mission

EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos zeigte sich "enttäuscht" darüber, dass die Zahl von 40.000 nicht erreicht wurde. Dies zeige, "dass es schwierig ist, ein freiwilliges System umzusetzen". Allerdings seien die Zahlen nicht das wichtigste Ergebnis des Treffens. "In den vergangenen sieben Monaten haben wir mehr erreicht als in den vergangenen Jahrzehnten", so Avramopoulos. "Ab heute Mitternacht ist das gemeinsame europäische Asylsystem vollständig. Damit hat die EU die weltweit höchsten Asyl-Standards."

Auch Staatssekretärin Haber sieht Erfolge auf dem Gipfeltreffen. Es gebe jetzt Einigkeit darüber, dass der Umgang mit Flüchtlingsfragen nicht nur wenige Staaten etwas angeht, "sondern eine Aufgabe aller europäischen Staaten ist". Es werde zudem nicht nur Solidarität durch Um- und Neuansiedlung von Flüchtlingen gezeigt.

Ab sofort beginne auch die Arbeit in den "Hotspots". In Staaten wie Griechenland und Italien würden nun Strukturen geschaffen, "die es erlauben, Flüchtlinge angemessen aufzunehmen und die Verfahren ordentlich durchzuführen."

Ein Scheitern der EU-Flüchtlingspolitik sieht Haber nicht. Man sei "ganz, ganz nahe" vor dem Ziel, sich über die Verteilung der 60.000 Flüchtlinge zu einigen. "Wir müssen noch über einige Details sprechen. Aber manche schwierige Geburten dauern eben lange." Laut Asselborn soll das nächste Treffen Ende November oder Anfang Dezember stattfinden.

Nach dem Dublin-Abkommen müssen Flüchtlinge in dem EU-Land Asyl beantragen, in dem sie ankommen. Das führt zu erheblichen Ungleichgewichten innerhalb der Union, da insbesondere die südlichen Länder das erste Ziel von Flüchtlingen sind, etwa aus Nordafrika oder dem Nahen Osten. "Drei Viertel aller Flüchtlinge gehen in fünf europäische Staaten", sagte Haber. Deshalb seien viele Länder von der Flüchtlingsfrage "nicht unmittelbar betroffen" - "und sie glauben, es sie sich leisten zu können, dieses Problem als Zaungast zu betrachten", so Haber. "Das ist heute geändert worden."

Load-Date: July 21, 2015

[System der Scheinheiligkeit;](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylpolitik-grundgesetz-durchsetzen-oder-aendern-kommentar-a-1052867.html)
[http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylpolitik-grundgesetz-](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylpolitik-grundgesetz-durchsetzen-oder-aendern-kommentar-a-1052867.html)
[durchsetzen-oder-aendern-kommentar-a-1052867.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylpolitik-grundgesetz-durchsetzen-oder-aendern-kommentar-a-1052867.html)

SPIEGEL ONLINE

16. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 691 words

Byline: Maximilian Popp

Highlight: Die Flüchtlingskrise zwingt die Bundesregierung zu Ehrlichkeit: Entweder sie etabliert endlich ein menschenwürdiges, gerechtes Asylsystem. Oder sie schafft das Asylrecht ganz ab.

Body

Europas Asylpolitik sieht in diesen Tagen und Stunden wie folgt aus: Bulgarien schottet seine Grenze zur Türkei mit einem Stacheldrahtzaun gegen Flüchtlinge ab. Ungarn ruft den Krisenzustand aus und zwingt Schutzsuchende in Sonderzüge nach Österreich. Deutschland führt Grenzkontrollen ein. Und in Brüssel streiten die EU-Staaten über eine Flüchtlingsquote.

Es hätte nicht der mahnenden Worte des österreichischen Kanzlers Werner Faymann und Bundeskanzlerin Angela Merkel am frühen Dienstagnachmittag bedurft, um zu erkennen: Die europäische Asylpolitik ist gescheitert.

Die Schwächen dieses Systems waren seit Jahren offensichtlich.

Zwar ist Artikel 16a des Grundgesetzes eindeutig: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". Die Bundesregierung hat dem Artikel jedoch schon vor längerer Zeit ein großes Aber hinzugefügt.

Sie hat an den Außengrenzen Europas ein darwinistisches Regime etabliert. Das Asylrecht gilt nur für jene, die europäisches Territorium erreichen. Genau das aber ist durch Europas Grenzpolitik beinahe unmöglich geworden. Die EU-Staaten haben an ihren Rändern Zäune errichtet und Mauern hochgezogen, um Flüchtlinge fern zu halten. Für Schutzsuchende, egal ob aus Eritrea, Syrien oder Irak, existieren keine sicheren, legalen Wege nach Europa. Sie müssen Schleuser bezahlen, in seeuntüchtige Boote und überfüllte Lastwagen steigen, um in der EU Asyl überhaupt auch nur beantragen zu können.

Der Selbstbetrug funktioniert nicht mehr

Wer dies mit viel Glück und Geld schafft, ist durch das Dublin-Abkommen dazu gezwungen, in jenem europäischen Land auszuharren, welches er zuerst betritt. Selbst anerkannte Flüchtlinge dürfen ihren Ankunftsort nicht dauerhaft

verlassen. Dublin hat dazu geführt, dass Migranten in Ungarn, Bulgarien, Italien in Elendslagern hausen, die nicht nur Human Rights Watch als menschenunwürdig kritisiert.

Deutschland hat sich in diesem System der Mehrfach-Abschottung jahrelang wunderbar eingerichtet. Die Bundesregierung konnte einerseits das Asylrecht hochleben lassen und musste gleichzeitig so gut wie keine Flüchtlinge versorgen. 2007 stellten gerade einmal 19.000 Menschen einen Asylantrag.

Dieser Selbstbetrug funktioniert nicht mehr. Die Kriege im Irak und in Syrien, die Krisen in Eritrea und in Libyen haben die Situation grundlegend verändert: Die Not der Menschen ist so groß, dass keine noch so restriktive Asylpolitik ihre Migration verhindern kann. Die hohe Zahl an Flüchtlingen hat das europäische Grenzregime, dieses zynische Gebilde, einstürzen lassen.

Die Bundesregierung muss nun eine Entscheidung treffen. Sie kann ihre Asylpolitik grundlegend neu fassen. Dies würde bedeuten, etwa durch groß angelegte Resettlement-Programme und die Einführung des Botschaftsasyls, endlich ausreichend legale Wege für Flüchtlinge nach Europa zu schaffen. Das Dublin-Regime würde durch ein System der europaweiten Verteilung von Flüchtlingen ersetzt. Die EU müsste garantieren, dass Mitgliedstaaten nicht länger systematisch Mindeststandards für Flüchtlinge unterlaufen, notfalls durch Sanktionen.

Mit einer Reform des Asylsystems wären höhere Kosten für die Bundesrepublik und ein Mehr an Integrationsarbeit verbunden. Die Ressourcen dafür sollten vorhanden sein. Der deutsche Staat hat im ersten Halbjahr 2015 über 21 Milliarden Euro mehr eingenommen als ausgegeben. Die Schwierigkeiten der Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen, die zurzeit in München, Dortmund und andernorts zu besichtigen sind, sind weniger Zeichen einer grundsätzlichen Überforderung als vielmehr das Ergebnis von Missmanagement eines Bundesinnenministers, der noch im Frühjahr seine Asylpolitik auf der Grundlage offenkundig falscher Prognosen gestaltet hat.

Die Alternative zu einer Neufassung des Asylrechts ist dessen Abschaffung. Die Bundesregierung müsste eingestehen, dass das Asylrecht zwar eine hübsche Erfindung ist. Man aber derzeit nicht in der Lage oder willens ist, es auch unter schwierigen Bedingungen durchzusetzen. Das wäre selbstverständlich eine Kapitulation vor allen Werten, die Deutschland für sich beansprucht. Aber ehrlicher als das gegenwärtige System der organisierten Scheinheiligkeit.

Load-Date: September 16, 2015

Flüchtlingsbehörde stellte Mitarbeiter rechtswidrig ein

SPIEGEL ONLINE

05. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 328 words

Byline: Christian Teevs

Highlight: Juristische Niederlage für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Die Behörde hatte Hunderte Stellen geschaffen, ohne den Personalrat zu beteiligen. Ein Gericht gab dem Mitarbeitergremium nun recht.

Body

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hat laut einem Gerichtsurteil rechtswidrig mehrere Hundert neue Mitarbeiter ohne Beteiligung des Personalrats eingestellt. Das stellte das Verwaltungsgericht in Ansbach fest und gab damit zwei Anträgen des Gesamtpersonalrats beziehungsweise des örtlichen Personalrats in vollem Umfang recht, wie eine Sprecherin mitteilte.

343 Bamf-Mitarbeiter seien auf diese Weise eingestellt worden. Der Dienststellenleiter habe selbst im Verfahren eingeräumt, das Mitbestimmungsrecht der Personalvertretung verletzt zu haben. Er habe sich aber "erheblichem humanitärem Druck und hohen politischen Erwartungen ausgesetzt gesehen".

Auch die Anordnung von Schichtarbeit außerhalb der geltenden Dienstvereinbarung sei rechtswidrig gewesen. Vorherige Vergleichsvorschläge zu einer gütlichen Einigung in beiden Verfahren hatte der Personalrat abgelehnt.

Weise kritisiert starres Festhalten an Verordnungen

Das Bundesamt hatte wegen der großen Zahl von Flüchtlingen im vergangenen Jahr innerhalb kürzester Zeit mehr als 2000 neue Mitarbeiter eingestellt. Unter Leitung von Frank-Jürgen Weise wurde außerdem in einigen Ankunftscentren Nacht- und Wochenendarbeit ohne eine entsprechende Vereinbarung angeordnet.

Weise selbst hatte sich mehrfach kritisch über den Rechtsstreit geäußert. Er äußerte Unverständnis am starren Festhalten an Verordnungen, während Tausende Menschen auf ihre Asylentscheidung warteten. Sollten in der Vergangenheit Fehler gemacht worden sein, "muss man das korrigieren", sagte Weise Anfang Juli. Er frage sich allerdings, wer sich eigentlich für die Mitbestimmungsrechte der Flüchtlinge einsetze, die in den Ankunftscentren warten.

Was mit den betroffenen Mitarbeitern passiert, war zunächst unklar. Gegebenenfalls müssen einige Stellen neu ausgeschrieben werden. Weise hatte vor einiger Zeit gesagt: "Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass der Personalrat dann sagt, dass die Leute gehen müssen."

cte/dpa

Flüchtlingsbehörde stellte Mitarbeiter rechtswidrig ein

Load-Date: August 5, 2016

End of Document

Schweiz knöpft Flüchtlingen Bargeld ab;
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweiz-nimmt-fluechtlingen-geld-ab-a-1072143.html>

SPIEGEL ONLINE

15. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 387 words

Byline: cht

Highlight: Erst jetzt wird bekannt, was in der Schweiz gängige Praxis ist: Polizisten nehmen Asylbewerbern ihr Vermögen ab. Nur 1000 Franken dürfen Neuankömmlinge behalten.

Body

Das dänische Parlament beschloss kurz vor Weihnachten, Flüchtlingen bei der Einreise ihr Geld bis auf etwa 350 Euro Selbstbehalt abzunehmen. In der Schweiz ist das Konfiszieren von Flüchtlingsvermögen hingegen lange eingeübte Praxis, wie erst jetzt öffentlich bekannt wurde.

Ein Syrer hatte dem schweizerischen Magazin "10 vor 10" des öffentlich-rechtlichen Rundfunks berichtet, wie ihm Polizisten bei seiner Ankunft in Zürich sein verbliebenes Geld abnahmen. Er sei mit gut 2400 Franken eingereist, davon ließen ihm die Ordnungshüter weniger als die Hälfte - und stellten eine saubere Quittung aus: 1007,55 durfte er behalten. So steht es auf dem Beleg, den der Sender zeigt. Was nach Straßenraub klingt, ist den Recherchen zufolge geltende behördliche Praxis.

Der Selbstbehalt, den die Schweizer den Hilfesuchenden erlauben, liegt bei 1000 Schweizer Franken, das sind rund 915 Euro. Alles, was darüber hinaus geht - und was nicht auf der Flucht von Menschenschmugglern kassiert und fürs Überleben ausgegeben wurde -, kassiert der schweizerische Staat.

Das Magazin zitiert aus einem Merkblatt zum Asylgesetz. Darin heiße es: "Sind Sie bei Ihrer Ankunft im EVZ im Besitz von Vermögenswerten von umgerechnet über 1000 Schweizer Franken, so sind Sie verpflichtet, diese finanziellen Mittel gegen Erhalt einer Quittung abzugeben." Ganz verloren ist das Geld jedoch für die Hilfesuchenden nicht. Sie bekommen es wieder, wenn sie die Schweiz binnen sieben Monaten verlassen, teilte das Staatssekretariat für Migration auf Anfrage des Senders SRF mit.

Nicht nur bei der Einreise bittet die Schweiz zur Kasse. Wer eine Arbeit aufnimmt, muss bis zu einem Gesamtbetrag von 15.000 Franken zehn Prozent seines Gehalts abgeben. Unmenschlich finden das Menschenrechtsgruppen in der Schweiz und fordern, diese Praxis zu ändern. Ein Vertreter der schweizerischen Flüchtlingshilfe sagt in dem Beitrag, die Praxis erinnere ihn an "Raubrittertum", solche "Beuteschneiderei" aber sei eines Staates nicht würdig.

Schweiz knöpft Flüchtlingen Bargeld ab <http://www.spiegel.de/politik/ausland/schweiz-nimmt-fluechtlingen-geld-ab-a-1072143.html>

Eine Sprecherin der Migrationsbehörde sagte dem Sender, es sei nötig, dass "die Asylsuchenden einen Beitrag leisten, für die Kosten, die sie hier verursachen". Im vergangenen Jahr sollen es allerdings nur 112 Fälle gewesen sein, in denen Grenzer oder Polizisten Geld einbehielten.

cht

Load-Date: January 15, 2016

End of Document

["Die Aufnahmeeuphorie nimmt ab";
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-schweden-die-aufnahmeeuphorie-nimmt-ab-a-1060177.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-schweden-die-aufnahmeeuphorie-nimmt-ab-a-1060177.html)

SPIEGEL ONLINE

02. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 1181 words

Byline: Kevin Hagen

Highlight: Schweden ist berühmt für seine liberale Flüchtlingspolitik. Doch nun droht auch hier die Stimmung zu kippen. Viele Schweden seien verunsichert, sagt Migrationsforscher Bernd Parusel. Was ist los im Musterland?

Body

Es sind Sätze, die in Schweden lange undenkbar waren: "Wir sind an der Grenze unserer Aufnahmekapazität", sagte Ministerpräsident Stefan Löfven kürzlich. Oder: "Schweden nimmt nicht einfach immer weiter seinen Teil auf, solange das andere Länder nicht auch tun." Es sind Sätze, die zeigen sollen: Es muss etwas passieren.

Bis zu 190.000 Flüchtlinge erwartet Schweden in diesem Jahr. Das sind mehr als doppelt so viel wie bisher angenommen. Schon lange führte das skandinavische Land gemessen an der Bevölkerungsgröße die Asylstatistiken in Europa an. 2014 kamen 7,8 Erstanträge auf 1000 Einwohner. Zum Vergleich: In Deutschland waren es 2,1 Anträge.

Die Stimmung verändert sich: Rechtspopulisten legen zu, im Internet entlädt sich die Wut, Radikale greifen Flüchtlingsunterkünfte an. Jetzt reagiert die Politik, die Asylregeln sollen verschärft werden. Ausgerechnet in Schweden, einem Land, das jahrelang für seine liberale Flüchtlingspolitik bekannt war. Für unbegrenzte Aufenthaltsgenehmigungen, für schnelle Einbürgerungen, für einfache Familienzusammenführungen. Alles vorbei? Was ist los im Musterland?

Der Deutsche Bernd Parusel ist Politikwissenschaftler und arbeitet als Migrationsforscher in Schweden. Im Interview erklärt er, was hinter der neuen Linie steckt - und was von Schwedens früherer Politik bleibt.

SPIEGEL ONLINE: Herr Parusel, der Ministerpräsident schlägt Alarm, eine Mehrheit der Schweden will härtere Asylregeln, mittlerweile kommt es sogar zu Gewalt. Eigentlich galt Schweden immer als vorbildlich in der Flüchtlingspolitik. Was ist passiert?

Parusel: In diesem Jahr sind einfach sehr viele Menschen nach Schweden geflohen. Noch vor wenigen Monaten galten 2000 Asylbewerber pro Woche als außergewöhnlich hoher Wert. Inzwischen sind es mitunter fast 2000 pro Tag. Ich denke aber, dass Schweden innerhalb der EU immer noch für eine vergleichsweise großzügige

"Die Aufnahmeeuphorie nimmt ab" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-schweden-die-aufnahmeeuphorie-nimmt-ab-a-1060177.html>

und offene Asylpolitik steht. Viele Schweden verstehen, warum die Menschen Schutz brauchen. Die meisten wissen gut über die Situation in Syrien, in Afghanistan, im Irak oder in Eritrea Bescheid.

SPIEGEL ONLINE: Was ist dann das Problem?

Parusel: Es gibt eine Beklommenheit bei der Frage, ob Schweden das alles noch leisten kann, was die Zuwanderung langfristig bedeutet für die Schulen, das Gesundheitswesen, die Sozialdienste, für den Arbeitsmarkt und vor allem für den Wohnungsmarkt. Es ist sehr schwierig, Unterkünfte zu finden - provisorische und solche, die dauerhaft für die anerkannten Flüchtlinge genutzt werden können. Und es dauert sehr lange, bis die Neuankömmlinge auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen.

SPIEGEL ONLINE: Kippt die Stimmung?

Parusel: Tatsächlich nimmt die Aufnahmeeuphorie ab. Vergangene Woche hat sich die rot-grüne Koalition mit der bürgerlichen Opposition auf neue Asylregeln geeinigt. Sie wollen sie ein Stück weit an andere EU-Staaten anpassen. Für die Schweden ist es sehr wichtig, dass es gerecht zugeht; dass nicht einige Länder sehr viele Flüchtlinge aufnehmen und die anderen nur sehr wenige. In der Diskussion um eine europäische Umverteilung hat Schweden signalisiert, dass es künftig zu den Ländern gehören will, die Flüchtlinge in andere Staaten weiterschicken können, wenn der Druck auf das Asylsystem zu groß wird.

SPIEGEL ONLINE: Ein bemerkenswerter Schritt für ein Land, das Hilfesuchende immer mit offenen Armen empfangen hat?

Parusel: Ja, absolut. Andererseits betont die Regierung nach wie vor, dass Europa Schutz gewähren muss - und dass die Zuwanderung für die schwedische Gesellschaft wichtig ist. Es werden deshalb auch keine Grenzen dicht gemacht oder Zäune gebaut. Und auch die jetzt beschlossenen Regeln beinhalten nicht nur Restriktionen. Zum Beispiel haben sich die Parteien auf Maßnahmen geeinigt, die Integration verbessern sollen: Frühere Sprachkurse zum Beispiel oder mehr Praktika. Außerdem ist eine Untersuchungskommission geplant, die sich mit legalen Wegen in die EU, zum Beispiel über humanitäre Visa, befassen soll. Diese gefährlichen Odysseen vieler Flüchtlinge nach und durch Europa können längerfristig kein Zustand sein.

SPIEGEL ONLINE: Trotzdem wird das liberale Asylrecht deutlich verschärft.

Parusel: Es gibt diese Punkte. Zunächst einmal sollen die Asylverfahren beschleunigt werden - wie genau, das ist noch nicht klar. Man will aber auch strenger mit abgelehnten Asylbewerbern umgehen. Wer nach Ablauf der Ausreisefrist noch im Land ist, soll künftig in der Regel keine Leistungen mehr erhalten. Und: Unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen von Anfang an soll es in Zukunft nur noch in Ausnahmefällen geben. Gerade diese Maßnahme ist in Schweden stark umstritten, kratzt sie doch an einem wesentlichen Merkmal der bisherigen Asylpraxis.

SPIEGEL ONLINE: Vor allem die rechten Schwedendemokraten profitieren vom Stimmungsumschwung. Mittlerweile liegt die Partei bei über 20 Prozent. Treiben die Populisten die Regierung vor sich her?

Parusel: Die wollen natürlich Druck ausüben. Den Druck spürt aber vor allem auch die bürgerliche Opposition, die Mitte-rechts-Parteien, die sich nun ein Stück weit danach ausrichten. Meines Erachtens sind es aber vor allem die Zustände und nicht nur die Stimmung, die der Politik kaum eine andere Wahl lassen. Weil der Wohnungsmarkt leer gefegt ist, werden inzwischen auch umgebaute Heilanstalten, Kasernen oder Feriendörfer angemietet. Jetzt sollen Asylbewerber sogar in winterfesten Zelten untergebracht werden. Ein Novum für Schweden. Vor einem Jahr wäre so etwas kaum vorstellbar gewesen.

SPIEGEL ONLINE: Sie arbeiten unter anderem als Experte für die schwedische Migrationsbehörde. Das deutsche Pendant dazu, das Bamf, gilt als völlig überfordert. Geht es den Schweden ähnlich?

Parusel: Zumindest gibt es diese Diskussion. Bislang hat man es schon irgendwie geschafft, die Neuankömmlinge zu registrieren und mit einem Dach über dem Kopf zu versorgen. Es wurde auch viel neues

"Die Aufnahmeeuphorie nimmt ab" <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-schweden-die-aufnahmeeuphorie-nimmt-ab-a-1060177.html>

Personal eingestellt. Klar ist aber: Die Asylverfahren ziehen sich immer mehr in die Länge - sicher ein Zeichen von starker Belastung.

SPIEGEL ONLINE: In Deutschland mischt sich Angst mit Hass, Tausende Wutbürger gehen gegen die Flüchtlingspolitik auf die Straße. Zeichnet sich diese Entwicklung auch in Schweden ab?

Parusel: Etwas wie die Pegida-Bewegung hat sich in Schweden nicht etabliert. Allerdings wird im Moment auch hier in den sozialen Medien sehr viel negativ über Flüchtlinge diskutiert. Als zum Beispiel Asylbewerber sich weigerten, in abgelegene Hinterland-Einrichtungen einzuziehen, gab es viele wütende Kommentare. Es gibt eine Tendenz, alles zu vereinfachen und über einen Kamm zu scheren.

SPIEGEL ONLINE: Zuletzt brannten auch in Schweden Asylunterkünfte…

Parusel: Den meisten hier ist das sehr peinlich. Viele sind stolz, dass Schweden so ein entwickeltes, demokratisches Land ist, das als Zufluchtsort derart beliebt ist. Sie sehen genau das als Zeichen dafür, dass es Schweden als Land weit gebracht hat.

Load-Date: November 2, 2015

Bamf-Chef rechnet mit bis zu 300.000 Flüchtlingen

SPIEGEL ONLINE

28. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 361 words

Byline: Eva Thöne

Highlight: 2015 kamen eine Million **Flüchtlinge** nach Deutschland - Bamf-Chef Weise prognostiziert jetzt einen Rückgang. Die Integration in den Arbeitsmarkt würde aber "lange dauern und viel kosten".

Body

Der Leiter des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf), Frank-Jürgen Weise, erwartet hohe Kosten für die Integration der **Flüchtlinge** in den Arbeitsmarkt. "Es wird lange dauern und viel kosten", sagte Weise der "Bild am Sonntag". 70 Prozent derer, die seit seinem Amtsantritt vor einem Jahr nach Deutschland gekommen sind, seien zwar erwerbsfähig, doch werde "ein Großteil von ihnen zunächst in die Grundsicherung fallen, bevor wir sie in Arbeit bringen".

In diesem Jahr rechnet Weise mit 250.000 bis 300.000 Flüchtlingen. Bis zu dieser Zahl könne seine Behörde einen optimalen Ablauf garantieren, sagte der Bamf-Leiter. "Wenn mehr Menschen kommen, kommen wir unter Druck." Allerdings seien selbst dann nicht wieder Zustände wie im letzten Jahr zu erwarten, sagte Weise. "Aber die Verfahren würden länger dauern, als von uns angestrebt."

Der Anteil der Akademiker unter den Flüchtlingen und Migranten liegt nach Weises Schätzung bei etwa zehn Prozent. Rund 40 Prozent hätten Arbeitserfahrung, wenn auch keine Berufsausbildung. Da auch Hilfstätigkeiten besser seien als keine Arbeit, setze das BAMF trotz der oft geringen Qualifikation "alles dran, die Menschen möglichst schnell in die Jobcenter zu bringen", sagte Weise. Zur Deckung des Fachkräftebedarfs bräuchte Deutschland sie nicht. "Trotzdem war die Entscheidung richtig, in einer humanitären Notlage zu helfen."

Weise gab sich in dem Interview auch optimistisch: "Wir schaffen das. Vieles, was am Anfang schlecht lief, können wir inzwischen ziemlich gut. Und die Konjunktur in Deutschland ist Gott sei Dank so gut, dass wir uns das leisten können." Auch seien im vergangenen Jahr weniger Menschen gekommen als gedacht, da einige doppelt registriert worden seien und andere weitergereist seien.

Als im vergangenen Jahr Hunderttausende Asylbewerber über die deutschen Grenzen kamen, rückte das Bamf, das sich um die Integration von Zuwanderern kümmert, schlagartig in den Fokus des Interesses. Der Arbeitsagentur-Chef Weise löste im September Manfred Schmidt ab. Das Bundesamt war wiederholt kritisiert worden, weil die Beschleunigung von Asylverfahren nur schleppend vorankam.

Bamf-Chef rechnet mit bis zu 300.000 Flüchtlingen

Load-Date: September 6, 2016

End of Document

[Rechtsradikale attackieren Flüchtlingsboote;](http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechische-rechtsradikale-greifen-fluechtlingsboote-an-a-1057190.html)
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechische-rechtsradikale-greifen-fluechtlingsboote-an-a-1057190.html>

SPIEGEL ONLINE

10. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 446 words

Byline: dab/dpa/Reuters

Highlight: Sie waren verummmt und kamen per Schnellboot: Griechische Rechtsradikale haben laut Medienberichten mehrere **Flüchtlingsboote** vor Lesbos angegriffen. In Deutschland steigt die Zahl der Attacken auf **Asylunterkünfte** auf 500.

Body

Vor der Insel Lesbos sollen griechische Rechtsextreme vier mit **Flüchtlingen** überfüllte Schlauchboote attackiert haben. Fünf verummte Männer hätten die Außenbordmotoren der Boote zerstört und seien anschließend mit ihrem Schnellboot verschwunden, berichteten das Nachrichtenportal Lesvosnews.net und andere Medien der Insel am Samstag. Der Zwischenfall habe sich bereits am Freitag ereignet.

Die Flüchtlingsboote trieben den Berichten zufolge mehrere Stunden lang führungslos im Meer zwischen Lesbos und der türkischen Küste. Alle Insassen seien jedoch wohlauf. Die meisten seien von Fischern und anderen Helfern ins Schlepptau genommen und in Sicherheit gebracht worden.

Erster Hotspot auf Lesbos

Auf Lesbos und anderen Inseln der östlichen Ägäis sind in den vergangenen Monaten mehr als 400.000 Migranten angekommen. In ihrer Mehrheit stammen sie aus Syrien und Afghanistan. In den kommenden Tagen soll auf der Insel der erste sogenannte Hotspot zur Registrierung von Flüchtlingen den Betrieb aufnehmen. Das kündigte EU-Innenkommissar Dimitris Avramopoulos nach politischen Gesprächen am Samstag in Athen an.

Zudem sollen Griechenland und die Türkei in den kommenden Wochen einen Aktionsplan zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in der Ägäis ausarbeiten, fügte Avramopoulos hinzu. Zuletzt rettete die griechische Küstenwache dort binnen 24 Stunden mehr als 1100 Bootsflüchtlinge. Registrierungszentren sind auch auf den Inseln Chios, Samos, Leros und Kos geplant. Sie sollen binnen eines Monats eröffnet werden. In Italien ist der erste Hotspot auf der Insel Lampedusa bereits eingerichtet, dort läuft die Erprobungsphase.

Die EU will insgesamt 160.000 Flüchtlinge aus den besonders stark betroffenen Ländern Griechenland und Italien auf andere Staaten verteilen. Die ersten Migranten wurden am Freitag von Italien nach Schweden gebracht.

Rechtsradikale attackieren Flüchtlingsboote <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechische-rechtsradikale-greifen-fluechtlingsboote-an-a-1057190.html>

Radikalisierung in Deutschland

In Deutschland hat die Zahl der Angriffe auf Asylunterkünfte laut Bundeskriminalamt (BKA) in diesem Jahr stark zugenommen. "Wir sind jetzt mittlerweile bei den 500 angekommen - nach wie vor steigend", sagte BKA-Präsident Holger Münch dem Deutschlandfunk. Sorge mache ihm, dass immer wieder Täter auffällig würden, die bislang nicht mit politisch motivierter Kriminalität in Verbindung gebracht werden konnten. Das Radikalisierungspotenzial steige, die rechte Szene provoziere Gegenreaktionen von links.

Zu einem möglichen Anstieg der Terrorgefahr sagte Münch, es lägen bislang zwar 70 Hinweise auf eine mögliche Verbindung von Flüchtlingen zur Extremistenmiliz "Islamischer Staat" (IS) vor. Im Moment gebe es jedoch keine konkreten Indizien für eine tatsächliche Verbindung.

dab/dpa/Reuters

Load-Date: October 11, 2015

End of Document

Zahl der neuen Asylsuchenden in Deutschland sinkt drastisch;
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zahl-der-asylbewerber-in-deutschland-sinkt-drastisch-a-1086090.html>

SPIEGEL ONLINE

08. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 729 words

Byline: vks/vek/sev/Reuters

Highlight: 09:05:00 Die Zahl der Registrierungen von **Asylsuchenden** ist im ersten Quartal 2016 deutlich gesunken. Das gab Bundesinnenminister de Maizière bekannt. Zudem habe es mehr Rückführungen gegeben.

Body

Es ist ein deutlicher Rückgang: Im letzten Quartal 2015 wurden noch knapp eine halbe Million **Asylsuchender** im sogenannten Easy-System des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) registriert, im ersten Quartal dieses Jahres ist ihre Zahl auf 170.000 zurückgegangen. Das entspricht einem Rückgang von 66 Prozent, wie Innenminister Thomas de Maizière am Freitag auf einer Pressekonferenz bekannt gab. Im März seien nur noch 20.000 **Asylsuchende** in die Bundesrepublik eingereist.

Der Tagesdurchschnitt derjenigen, die nach wie vor nach Deutschland kommen, liege deutlich unter 200, sagte de Maizière weiter. Allerdings können bei der Easy-Zahl Fehl- und Doppelerfassungen nicht ausgeschlossen werden, so der CDU-Politiker.

Dennoch: "Wir sehen, dass die nationalen Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise greifen", sagte de Maizière weiter. Er betonte, die Zahl der Asylanträge steige zwar, aber: "Die Zahl derer, die nach Deutschland kommen, sinkt. Das ist nur scheinbar ein Widerspruch: Viele, die bereits hier sind, stellen erst jetzt einen Antrag."

Auch die Zahl der Rückführungen sei deutlich gesteigert worden, sagte der Innenminister. Am Donnerstag seien - auch aufgrund seiner Vereinbarung mit der tunesischen Regierung - eine Rückführung in einem tunesischen Charterflugzeug erfolgreich durchgeführt worden. Laut dem sächsischen Innenministerium wurden 24 ausreisepflichtige Tunesier aus Leipzig in ihr Heimatland zurück gebracht. Es sei die bislang größte Gruppe gewesen, die in ein Maghreb-Staat abgeschoben worden sei.

Zu den Zahlen der Asylbewerber aus den Westbalkanstaaten sagte de Maizière, deren Anteil habe noch vor einem Jahr 61 Prozent betragen. Nun seien nur noch 5 Prozent der Anträge von Migranten aus diesen Ländern.

Dennoch möchte de Maizière keine Prognose der Flüchtlingszahlen für das gesamte Jahr wagen. "Wir wissen nicht, wie sich die Umsetzung des Türkei-Griechenland-EU-Abkommens entwickelt." Die

Zahl der neuen Asylsuchenden in Deutschland sinkt drastisch <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zahl-der-asylbewerber-in-deutschland-sinkt-drastisch-a-108...>

Erstaufnahmeeinrichtungen sollen nach Willen des Ministers erhalten bleiben. Die Häuser könnten vorübergehend stillgelegt werden, aber nicht geschlossen, "so dass sie notfalls wieder in Betrieb genommen werden können".

De Maizièr will Abschaffung der Kontrolle absprechen

Im Streit mit Bayern über einen Wegfall der Kontrollen an den deutschen Grenzen pocht de Maizièr auf seine Entscheidungsbefugnis. Selbstverständlich werde er mit den Bundesländern und dem "hauptbetroffenen Bundesland" darüber reden, sagte der CDU-Politiker am Freitag in Berlin. "Aber es bleibt eine Entscheidung des Bundesinnenministers."

De Maizièr hatte diese Woche in Aussicht gestellt, nach dem 12. Mai könnten die Grenzkontrollen etwa an der deutsch-österreichischen Grenze in Bayern wieder wegfallen, wenn die Flüchtlingszahlen so niedrig wie derzeit blieben. Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer warf de Maizièr daraufhin einen "selbstherrlichen Regierungsstil" vor, da er nicht einbezogen worden sei. Auch weitere CSU- und CDU-Politiker äußerten sich kritisch. "Es gibt noch immer keine durchgängige Sicherung der EU-Außengrenzen", sagte etwa Chef der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, Carsten Linnemann. In Europa befänden sich weiterhin Hunderttausende unregistrierte Migranten, "ein Ende der nationalen Grenzkontrollen wäre ein nicht hinnehmbares Sicherheitsrisiko", so der CDU-Bundestagsabgeordnete zu SPIEGEL ONLINE.

Hans Reichhart, bayerischer Landtagsabgeordneter und Chef der Jungen Union Bayern, betonte, es sei völlig illusorisch zu denken, dass die Flüchtlingskrise jetzt vorbei sei, neue Flüchtlingsrouten täten sich auf. "Die Ankündigung des Bundesinnenministers macht ein weiteres Mal deutlich, dass Berlin nicht weiß, was wirklich Sache ist", kritisierte er de Maizièr gegenüber SPIEGEL ONLINE.

De Maizièr verteidigte seinen Kurs. Es werde in den nächsten Tagen eine Gelegenheit geben, dies mit CSU-Chef Seehofer persönlich zu besprechen, sagte der Bundesinnenminister. Details nannte er nicht. Die Spitzen von CDU und CSU treffen sich am Sonntag, um den Koalitionsausschuss mit der SPD am Mittwoch vorzubereiten. Bislang ist nicht bekannt, ob der Minister an diesen Treffen teilnimmt. "Herr Seehofer und ich kennen uns lange genug", sagte de Maizièr auf die Frage, ob der CSU-Chef ihn missverstanden habe. "Wenn man miteinander redet, versteht man sich meistens nicht falsch."

vks/vek/sev/Reuters

Load-Date: April 8, 2016

[Österreich macht dicht; http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-innenminister-beraten-ueber-verteilung-oesterreich-macht-dicht-a-1044414.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-innenminister-beraten-ueber-verteilung-oesterreich-macht-dicht-a-1044414.html)

SPIEGEL ONLINE

20. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 626 words

Byline: heb

Highlight: Wer nimmt wie viele Flüchtlinge? Die EU-Innenminister werden heute wieder um die Verteilung von Migranten ringen. Österreich schafft Fakten - und bearbeitet seit einigen Wochen einfach keine neuen Asylanträge mehr.

Body

Am Montagnachmittag treffen sich die EU-Innenminister in Brüssel, um über die Verteilung von 40.000 Flüchtlingen aus Italien und Griechenland auf andere EU-Staaten zu beraten. Seit Wochen wird nun schon ergebnislos verhandelt. Wenn es um Flüchtlinge geht, endet die Solidarität zwischen den Partnerländern schnell.

Die EU-Kommission hatte eine verbindliche Quote vorgeschlagen - doch insbesondere die östlichen EU-Länder sperrten sich dagegen. Sie wollen allenfalls freiwillig einige wenige Flüchtlinge aufnehmen: Polen gern hauptsächlich christliche Menschen. Und Ungarn hat begonnen, einen Zaun an seiner Grenze hochzuziehen (Lesen Sie hier dazu mehr). Andere Staaten wollten sich bisher nicht festlegen.

Österreich dagegen hat bereits im Alleingang für sich entschieden: Die konservative Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) wies Mitte Juni ihre Beamten an, keine neuen Asylverfahren mehr durchzuführen. Stattdessen sollen sie sich auf Abschiebungen und Rückführungen in andere EU-Länder konzentrieren. Nach dem Dublin-Vertrag müssen die Flüchtlinge in dem EU-Land bleiben, das sie zuerst betreten - das sind meistens Italien oder Griechenland. Zudem hat Österreich den Familiennachzug gestoppt.

Vor dem Sondertreffen in Brüssel verteidigte Mikl-Leitner am Montag den harten Kurs. "Wir sind fast an der Grenze unserer Kapazität", sagte sie im ZDF-"Morgenmagazin". 41.000 Flüchtlinge würden derzeit in Österreich betreut. Hunderte lebten unter freiem Himmel oder in Zelten. Ihre Regierung könne sich nur vorstellen, Italien und Griechenland zu entlasten, sagt die Ministerin, wenn zwei Bedingungen erfüllt seien:

Erstens, wenn diese Länder mehr belastet seien als Österreich. Allerdings habe Österreich mehr Asylanträge als Griechenland und Italien zusammen, so Mikl-Leitner.

Zweitens, wenn diese Länder die Registrierung der Flüchtlinge vornehmen würden. Beides finde, sagt die Ministerin, sowohl in Italien als auch Griechenland nicht statt.

Österreich macht dicht <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-eu-innenminister-beraten-ueber-verteilung-oesterreich-macht-dicht-a-1044414.html>

Mikl-Leitner weiß genau, dass die beiden Länder dies angesichts Zehntausender Flüchtlinge, die dort ankommen, kaum bewältigen können. Zumal in Griechenland, wo durch die Finanzkrise ohnehin schwierige Bedingungen herrschen.

Doch die österreichische Ministerin sagt: "Der Schlüssel liegt an den Außengrenzen sowohl in Italien als auch in Griechenland." Hier sollten nach Meinung von Mikl-Leitner sogenannte Anlaufstellen geschaffen werden, "wo ganz klar unterschieden wird, wer ist Kriegsflüchtling und wer ist Auswanderer aus wirtschaftlichen Gründen". Dort müsse die Registrierung aller Flüchtlinge stattfinden und "vor allem die Auswanderer aus wirtschaftlichen Gründen direkt an der Grenze gestoppt werden". Wichtig sei, dass Italien und Griechenland die Hilfe Europas annehmen, sagt die Ministerin. Konkreter wird sie aber in dem Interview mit dem ZDF nicht.

Der konservativen Politikerin geht es offenbar vor allem um Abschreckung. Sie will Österreich für Flüchtlinge weniger attraktiv machen und gleichzeitig an die anderen EU-Länder ein Warnsignal senden. Dies tue sie nicht nur aus Kapazitätsgründen, sagen Kritiker. Die rechtspopulistische FPÖ konnte zuletzt Wahlerfolge in Österreich erringen. Das setzt die konservative ÖVP stark unter Druck.

Deutschland zumindest hat angekündigt, 9000 der 40.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Die EU-Kommission hatte Berlin die Aufnahme von 8763 Migranten nahegelegt.

Zusammengefasst: Die EU ringt um Verteilung der Flüchtlinge in Italien und Griechenland. Über eine freiwillige Quote sollen die Süd-Länder entlastet werden. Am Montag treffen sich die EU-Innenminister. Österreich hat vor einigen Wochen neue Asylverfahren gestoppt. Innenministerin Johanna Mikl-Leitner setzt auf Abschreckung.

heb

Load-Date: July 20, 2015

So läuft die Umsiedlung von Flüchtlingen

SPIEGEL ONLINE

17. Oktober 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 359 words

Byline: Andreas Griess

Highlight: Wie kann das Asylsystem in Europa gerechter werden? Darüber haben erneut die EU-Innenminister verhandelt. Unsere Grafik zeigt, wie weit frühere Beschlüsse noch von der Umsetzung entfernt sind.

Body

Beim Treffen der EU-Innenminister in Luxemburg standen auch der Umgang mit Flüchtlingen und eine Asylreform auf der Agenda. Wie am Donnerstag bekannt wurde, sollen Migranten ohne gültigen Ausweis europaweit einheitliche Reisedokumente erhalten. So soll ihre Rückführung vereinfacht werden.

Auch die Frage einer gerechteren Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU wird weiter diskutiert. Das Fazit der bisherigen Bemühungen: Noch immer wird nur ein Bruchteil der in Europa ankommenden Flüchtlinge auf andere Staaten verteilt, wie die Infografik der Woche von Statista und SPIEGEL ONLINE zeigt.

Von April bis Anfang Oktober 2016 wurden 4637 Geflüchtete von Griechenland in andere EU-Staaten umgesiedelt. Davon kamen 196 nach Deutschland. Aus Italien wurden 1316 Flüchtlinge in andere Länder weitergeschickt, 20 von ihnen nach Deutschland. Bislang wurde also nur ein Bruchteil den dem umgesetzt, was eigentlich geplant ist. Insgesamt 160.000 Flüchtlinge sollen innerhalb von zwei Jahren in Europa umgesiedelt werden.

Auch im Rahmen des Türkei-Abkommens kommt es nur zu wenigen Umsiedlungen. Gerade einmal 643 Geflüchtete wurden bis Anfang Oktober 2016 aus Griechenland zurück in die Türkei gebracht. Im Gegenzug übergab die Türkei der EU im Rahmen des Abkommens 1694 Flüchtlinge. Von den im Rahmen des Abkommens aus der Türkei in die EU gebrachten Flüchtlingen kam etwa jeder Dritte nach Deutschland.

Gemessen an der Zahl aller Asylbewerber ist die Zahl aller bisherigen Umsiedlungen ohnehin verschwindend gering. In der ersten Hälfte des Jahres wurden laut Eurostat in der EU rund 630.000 Asylbewerber registriert.

In Deutschland wurden von Januar bis September 2016 insgesamt rund 210.000 Flüchtlinge neu registriert. Das gab Bundesinnenminister Thomas de Maizière am Mittwoch bekannt. Damit sei die Zahl der Schutzsuchenden im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunken. 2015 waren es insgesamt 890.000. Allerdings sind nach wie vor viele der Asylverfahren anhängig. Ende September waren mehr als 579.000 Verfahren noch nicht abgeschlossen.

Mehr Infografiken der Woche finden Sie auf der Themenseite .

che/agr

So läuft die Umsiedlung von Flüchtlingen

Load-Date: October 17, 2016

End of Document

[Innenminister de Maizière rudert zurück;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thomas-de-maiziere-rudert-in-
asylpolitik-zurueck-a-1061623.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thomas-de-maiziere-rudert-in-asylpolitik-zurueck-a-1061623.html)

SPIEGEL ONLINE

06. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 659 words

Byline: flo/mka

Highlight: Nur ein Jahr Aufenthalt und keinen Familiennachzug - das solle für syrische Flüchtlinge gelten, hatte Thomas de Maizière erklärt. Im Kanzleramt wusste davon offenbar niemand. Kurz darauf zieht das Innenministerium die Ankündigung zurück.

Body

Syrische Bürgerkriegsflüchtlinge sollten den Anspruch verlieren, ihre Familien nach Deutschland nachzuholen. Außerdem sollten sie nur noch eine Aufenthaltsbewilligung über ein Jahr statt über drei Jahre erhalten - das hatte CDU-Innenminister Thomas de Maizière am Freitag verkündet .

Kurz darauf kommt die Korrektur aus dem Innenministerium: Die Entscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) habe sich nicht geändert. "Alle Änderungen werden zuvor in der Koalition besprochen."

Dem Deutschlandradio hatte De Maizières gesagt: "Andere Staaten geben in solchen Lagen auch nur eine Sicherheit für einen Aufenthalt für eine begrenzte Zeit. Und das werden wir in Zukunft mit den Syrern auch tun, indem wir ihnen sagen: Ihr bekommt Schutz, aber den sogenannten subsidiären Schutz - das heißt zeitlich begrenzt und ohne Familiennachzug."

Bisher erhalten Flüchtlinge aus Syrien fast immer primären Schutz

Subsidiärer Schutz - das ist ein Status, der nur für Menschen gilt, die nicht nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder dem Asyl-Grundrecht anerkannt werden, aber dennoch in Deutschland bleiben dürfen - weil sie glaubhaft machen können, dass ihnen in ihren Herkunftsländern ernsthafter Schaden droht. Dies traf bisher nur auf einen kleinen Kreis von Flüchtlingen zu, in diesem Jahr auf etwa 1400 Personen.

Flüchtlinge aus Syrien erhalten bisher in fast allen Fällen sogenannten primären Schutz - zumeist eine Rechtsstellung als Flüchtling nach dem Asylverfahrensgesetz und damit das Recht auf einen Aufenthalt für zunächst drei Jahre sowie auf Familiennachzug.

Innenminister de Maizière rudert zurück <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/thomas-de-maiziere-rudert-in-asylpolitik-zurueck-a-1061623.html>

Im August wurden insgesamt 55.600 Asylanträge von syrischen Staatsbürgern entschieden, hatte die "FAZ" unter Berufung auf Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) gemeldet. 38.650 erhielten demnach eine Rechtsstellung als Flüchtling, lediglich 53 den niedrigrangigeren subsidiären Schutz.

Überraschung im Kanzleramt

Wie das Bundesinnenministerium dazu kam, die bisherige Regelung für syrische Asylbewerber ändern zu wollen - was eine deutliche Änderung der bisherigen deutschen Flüchtlingspolitik bedeutet hätte - können wohl nur der Innenminister selbst, sein engstes Umfeld und seine Sprecher aufklären. Bis das geschieht, lässt sich über die Genese nur spekulieren.

Zu hören ist jedenfalls, dass die Ankündigung des Innenministeriums, die zunächst die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) berichtet hatte, in der Bundesregierung für große Überraschung sorgte. So heißt es aus SPD-Kreisen der Koalition, dies sei mit niemandem abgesprochen gewesen - auch nicht mit dem Kanzleramt. Dort zeigte man sich dem Vernehmen nach überrascht über de Maizières Ankündigung.

Im Laufe des Abends wurde in der Bundesregierung dann offenbar eifrig hin und her telefoniert, eine direkte Kontaktaufnahme mit dem Innenminister scheiterte aber zunächst offenbar, weil sich dieser noch auf dem Rückflug aus Albanien befand. Nach der Landung gelang es dann, de Maizière dazu bringen, die Ankündigung zu korrigieren.

Da der Innenminister diese zuvor in Tirana gegenüber dem "Deutschlandradio" selbst bestätigt und erläutert hatte, scheint es ausgeschlossen, dass der Vorstoß ein Versehen war. Denkbar ist dann eigentlich nur, dass der Innenminister eigenmächtig agierte - was allerdings einen Vertrauensbruch gegenüber Regierungschefin Angela Merkel und ihrem Kanzleramtschef Peter Altmaier, dem Flüchtlingskoordinator der Koalition bedeuten würde.

Oder, so eine andere mögliche Erklärung, der Innenminister wurde von der Union losgeschickt, um eine Art Testballon zu starten und die Reaktion der SPD abzuwarten. Dagegen spricht, dass de Maizière für solcherlei Spielereien nicht der Typ ist - genauso wenig die Kanzlerin.

Auch wenn man den Vorgang als Posse abtun mag - dafür ist die Lage viel zu ernst. Und Teile der Bevölkerung sind ohnehin schon verunsichert, was durch solche Zickzack-Kommunikation noch verstärkt wird.

flo/mka

Load-Date: November 7, 2015

[Orbán droht mit Zaun auch an Grenze zu Kroatien;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-orban-droht-mit-zaun-an-grenze-zu-kroatien-a-1051347.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-orban-droht-mit-zaun-an-grenze-zu-kroatien-a-1051347.html)

SPIEGEL ONLINE

03. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 452 words

Byline: als/dpa/Reuters

Highlight: Ungarns Premier Orbán will auch einen Stacheldrahtzaun an der Grenze zu Kroatien errichten, wenn von dort noch mehr Flüchtlinge einreisen sollten. Er wolle keine große Zahl Muslime im Land haben, ätzte der Rechtskonservative.

Body

Jeden Tag kommen Tausende weitere Flüchtlinge über die serbische Grenze nach Ungarn - trotz des umstrittenen neuen 175 Kilometer langen und vier Meter hohen Stacheldrahtzauns . Der rechtskonservative Ministerpräsident Viktor Orbán drohte am Donnerstagabend nun mit einer weiteren Barriere - diesmal an der Grenze zu Kroatien.

Sollten weitere Flüchtlinge versuchen, von Kroatien aus ins Land zu kommen, würde Ungarn auch hier einen Zaun errichten, sagte Orbán. Er wolle "keine große Zahl Muslime" im Land haben.

Orbán war in Brüssel, um bei der EU um Hilfe in der Migrationskrise zu bitten. Er sagte, dass er über eine Quotenregelung innerhalb der EU nachdenken würde, wenn er einen Vorschlag erhalte. Kanzlerin Merkel und Frankreichs Staatschef Hollande hatten am Donnerstag einen gemeinsamen Vorstoß für eine verbindliche Quotenregelung zur Verteilung von Flüchtlingen angekündigt.

Von Deutschland verlangte Orbán erneut eine Klarstellung zum Umgang mit Flüchtlingen aus Syrien. Es gebe "einen Konflikt zwischen Ungarn und Deutschland" in der Frage, sagte er. Äußerungen aus Deutschland, dass Syrer auch in der Bundesrepublik Asyl beantragen könnten und nicht mehr in den Ankunftsstaaten in der EU, sei von den Flüchtlingen als Einladung verstanden worden. Diese "Kommunikationsfehler" hätten eine unmögliche Situation in Ungarn geschaffen.

"Wenn Deutschland sie wirklich eingeladen hat, sollte Deutschland ein Visum ausstellen, und wenn sie in Besitz eines Visums sind, werden wir sie gehen lassen", sagte Orban. Ungarn halte sich bislang an die Regel, dass kein Flüchtling ausreisen dürfe, ohne dass er vorher registriert worden sei. Viele Syrer verweigerten aber die Registrierung in Ungarn, weil sie nach Deutschland weiterreisen wollten.

Orbán droht mit Zaun auch an Grenze zu Kroatien <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ungarn-orban-droht-mit-zaun-an-grenze-zu-kroatien-a-1051347.html>

Merkel sagte, dies sei ein "Problem, was uns alle in Europa angeht". Auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) forderte von Orbán mehr Solidarität in der Flüchtlingskrise. Den Zustrom von Flüchtlingen als "deutsches Problem" zu bezeichnen, sei "völliger Unsinn". Er rate, mit den gegenseitigen Schuldzuweisungen aufzuhören. "Ich erwarte von uns in allen 28 europäischen Mitgliedsländern, dass wir zusammenarbeiten."

Das Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (Bamf) hatte in der vergangenen Woche erklärt, das sogenannte Dublin-Verfahren für Syrien-Flüchtlinge sei ausgesetzt. Laut Dublin müssen Flüchtlinge normalerweise in dem EU-Land einen Asylantrag stellen, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten. Nach der geänderten deutschen Praxis werden Syrer nun nicht mehr in diese Ankunftsländer zurückgeschickt, sondern können in Deutschland Asyl beantragen.

Im Video: Chaotische Szenen am Budapester Bahnhof

als/dpa/Reuters

Load-Date: September 4, 2015

End of Document

Rund 55.000 Asylbewerber verlassen Deutschland freiwillig

SPIEGEL ONLINE

28. Dezember 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 304 words

Byline: Maximilian Rau

Highlight: Die meisten stammen vom Westbalkan: So viele Asylbewerber und Migranten wie seit 16 Jahren nicht mehr sind 2016 laut einem Medienbericht in ihre Heimat zurückgekehrt.

Body

Rund 55.000 Asylbewerber und Migranten sollen Deutschland im Jahr 2016 freiwillig in Richtung ihrer Heimatländer verlassen haben. Es wäre der höchste Stand seit 16 Jahren. Das berichtet die "Süddeutsche Zeitung" unter Berufung auf eine Schätzung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf). Die Bundesrepublik fördert die freiwillige Rückkehr finanziell (lesen Sie im Überblick, wer wie viel Geld bekommen kann).

Die meisten Rückkehrer stammen demnach wie schon 2015 vom Westbalkan ; sie waren ohne ernsthafte Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht in Deutschland und dürften durch die freiwillige Rückkehr ihrer Abschiebung zuvorgekommen sein.

Allein 15.000 Menschen seien bis November nach Albanien zurückgekehrt, heißt es in dem "SZ"-Bericht. Das sei mit Abstand die größte Gruppe in diesem Jahr. Auf den folgenden Plätzen lägen mit jeweils gut 5000 Rückkehrern Serbien, der Irak und Kosovo. Vor allem nach Afghanistan, Iran und in den Irak habe sich die Anzahl der Rückkehrer in diesem Jahr deutlich erhöht: Nach Afghanistan etwa reisten demnach bis November mehr als 3200 Menschen freiwillig zurück - gut zehnmal mehr als im Vorjahr. Die Anzahl der Abschiebungen war den Angaben zufolge mit geschätzt 25.000 in diesem Jahr nicht einmal halb so hoch wie die der freiwilligen Rückreisen.

Entscheidet sich etwa eine fünfköpfige Familie vor Zustellung des negativen Asylbescheids zur Rückkehr, kann sie laut "Süddeutscher Zeitung" rund 4200 Euro erhalten - zusätzlich zur Grundförderung. Die beinhalte Reisekosten, ein Reisetaschengeld sowie eine einfache Starthilfe, die - je nach Land und Alter der Kinder - bei etwa 1000 bis 3000 Euro liegen kann. Die Bundesregierung will die freiwillige Rückkehr noch stärker fördern und im kommenden Jahr ein neues Programm auflegen.

max/AFP

Load-Date: December 28, 2016

Rund 55.000 Asylbewerber verlassen Deutschland freiwillig

End of Document

EU will "echten Abschreckungseffekt produzieren";
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/gegen-fluechtlinge-eu-will-echten-abschreckungseffekt-produzieren-a-1024749.html>

SPIEGEL ONLINE

21. März 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 225 words

Highlight: Mehrere EU-Staaten verfolgen eine neue Politik gegen Bootsflüchtlinge. Nach SPIEGEL-Informationen wollen Berlin, Rom, Paris und Madrid verhindern, dass Asylsuchende europäischen Boden erreichen. Ägypten und Tunesien sollen dabei helfen.

Body

Hamburg - Die großen Mitgliedstaaten der EU wollen Flüchtlinge, die versuchen, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, davon abhalten. Sie sollen gar nicht erst europäischen Boden erreichen. Das geht aus einem Dokument hervor, das die italienische Regierung mit Deutschland, Frankreich und Spanien abgestimmt hat.

Die Italiener schlagen vor, nichteuropäische Staaten wie Ägypten und Tunesien an der Rettung von Bootsflüchtlingen zu beteiligen. "Drittstaaten können aufgrund der geografischen Nähe schneller und effektiver intervenieren", um Flüchtlinge zu retten und humanitäre Tragödien zu verhindern. (Diese Meldung stammt aus dem SPIEGEL. Den neuen SPIEGEL finden Sie hier.)

Allerdings haben die Initiatoren nicht nur uneigennützige Ziele. Die ägyptischen oder tunesischen Marineeinheiten sollen die Migranten "in ihre eigenen Häfen" an der nordafrikanischen Küste bringen. Die EU solle Ägypten und Tunesien auch bei der "Rückführung der irregulären Migranten in ihre Herkunftsländer" helfen. Ein solches Vorgehen würde, so heißt es in dem Dokument, "einen echten Abschreckungseffekt produzieren".

Die Grünen-Europaabgeordnete Ska Keller kritisiert, die Mitgliedstaaten wollten sich "um jeden Preis von ihrer Verantwortung für Flüchtlinge freikaufen". Ägypten und Tunesien seien keine sicheren Länder für Flüchtlinge.

Load-Date: April 18, 2015

[Regierung rechnet mit steigenden Flüchtlingszahlen aus Afghanistan;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-regierung-fuerchtet-afghanischen-exodus-a-1057336.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-regierung-fuerchtet-afghanischen-exodus-a-1057336.html)

SPIEGEL ONLINE

12. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 1046 words

Byline: Matthias Gebauer

Highlight: Bereits jetzt verlassen nach SPIEGEL-ONLINE-Informationen jeden Monat bis zu hunderttausend Menschen ihre Heimat am Hindukusch. Die Besetzung von Kunduz durch die Taliban wird den Exodus noch verstärken.

Body

Die Bundesregierung fürchtet wegen der Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan einen drastischen Anstieg der Flüchtlingszahlen. Einem vertraulichen Lagebild deutscher Sicherheitsbehörden zufolge verlassen schon jetzt monatlich etwa 100.000 Afghanen ihre Heimat, das sind 30.000 mehr als in den vergangenen Monaten.

"Die kurzzeitige Eroberung der Provinzhauptstadt Kunduz durch die Taliban könnte dazu führen, dass noch mehr afghanische Staatsangehörige eine Migration in Betracht ziehen", heißt es nach SPIEGEL-ONLINE-Informationen nun in dem sogenannten Gasim-Bericht.

Der Bericht des Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrum Illegale Migration (Gasim) schildert regelmäßig neue Entwicklungen in der Flüchtlingskrise. An dem Zentrum sind die Bundespolizei, das Auswärtige Amt, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf), der Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt und der Bundesnachrichtendienst beteiligt.

Unter den Flüchtlingen sind bereits sehr viele Afghanen: Die Zahl der illegal nach Deutschland Eingereisten habe sich in den ersten acht Monaten 2015 im Vergleich zum Vorjahr verachtfacht, heißt es in dem Papier. Im laufenden Jahr wurden demnach bis Ende September in Deutschland rund 52.000 Flüchtlinge aus Afghanistan registriert. Damit sei das Land hinter Syrien und Irak das "drittzugangsstärkste Herkunftsland". Es sei davon auszugehen, dass Afghanistan als "Herkunftsland illegaler Migration" für Deutschland von "herausragender Bedeutung" bleiben werde.

Bis zu 7000 neue Pässe pro Tag

Die Sorge vor dem sogenannten Kunduz-Effekt teilt nach Informationen von SPIEGEL ONLINE auch die Bundeswehr. Wegen der tagelangen Besetzung der Provinzmetropole durch die Taliban, warnt ein internes Papier, werde das Vertrauen der Afghanen in die eigenen Sicherheitskräfte "weiter sinken und

Regierung rechnet mit steigenden Flüchtlingszahlen aus Afghanistan
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-regierung-fuerchtet-afghanischen-exod...>

Abwanderungsbewegungen - nicht nur aus Kunduz - nochmals zunehmen". Von einer verheerenden Signalwirkung ist die Rede. Schon jetzt, so eine bisher nicht veröffentlichte Nato-Umfrage unter Tausenden Afghanen, fühle sich nur noch jeder Fünfte in Nordafghanistan sicher, in der Hauptstadt Kabul sei es jeder Vierte.

Als Beleg für die Fluchtplanungen führt das Gasim-Papier zudem an, dass derzeit rund eine Million Afghanen auf ihre bereits beantragten Pässe warten - viele von ihnen würden vermutlich anschließend den gefährlichen Weg nach Europa wagen. In Kabul bestätigte der Leiter der Passstelle SPIEGEL ONLINE diesen Trend. "Die Zahlen der Anträge auf einen Pass haben sich seit 2014 versiebenfacht", sagt Omar Saabor. Er bestätigte, dass seine Behörde bis zu 7000 neue Pässe pro Tag ausstelle. "Die meisten der Menschen hier wollen sich mit dem Pass auf die Suche nach einem guten Leben außerhalb Afghanistans machen", so Saabor.

Die beliebteste Fluchtroute führt laut Gasim-Bericht über den Iran und die Türkei zunächst nach Griechenland. 90 Prozent der Afghanen überquerten dabei die Ägäis. Von Griechenland aus bewegten sich die Flüchtlinge sodann vor allem entlang der E 70 nach Mazedonien, Serbien und Kroatien. Sobald Grenzzäune errichtet würden, suchten sich die Menschen neue Routen Richtung Norden, heißt es in dem Dokument. In Sicherheitskreisen wird diese Ausweichbewegung "Wasserbetteffekt" genannt.

Merkel? "Mutter der Flüchtlinge"

Zu denen, die sich aus Afghanistan auf den Weg nach Europa machen, gehört dem Bericht zufolge inzwischen auch eine "beachtliche Gruppe" von Familienverbänden aus der Mittelschicht. Sie hätten häufig für die internationale Koalition gearbeitet und brächen nun zumeist mit dem Flugzeug in die Türkei auf. Diese Route ist natürlich ungefährlicher, hat allerdings auch ihren Preis. Allein ein Visum für die Türkei kostet auf dem Schwarzmarkt rund 6000 Dollar, wohlgerneht ohne die Organisation der Weiterreise von dort nach Europa.

Dennoch ist der Auszug der Afghanen kaum noch aufzuhalten. Der Analyse zufolge hat sich am Hindukusch das Gerücht verbreitet, Deutschland stelle bis zu 800.000 Einwanderungsplätze für Afghanen bereit und habe das sogenannte Dublin-II-Verfahren ausgesetzt. In der Verordnung ist geregelt, dass Flüchtlinge nur in einem EU-Mitgliedstaat Asyl beantragen können. Üblicherweise handelte es sich dabei um die Länder an den Außengrenzen der Union.

Angela Merkel trägt unter Afghanen derzeit den Spitznamen "Mutter der Flüchtlinge", sie wird regelrecht als Heldin gefeiert.

Die Deutsche Botschaft in Kabul müht sich seit Wochen, die Afghanen mittels Aufklärung von der Flucht abzuhalten. Botschafter Markus Protzel berichtet ständig im lokalen Fernsehen, dass nur ein Teil der Afghanen überhaupt eine Chance auf Asyl in Deutschland hat. Die meisten Fluchtwilligen allerdings trauen den Bildern aus Deutschland mehr als langen Erklärungen - und die Bilder zeigen weiter eine überwältigende Willkommenskultur.

Tatsächlich wurden dem Gasim-Report zufolge von Januar bis August 2015 lediglich 120 Abschiebungen nach Afghanistan veranlasst. Das waren demnach 45 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. "Sowohl die ungünstigen Flugverbindungen, als auch die weiterhin unzureichende Sicherheitslage lassen die Bundesländer von Rückführungen dorthin Abstand nehmen", schreiben die Verfasser des Berichts. Allerdings erhält demnach noch nicht einmal jeder zweite Flüchtling aus Afghanistan schließlich Asyl in Deutschland. Die Schutzquote beträgt laut Bamf aktuell nur 43 Prozent, die übrigen Menschen müssten eigentlich zurück.

Die Prognose der Experten für das Land, das mehr als 13 Jahre durch einen der größten Militäreinsätze der jüngeren Geschichte stabilisiert werden sollte, fällt wenig optimistisch aus: "Als Hauptursache für den deutlichen Anstieg der Asylantragszahlen und der polizeilichen Feststellungen bei afghanischen Staatsangehörigen sind die sich zunehmend verschlechternde Sicherheitslage und eine anhaltend schlechte wirtschaftliche Entwicklung in Afghanistan anzusehen", heißt es in dem Bericht.

Zusammengefasst: Die Bundesregierung rechnet mit immer mehr Flüchtlingen aus Afghanistan. Wie aus einem vertraulichen Lagebericht der Sicherheitsbehörden hervorgeht, verlassen schon jetzt etwa 100.000 Afghanen

Regierung rechnet mit steigenden Flüchtlingszahlen aus Afghanistan
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlingskrise-regierung-fuerchtet-afghanischen-exod...>

monatlich ihre Heimat, Tendenz steigend. Die kurzzeitige Eroberung von Kunduz durch die Taliban könnte den afghanischen Exodus zusätzlich beschleunigen.

Load-Date: October 19, 2015

End of Document

[Weise spricht von "schwerem Konflikt" in Flüchtlingsbehörde;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frank-juergen-weise-spricht-von-schwerem-konflikt-im-bamf-a-1083002.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frank-juergen-weise-spricht-von-schwerem-konflikt-im-bamf-a-1083002.html)

SPIEGEL ONLINE

18. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 311 words

Highlight: 12:14:00 In der **Migrationsbehörde** Bamf gibt es heftigen Streit. Nach Informationen des SPIEGEL kritisiert der Personalrat, dass Neueinstellungen zu schnell erfolgten - vielen Kandidaten musste wieder gekündigt werden. Chef Weise ist verärgert.

Body

In einem internen Schreiben erhebt der Personalrat des Bundesamts für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) nach Informationen des SPIEGEL massive Vorwürfe gegen die Amtsleitung um Frank-Jürgen Weise. Bei "Turbo-Einstellungsverfahren" von mehreren Hundert Mitarbeitern seien "gesetzliche Vorgaben und dringend notwendige Qualitätsstandards vorsätzlich außer Acht gelassen" worden.

Als Folge habe es "zahlreiche Kündigungen während der Probezeit seit Anfang März" gegeben, etwa "wegen Einträgen in das polizeiliche Führungszeugnis, ungebührlichen Verhaltens gegenüber Asylbewerbern, fehlender IT-Kenntnisse, Korruptionsgefährdung oder mangelnder Beherrschung der deutschen Sprache".

Das Bamf räumte auf Anfrage ein, dass es in den vergangenen Wochen 70 Kündigungen während der Probezeit gab, in den meisten Fällen hätten sich die Bewerber als nicht geeignet herausgestellt. Aufgrund der zügigen Neueinstellungen könne diese Quote höher liegen als üblich. Das kritisierte Auswahlverfahren sei inzwischen angepasst geworden, "um weitere Auseinandersetzungen mit dem Personalrat zu vermeiden".

Das Bamf hat sein Personal zuletzt deutlich aufgestockt, auf inzwischen 5900 Mitarbeiter. Der Personalrat der Behörde hat beim Verwaltungsgericht Ansbach mehrere Klagen gegen die Hausspitze eingereicht.

Weise wollte sich zu dem Streit nicht im Detail äußern. Er räumte aber ein, dass es "einen schweren Konflikt" im Amt gebe. Er sei empört, dass der Personalrat vor Gericht ziehe, anstatt Probleme intern zu klären. "In einer so schwierigen Situation kann man nicht seine eigenen Befindlichkeiten in den Mittelpunkt rücken", sagte Weise.

Zuletzt war die Quote der bewilligten Asylanträge gestiegen. Trotzdem ist der Berg der unbearbeiteten Fälle noch größer geworden: Ende Februar stapelten sich beim Bamf rund 393.000 unerledigte Anträge, Ende Januar waren es knapp 372.000.

Weise spricht von "schwerem Konflikt" in Flüchtlingsbehörde <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frank-juergen-weise-spricht-von-schwerem-konflikt-im-bamf-....>

Load-Date: March 18, 2016

End of Document

[Asylentscheidung binnen Tagen statt Monaten;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-in-heidelberg-
asylentscheidung-binnen-tagen-statt-monaten-a-1068682.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-in-heidelberg-asylentscheidung-binnen-tagen-statt-monaten-a-1068682.html)

SPIEGEL ONLINE

18. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 347 words

Byline: sun/dpa

Highlight: Flüchtlinge müssen oft monatelang auf ihren Asylentscheid warten. Das zuständige Bundesamt testet in Heidelberg ein neues Verfahren: Einfache Fälle sollen in ein bis zwei Tagen entschieden sein.

Body

Flüchtlinge in Heidelberg sollen künftig innerhalb weniger Tage ihren Asylbescheid bekommen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) stellte am Freitag ein Pilotprojekt zur Beschleunigung der Asylverfahren vor, die derzeit oft Monate dauern. Ziel sei, über einfache Fälle innerhalb von 24 bis 48 Stunden zu entscheiden, sagte Bamf-Leiter Frank-Jürgen Weise.

Bei dem Modellprojekt zur Beschleunigung der Asylverfahren werden die Anträge nach Erfolgsaussicht in Gruppen eingeteilt, wie Weise erläuterte. Über Ersuchen von Flüchtlingen mit sehr guter oder sehr schlechter Bleibeperspektive soll direkt entschieden werden, teils sogar noch am selben Tag. Komplexere Fälle werden gesondert geprüft, der Zeitaufwand ist hier höher.

Im November waren bundesweit knapp 356.000 Asylverfahren noch nicht entschieden. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer liegt derzeit bei rund fünf Monaten. Die Arbeit des Bamf wurde in der Vergangenheit wiederholt als ineffizient kritisiert. Bamf-Leiter Weise räumte ein, dass es Verbesserungen geben müsse, verteidigte aber seine Mitarbeiter gegen die Kritik.

Flüchtlingsausweis zuerst in Heidelberg

Mitte Januar sollen die ersten Flüchtlinge in Heidelberg noch vor der bundesweiten Einführung den neuen Flüchtlingsausweis, den sogenannten Ankunftsnachweis erhalten. Das kündigte der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Klaus Vitt, an. Ab Februar sei dann die schrittweise bundesweite Einführung geplant.

Mit dem einheitlichen Ausweis für alle Flüchtlinge will die Bundesregierung die Registrierung von Schutzsuchenden vereinfachen und den Datenaustausch der zuständigen Behörden verbessern. Ohne Ausweis soll es keine Leistungen und auch kein Asylverfahren mehr geben.

Asylentscheidung binnen Tagen statt Monaten <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-in-heidelberg-asylentscheidung-binnen-tagen-statt-monaten-a-1068682.h....>

Der Ausweis basiert auf einem einheitlichen Datenerfassungssystem, das derzeit aufgebaut wird, wie Vitt sagte. Dort werden neben Personalien und Fingerabdrücken der Flüchtlinge auch Angaben über Ausbildung und Qualifikation und die Religionszugehörigkeit erfasst. Die Daten können von verschiedenen Behörden abgerufen werden.

sun/dpa

Load-Date: December 24, 2015

End of Document

[Arbeitsagentur-Chef Weise soll Flüchtlingsbehörde leiten;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-arbeitsagentur-chef-weise-soll-fluechtlingsbehoerde-leiten-a-1053686.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-arbeitsagentur-chef-weise-soll-fluechtlingsbehoerde-leiten-a-1053686.html)

SPIEGEL ONLINE

18. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 275 words

Byline: als/dpa/AFP/Reuters

Highlight: Innenminister Thomas de Maizière hat einen neuen Präsidenten der **Flüchtlingsbehörde** Bamf ernannt: Frank-Jürgen Weise, Chef der Bundesagentur für Arbeit, wird Nachfolger des zurückgetretenen Manfred Schmidt.

Body

Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) hat einen neuen Leiter: Der Chef der Bundesanstalt für Arbeit (BA) Frank-Jürgen Weise soll neuer Präsident des Bamf werden. Das gab Bundesinnenminister Thomas de Maizière am Freitag bekannt. Weise habe zugestimmt, beide Aufgaben gleichzeitig zu übernehmen.

Er ist damit Nachfolger von Manfred Schmidt. Schmidt hatte am Donnerstag sein Rücktritt erklärt und dies mit "persönlichen Gründen" begründet. Das Bundesamt war wiederholt kritisiert worden, weil die Beschleunigung von Asylverfahren nur schleppend vorankommt.

Um die hohe Zahl von Asylanträgen zu bewältigen, hatte die Bundesregierung das Bamf in den vergangenen Monaten wiederholt personell verstärkt. Weitere erhebliche Aufstockungen sind geplant, auch durch Abordnungen vom Zoll und weiteren Behörden sowie durch die Reaktivierung von Beamten im Ruhestand. Trotzdem ging aber der Rückstau unbearbeiteter Asylanträge nicht zurück, sondern wächst immer weiter an.

Dem Bamf wird aber auch vorgeworfen, mit einem Tweet Ende August verantwortlich dafür zu sein, dass sich der Zustrom von Flüchtlingen massiv verstärkt hatte. Das Bamf hatte damals intern entschieden, dass syrische Asylbewerber die in anderen Ländern registriert wurden, entgegen der Dublin-Regeln vorerst nicht zurückgeschickt werden. Dies war von vielen Flüchtlingen als Signal gewertet worden, dass sie in Deutschland vor Abschiebung sicher seien.

Der 63-Jährige Weise arbeitete vor seinem Wechsel zur BA auch lange in der Wirtschaft und viele Jahre bei der Bundeswehr. Er steht nun vor einer seiner größten beruflichen Herausforderungen.

als/dpa/AFP/Reuters

Load-Date: September 18, 2015

Arbeitsagentur-Chef Weise soll Flüchtlingsbehörde leiten [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-arbeitsagentur-chef-weise-soll-fluechtlingsbehoerde-leit....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-arbeitsagentur-chef-weise-soll-fluechtlingsbehoerde-leit...)

End of Document

**Nur wenige Flüchtlinge dürfen arbeiten;
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-erhalten-nur-selten-arbeitsgenehmigungen-a-1056959.html>**

SPIEGEL ONLINE

09. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 249 words

Byline: kev/dpa

Highlight: Hunderttausende **Flüchtlinge** kommen nach Deutschland. Wie sollen sie integriert werden? Arbeit wäre ein Schlüssel, heißt es oft. Doch laut einem Medienbericht bekommt nur ein Bruchteil der Hilfesuchenden eine Arbeitsgenehmigung.

Body

Der Bund erwartet nach offizieller Prognose bis zum Jahresende insgesamt 800.000 **Asylbewerber**. Seit Januar haben einem Zeitungsbericht zufolge aber erst 17.401 **Flüchtlinge** in Deutschland eine Arbeitsgenehmigung erhalten. In 9581 Fällen habe die Bundesagentur für Arbeit (BA) eine Beschäftigungserlaubnis verweigert, berichtete die "Passauer Neue Presse" unter Berufung auf eine Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion. Die Zahl der erwerbsfähigen **Asylbewerber** und geduldeten **Flüchtlinge** in Deutschland beziffert die Bundesregierung demnach auf 310.741 (August 2015).

Arbeitsplätze für Migranten mit hoher Bleibechance gelten als wichtige Voraussetzung für die Integration der Hilfesuchenden. Asylbewerber dürfen jedoch während der ersten drei Monate gar nicht in Deutschland arbeiten. Erst nach 15 Monaten fällt zudem die "Vorrangprüfung": Steht in dieser Zeit ein Deutscher oder ein EU-Bürger für den Job zur Verfügung, bekommen Asylbewerber keine Beschäftigungserlaubnis.

Die Arbeitgeber fordern eine Verkürzung dieser Fristen - denn der Bedarf an Arbeitskräften sei groß. Allerdings haben die Betroffenen auch aus anderen Gründen oft Schwierigkeiten, einen Job zu finden. So fehlen ihnen oft in Deutschland anerkannte Qualifikationen und Abschlüsse. Die stellvertretende Vorsitzende der Linke-Fraktion, Sabine Zimmermann, sagte der Zeitung: "Flüchtlinge dürfen nicht vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen oder als billige Arbeitskräfte missbraucht werden.

kev/dpa

Load-Date: October 9, 2015

Nur wenige Flüchtlinge dürfen arbeiten <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-erhalten-nur-selten-arbeitsgenehmigungen-a-1056959.html>

End of Document

[Weise will 3000 neue Mitarbeiter für Asylbehörde;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frank-juergen-weise-will-3000-
neue-mitarbeiter-fuer-asylbehoerde-a-1054642.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frank-juergen-weise-will-3000-neue-mitarbeiter-fuer-asylbehoerde-a-1054642.html)

SPIEGEL ONLINE

24. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 277 words

Byline: anr/Reuters

Highlight: Frank-Jürgen Weise, seit Kurzem Chef der Asylbehörde Bamf, prescht vor: Er will 1000 Leute mehr einstellen, als sein Vorgänger genehmigt bekommen hat. Er weiß auch schon, wo er die neuen Mitarbeiter rekrutieren will.

Body

Asylanträge in Deutschland müssen schneller bearbeitet werden, nur so kann das Land auf Dauer die Flüchtlingskrise bewältigen. Das ist mittlerweile Konsens in der deutschen Politik.

Und der neue Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Frank-Jürgen Weise, will sich nicht mit den bisherigen Versprechungen zu mehr Stellen in der Behörde zufrieden geben. Er benötige 3000 neue Mitarbeiter, sagte Weise, der auch Vorstandschef der Bundesagentur für Arbeit ist, am Abend nach Angaben eines Teilnehmers beim Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt. Die neuen Leute für die Asylbehörde wolle er aus der Bundesagentur für Arbeit rekrutieren - damit würde sich die Mitarbeiterzahl im Bamf von derzeit rund 3300 auf 6300 erhöhen.

Der bisherige Bamf-Präsident Manfred Schmidt war in der vergangenen Woche "aus persönlichen Gründen" zurückgetreten. In den Tagen zuvor war die Kritik an seiner Behörde immer schärfer geworden, weil es im Schnitt mehr als fünf Monate dauert, bis die Behörden darüber entscheiden, ob ein Asylbewerber in Deutschland Schutz gewährt bekommt. Das bedeutet, dass die Länder die Flüchtlinge für lange Zeit unterbringen müssen, obwohl die Anträge eines beträchtlichen Teils der Menschen - in erster Linie von Asylbewerbern aus den Balkanländern - abgelehnt werden.

Würde die Bearbeitung rascher gehen und müssten die abgelehnten Asylbewerber dadurch schneller das Land verlassen, gäbe es mehr Platz in den Erstaufnahmelagern für neue Flüchtlinge.

Schmidt hatte daher stets von 1000 neuen Stellen bis Ende 2015 und 1000 weiteren für 2016 gesprochen. Anscheinend gibt es aber erhebliche Probleme, geeignete Kandidaten zu finden.

anr/Reuters

Weise will 3000 neue Mitarbeiter für Asylbehörde <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frank-juergen-weise-will-3000-neue-mitarbeiter-fuer-asylbehoerde-a-10....>

Load-Date: September 25, 2015

End of Document

**[Bayern meldet millionsten Flüchtling in Deutschland;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bayern-registriert-
millionsten-asylsuchenden-in-deutschland-a-1066748.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bayern-registriert-millionsten-asylsuchenden-in-deutschland-a-1066748.html)**

SPIEGEL ONLINE

08. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 328 words

Byline: syd/hen/dpa

Highlight: In Deutschland ist nach Angaben der bayerischen Regierung der millionste **Flüchtling** seit Jahresanfang registriert worden. Die Prognosen der Bundesregierung wurden damit deutlich übertroffen.

Body

343 Tage ist dieses Jahr alt. Im Schnitt sind an jedem dieser Tage mehr als 2900 **Flüchtlinge** nach Deutschland gekommen. Am Dienstag ist der millionste **Asylsuchende** in der Bundesrepublik im sogenannten Easy-System registriert worden. Das teilte Bayerns Sozialministerin Emilia Müller mit.

Damit sind die Prognosen der Bundesregierung weit übertroffen worden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière hatte ursprünglich eine Zahl von 800.000 Asylbewerbern bis zum Jahresende vorausgesagt. "Sie ist übertroffen worden wegen der besonders steigenden Zahlen seit Mitte August", sagte der CDU-Politiker bereits am Montag.

Das Easy-System ist eine IT-Anwendung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) zur Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer. Trotzdem wollte die Nürnberger Behörde die Zahl von einer Million Flüchtlingen nicht bestätigen. Tagesaktuelle Zahlen lägen dem Bamf nicht vor, teilte eine Sprecherin mit.

Eine Sprecherin des bayerischen Sozialministeriums sagte dagegen auf Nachfrage, dass die Registrierung von deutschlandweit insgesamt einer Million Asylsuchenden seit Jahresbeginn aus dem vom Bamf betriebenen Easy-System hervorgehe. Das Ministerium habe zwar keinen Einblick auf einzelne Asylbewerber, könne aber in dem System die Gesamtzahl der registrierten Flüchtlinge abrufen.

Wie genau ist das Easy-System?

Unter Fachleuten ist umstritten, wie genau das Easy-System die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland widerspiegelt. Manche Experten gehen davon aus, dass die tatsächlichen Zahlen noch höher sind, da es wegen der Überlastung der Behörden inzwischen Wochen dauern kann, bis ein Flüchtling registriert wird. Andere glauben, dass die Zahlen niedriger sind, da Mehrfachregistrierungen ebenfalls vorkommen.

Bayern meldet millionsten Flüchtling in Deutschland <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-bayern-registriert-millionsten-asylsuchenden-in-deuts....>

Außerdem bleiben nicht alle Flüchtlinge, die sich in Deutschland registrieren lassen, in der Bundesrepublik. Viele reisen weiter in andere Länder, besonders nach Skandinavien.

syd/hen/dpa

Load-Date: December 24, 2015

End of Document

**"Montag bis Freitag - das geht in diesen Zeiten nicht mehr";
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-malu-dreyer-fordert-mehr-einsatz-von-bamf-beamten-a-1066325.html>**

SPIEGEL ONLINE

06. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 256 words

Highlight: Die langen Asylverfahren verärgern die Bundesländer. Nun fordert auch die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer mehr Einsatz von den Beamten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

Body

Als Frank-Jürgen Weise am Freitag die Innenministerkonferenz besuchte, musste der neue Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) viel Kritik einstecken. Die Länder forderten flexiblere Arbeitsmodelle, damit Asylverfahren schneller bearbeitet werden können. Sogar im öffentlichen Dienst seien im Zweifelsfall mal Überstunden möglich, sagte etwa Lorenz Caffier (CDU), Innenminister aus Mecklenburg-Vorpommern.

Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer legte nun nach. In der "Bild am Sonntag" sprach sie von "Zuständen, die nicht tragbar sind". 40 Entscheider seien ihr vom Bamf zugesagt worden, bisher sind ihren Angaben zufolge nur etwas mehr als die Hälfte davon im Einsatz.

Dreyer verlangt von den Bamf-Beamten mehr Einsatz: "Dienst von Montag bis Freitag - das geht in diesen Zeiten nicht mehr. In den Kommunen und den Ländern arbeiten die Mitarbeiter im Schichtdienst, am Wochenende und kloppen Überstunden - das muss auch das Bamf leisten können."

Bundesinnenminister Thomas de Maizière, oberster Dienstherr des Bamf, wies die Kritik zurück. "Seit vielen Monaten arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes unter höchster Belastung", sagte der CDU-Politiker der "Bild am Sonntag". "Trotz dramatisch gestiegener Antragszahlen ist es ihnen gelungen, dass die durchschnittliche Verfahrensdauer trotzdem nicht gestiegen, sondern gesunken ist." Der Bundesinnenminister zeigte sich zuversichtlich, dass "die Verfahrensdauer in den nächsten Monaten nochmals deutlich verkürzt" wird.

Load-Date: December 24, 2015

**[Bamf-Mitarbeiter kritisieren eigene Behörde;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-mitarbeiter-werfen-eigener-behoerde-systemische-maengel-vor-a-1062585.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-mitarbeiter-werfen-eigener-behoerde-systemische-maengel-vor-a-1062585.html)**

SPIEGEL ONLINE

13. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 643 words

Byline: aar/dpa/AFP

Highlight: Asylverfahren seien nicht mehr rechtsstaatlich, Entscheider würden im "Hau-Ruck-Verfahren" ausgebildet: Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge haben in einem Brief ihre eigene Behörde heftig kritisiert. Die verteidigt sich.

Body

Bisher musste sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) vor allem gegen Kritik von außen verteidigen. Doch nun gibt es intern Ärger bei der Nürnberger Behörde: Die Mitarbeiter haben sich mit einem offenen Brief an Behördenleiter Frank-Jürgen Weise gewandt.

Die Hauptkritikpunkte der Personalvertretung: Der Verzicht auf eine Identitätsprüfung bei vielen Flüchtlingen sei mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht mehr vereinbar und öffne Terroristen Tür und Tor. Dazu kommen laut dem Schreiben eine viel zu schnelle Ausbildung der neuen Entscheider - Praktikanten entschieden inzwischen nach nur wenigen Tagen über menschliche Schicksale.

Der Brief wurde im Intranet der Behörde veröffentlicht und lag der Nachrichtenagentur dpa vor. Demnach heißt es darin unter anderem: Die beschleunigten schriftlichen Asylverfahren bei Syrern, Eritreern, manchen Irakern und Antragstellern vom Balkan wiesen "systemische Mängel" auf.

Die Identität der Menschen werde inzwischen faktisch nicht mehr geprüft. Das führe dazu, dass "ein hoher Anteil von Asylsuchenden" inzwischen eine falsche Identität angebe, um in Deutschland bleiben zu können und auch die Familie nachholen zu können.

Syrer - oder kein Syrer?

Laut Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) geben sich 30 Prozent der Asylsuchenden als Syrer aus, sind in Wahrheit aber keine. "Der Wegfall der Identitätsprüfung erleichtert zudem auch das Einsickern von Kämpfern der Terrormiliz IS nach Mitteleuropa und stellt ein erhöhtes Gefährdungspotenzial dar", warnen die Vertreter des Gesamtpersonalrats sowie des örtlichen Personalrats.

Bamf-Mitarbeiter kritisieren eigene Behörde <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bamf-mitarbeiter-werfen-eigener-behoerde-systemische-maengel-vor-a-1062585...>

Um in Deutschland als syrischer Flüchtling geführt zu werden, reiche es aus, in einem schriftlichen Fragebogen an der richtigen Stelle ein Kreuzchen zu machen. Dies müsse nur noch ein Dolmetscher bestätigen. Die wiederum seien aber in der Regel nicht auf die deutsche Rechtsordnung vereidigt und kämen häufig nicht einmal aus Syrien - daher könnten sie auch keine syrischen Dialekte unterscheiden, dabei sei das vom Bundesamt vorgegeben.

De facto werde diesen Dolmetschern alleine die Prüfung des Asylgesuchs überlassen, kritisieren die Bamf-Mitarbeiter - ohne, dass der Asylbewerber jemals ein Pass vorgelegt habe oder von einem Bamf-Entscheider angehört worden sei. In der Akte sei dann nur ein zweizeiliger Vermerk darüber enthalten, dass keine Hinweise vorliegen, dass es sich bei dem Antragsteller nicht um einen Syrer handelt. "Eine solche massenhaft praktizierte Entscheidungspraxis steht unseres Erachtens mit einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht im Einklang", heißt es in dem Brief.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Einarbeitung neuer Entscheider im "Hau-Ruck-Verfahren": Kollegen der Bundesagentur für Arbeit, Praktikanten und abgeordnete Mitarbeiter anderer Behörden würden "nach nur einer drei- bis achttägigen Einarbeitung als "Entscheider" eingesetzt und angehalten, massenhaft Bescheide zu erstellen". Offiziell gibt das Bamf die Einarbeitungszeit für Entscheider mit sechs Wochen an.

Die Behörde verteidigt sich

Das Bundesamt wies die Vorwürfe zurück. Die Identität der Antragsteller werde sehr wohl geprüft: Von allen Antragstellern würden Fotos gemacht und Fingerabdrücke genommen und die Daten unter anderem mit dem Bundeskriminalamt abgeglichen. Alle Honorardolmetscher würden zudem einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen und ihre Qualifikation geprüft. Die dreitägigen Schulungen hätten ausschließlich Kollegen betroffen, die früher viele Jahre als Entscheider im Einsatz gewesen seien und lediglich einer kurzen Auffrischung bedurft hätten.

Aus Behördenkreisen heißt es dennoch, die derzeitige Praxis der schnellen Stempel habe sogar noch weiter reichende Folgen: Die Vielzahl von "handwerklich schlecht gemachten Entscheidungen" werde im nächsten Schritt auch die Verwaltungsgerichte nahezu lahmlegen.

aar/dpa/AFP

Load-Date: November 13, 2015

**[In Finnland müssen mehr Menschen Flüchtlingssoli zahlen;
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlingshilfe-finnland-bittet-
gutverdiener-zur-kasse-a-1052361.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlingshilfe-finnland-bittet-gutverdiener-zur-kasse-a-1052361.html)**

SPIEGEL ONLINE

10. September 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

Length: 224 words

Byline: mka/Reuters

Highlight: Steuererhöhung und Solidaritätszuschlag: Finnland will seine Top-Verdiener stärker an den Kosten für Flüchtlinge beteiligen. Die Ausgaben für Migranten sollen 2015 um rund 114 Millionen Euro steigen.

Body

Die finnische Regierung plant eine Steuererhöhung. Grund dafür sind die Kosten für die wachsende Zahl von Flüchtlingen. Die Steuer auf Kapitalgewinne solle um einen Prozentpunkt erhöht werden, sagte Finanzminister Alexander Stubb am Donnerstag während einer Pressekonferenz. Wer mehr als 72.300 Euro im Jahr verdiene, solle zudem für zwei Jahre einen Solidaritätszuschlag zahlen. Bislang mussten das nur Gutverdiener ab einem Einkommen von 90.000 Euro.

Das etwa fünf Millionen Einwohner zählende Finnland erwartet in diesem Jahr 30.000 Asylanträge, mehr als sieben Mal so viel wie im vergangenen Jahr. Die Ausgaben für Migranten sollen in diesem Jahr um etwa 114 Million Euro steigen. Zuletzt hatte der finnische Premierminister Juha Sipilä angekündigt, Flüchtlinge in seinem eigenen Haus unterbringen zu wollen .

Finnland droht bereits das vierte Rezessionsjahr in Folge. Grund dafür ist die schwache Nachfrage aus Europa und Russland. Außerdem leidet das Land noch immer unter dem Niedergang des einst weltgrößten Handy-Herstellers Nokia. Um die Konjunktur wieder in Gang zu bringen, soll die Wettbewerbsfähigkeit durch eine Reduzierung der Feiertage gesteigert werden. Die Regierung plant für 2016 einen Haushalt von 54,1 Milliarden Euro. Die Ausgaben sollen die Einnahmen um rund fünf Milliarden Euro übertreffen.

mka/Reuters

Load-Date: September 11, 2015

Altmaier und Nahles nehmen Bamf-Mitarbeiter in Schutz;
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-peter-altmaier-nimmt-bamf-mitarbeiter-in-schutz-a-1066395.html>

SPIEGEL ONLINE

07. Dezember 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 578 words

Byline: aar/AFP/Reuters

Highlight: Asylverfahren dauern zu lange, die Arbeitszeiten sind nicht flexibel genug: Mit diesen Vorwürfen sieht sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge konfrontiert. Unterstützung kommt nun unter anderem von Peter Altmaier und Andrea Nahles.

Body

In der Auseinandersetzung um schnellere Asylverfahren hat unter anderem der Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung, Peter Altmaier, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) gegen Kritik verteidigt. Der neue Behördenchef Frank-Jürgen Weise sei jetzt einige Wochen im Amt, sagte Altmaier in der ARD-Sendung "Bericht aus Berlin". In dieser Zeit habe sich bereits "unglaublich viel bewegt". Die Bearbeitungszeiten seien verkürzt worden, es seien mehr Entscheidungen getroffen worden.

Angesichts dieser Entwicklung halte er es "nicht für zielführend, wenn - wer auch immer - glaubt, auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes politische Erklärungen abgeben zu müssen", sagte Altmaier.

Er reagierte damit auf teils massive Kritik am Bamf. So hatte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer mehr Einsatz von den Behördenmitarbeitern gefordert. "Dienst von Montag bis Freitag - das geht in diesen Zeiten nicht mehr", sagte die SPD-Politikerin der "Bild am Sonntag". Zuvor hatten bereits die Innenminister der Länder die Arbeitsweise der Bundesbehörde kritisiert und entschiedenere Schritte zur Beschleunigung der Asylverfahren gefordert. Sie regten an, beim Bamf über Schichtarbeit und Einsätze am Wochenende nachzudenken.

"Wir sollte nicht in ungerechtfertigte Kritik übergehen"

Arbeitsministerin Andrea Nahles zeigte Verständnis für die Ungeduld in den Ländern. Die lange Verfahrensdauer bei Asylanträgen werfe viele Probleme auf, sagte Nahles in der ZDF-Sendung "Berlin direkt". Sie mahnte aber: "Wir sollten jetzt alle miteinander nicht in ungerechtfertigte Kritik übergehen." Im Bamf werde mit Hochdruck gearbeitet, um die große Zahl von Verfahren abzuarbeiten, sagte Nahles. Sie verwies zudem auf zusätzliches Personal, das im Januar beim Bamf zum Einsatz kommen werde. Dann werde sich die Lage verbessern, sagte Nahles.

Altmaier und Nahles nehmen Bamf-Mitarbeiter in Schutz [http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-peter-altmaier-nimmt-bamf-mitarbeiter-in-schutz-a-1....](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-peter-altmaier-nimmt-bamf-mitarbeiter-in-schutz-a-1...)

Ähnlich hatte sich zuvor bereits Bundesinnenminister Thomas de Maizière, oberster Dienstherr des Bamf, geäußert: In der "Bild am Sonntag" zeigte er sich zuversichtlich, dass "die Verfahrensdauer in den nächsten Monaten nochmals deutlich verkürzt" wird.

Die Linke macht de Maizière für die Situation verantwortlich. Er trage die politische Verantwortung für die "dramatische personelle Unterausstattung" des Bamf, sagte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Ulla Jelpke. Die Innenminister müssten sich an die eigene Nase fassen, statt den Mitarbeitern der Behörde den Schwarzen Peter für die Vielzahl der unerledigten Asylverfahren zuzuschieben.

Union kritisiert "Ablenkungsmanöver" der Länder

"Bei allem Verständnis für die Forderungen nach einer schnelleren Bearbeitung der Asylanträge sollten die Kritiker doch fair bleiben", sagte CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach den "Ruhr Nachrichten". Der Grund für die Überlastung sei "nicht die Trägheit des Verwaltungsapparats, sondern der Kontrollverlust bei der notwendigen Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung".

Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Stephan Mayer (CSU), warf den Ländern ein Ablenkungsmanöver vor. Er habe "den Eindruck, dass manche Länder durch die Kritik am Bamf von eigenen Fehlern und eigenen Unzulänglichkeiten" ablenken wollten, sagte Mayer der Zeitung. Dies betreffe etwa die Unterbringung von Flüchtlingen und eine "immer noch unzureichende Abschiebung von ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerbern".

aar/AFP/Reuters

Load-Date: December 24, 2015

**[Zahl der unerledigten Asylanträge wächst auf über 300.000;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-ueber-300-000-
unerledigte-asylantraege-beim-bamf-a-1056715.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-ueber-300-000-unerledigte-asylantraege-beim-bamf-a-1056715.html)**

SPIEGEL ONLINE

07. Oktober 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 300 words

Byline: kev/dpa

Highlight: Die Zahl der **Flüchtlinge** steigt - und die Behörden in Deutschland kommen kaum noch mit den **Asylverfahren** hinterher. Mittlerweile sind etwa 300.000 Anträge noch nicht bearbeitet.

Body

Der Berg an unerledigten **Asylanträgen** beim Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** ist auf gut 300.000 angewachsen. Das geht aus den neuesten **Asyl**-Zahlen hervor, die das Bundesinnenministerium nun veröffentlichte. Im August waren es noch etwa 277.000 offene Verfahren gewesen.

Im September baten den Angaben zufolge etwa 43.000 Menschen um Asyl in Deutschland. Zum Vergleich: In den ersten neun Monaten des Jahres waren es insgesamt 303.443 Menschen - vor allem aus Syrien, Albanien, Kosovo, Serbien, Irak und Afghanistan.

Da das Bundesamt bei den Asylverfahren kaum noch hinterherkommt, warten Flüchtlinge zum Teil aber wochenlang darauf, einen Antrag stellen zu können. Die Zahl der Flüchtlinge, die im vergangenen Monat nach Deutschland einreisten und hier registriert wurden, war erheblich höher: Im September wurden laut Innenressort 164.000 Zugänge von Asylsuchenden erfasst. Von Anfang Januar bis Ende September waren es etwa 577.000.

De Maizière will vorerst keine neue Prognose

Der Bund erwartet nach offizieller Prognose bis zum Jahresende insgesamt 800.000 Flüchtlinge. Viele Politiker halten diese Schätzung für viel zu niedrig. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagte der Nachrichtenagentur dpa, vorerst werde er keine neue Prognose vorlegen. Jede Vorhersage führe zu Unruhe und zum Teil auch zu Missverständnissen bei Flüchtlingen im Ausland.

Auf die Frage, ob er die Veröffentlichung der jüngsten Prognose deshalb bereue, sagte de Maizière: "Nein, ich bereue das nicht. Das war auch notwendig, um die Dramatik der Situation deutlich zu machen. Das war ein Weckruf an alle Beteiligten." Allerdings hält sich de Maizière offen, ob er die Prognose in den nächsten Monaten doch noch nach oben korrigiert. "Wir fahren auf Sicht", betonte er.

kev/dpa

Zahl der unerledigten Asylanträge wächst auf über 300.000

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-ueber-300-000-unerledigte-asylantraege-beim-bam....>

Load-Date: October 8, 2015

End of Document

[Grüne greifen Große Koalition in Flüchtlingskrise an;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-greifen-grosse-koalition-in-fluechtlingskrise-an-a-1060878.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-greifen-grosse-koalition-in-fluechtlingskrise-an-a-1060878.html)

SPIEGEL ONLINE

03. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 267 words

Byline: vek/Reuters

Highlight: Die Grünen kritisieren die Regierung in der Flüchtlingskrise: Der Koalitionsstreit verunsichert laut Fraktionschefin Göring-Eckardt die Menschen und treibt sie in die Arme radikaler Gruppen.

Body

Die Grünen werfen der Großen Koalition schwere Versäumnisse vor: Der Streit über Maßnahmen gegen die Flüchtlingskrise verunsichere immer mehr Menschen und treibe sie in die Arme radikaler Gruppierungen, kritisierte die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt: "Die chaotischen Zustände in der Bundesregierung stärken die AfD."

Die rechtspopulistische Partei konnte zuletzt in den Umfragen zulegen. Auch die Kundgebungen der islamfeindlichen Pegida-Bewegung erhalten neuen Zulauf. Es gebe eine Vertrauenskrise "in einem extremen Ausmaß", warnte die Grünen-Fraktionschefin. Die Menschen hätten das Gefühl, von der Bundesregierung komme keine Orientierung, so Göring-Eckardt.

Göring-Eckardt warf Union und SPD vor, neue Vorschläge wie Transitzone und Einreise-Zentren zu unterbreiten, obwohl die bereits im Asylpaket beschlossenen Maßnahmen noch nicht umgesetzt worden seien. So fehlten etwa immer noch genügend Mitarbeiter im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Bearbeitung der Asylanträge der Flüchtlinge. "Ich habe den Eindruck, die Bundesregierung hat so wenig umgesetzt, dass sie jetzt versucht, mit allen möglichen anderen Maßnahmen, die sie jetzt nennt, davon abzulenken."

Die Debatte über Obergrenzen für Flüchtlinge lehnt Göring-Eckardt als falsch ab. Derzeit entspreche die Zahl der Asylbewerber ungefähr einem Prozent der deutschen Bevölkerung. Bereits früher habe die Bundesrepublik so viele Menschen aufgenommen, etwa während der Zuwanderung durch Über- und Aussiedler in den 1990er Jahren. "Davon sind wir nicht schwächer, sondern stärker geworden."

vek/Reuters

Load-Date: November 3, 2015

Grüne greifen Große Koalition in Flüchtlingskrise an <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruene-greifen-grosse-koalition-in-fluechtlingskrise-an-a-1060878....>

End of Document

Oettinger wirft Tschechien Schwächung Europas vor

SPIEGEL ONLINE

03. August 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 332 words

Byline: Anna-Lena Roth

Highlight: Die Aufnahme von Flüchtlingen schaffe "den Nährboden für Terrorattacken", kein Migrant solle ins Land gelassen werden: Auf diese Worte des tschechischen Präsidenten reagiert EU-Kommissar Oettinger nun deutlich.

Body

Der deutsche EU-Kommissar Günther Oettinger hat den tschechischen Präsidenten Milos Zeman in der Flüchtlingsdebatte kritisiert. Zeman hatte das tschechische Parlament am Dienstag aufgerufen, EU-Quoten zu ignorieren und keine Flüchtlinge aufzunehmen. Oettinger sagte dazu im Interview mit dem Radiosender ffn: "Ich glaube schon, dass wir uns beschämend fragen müssen, ob wir nicht mehr für 300.000 eingeschlossene Syrer in Aleppo anzubieten haben." Die Menschen hungerten und schwebten in Lebensgefahr.

"Natürlich sehe ich wohl, dass Tschechien historisch gesehen nicht so viele Asylgründe in der Verfassung stehen hat wie wir", sagte Oettinger. "Aber die Flüchtlingsquote ist mit großer Mehrheit beschlossen worden und ist europäisches Recht." Wer als Präsident wie Zeman europäische Gesetzgebung so diffamierte, der schwäche Europa insgesamt.

Die tschechische Mitte-Links-Regierung von Ministerpräsident Bohuslav Sobotka bereitet die Aufnahme von 80 Syrern gemäß dem EU-Türkei-Abkommen vor. Die Flüchtlinge müssen aber eine Sicherheitsüberprüfung bestehen, die dem Innenministerium zufolge nicht vor Jahresende abgeschlossen sein wird.

Gegen die im September beschlossene Übernahme-Quote von 2691 Schutzsuchenden, die derzeit in Italien und Griechenland festsitzen, will die Regierung in Prag zwar nicht klagen - aber auch hier hapert es mit der Umsetzung. Verbindliche EU-Quoten lehnt Tschechien ebenso wie die drei anderen Visegrád-Staaten Ungarn, Polen und die Slowakei ab.

Am Dienstag sagte Zemans Sprecher Jiri Ovcacek: "Der Präsident ist gegen jegliche Aufnahme von Flüchtlingen auf tschechischem Gebiet. Unser Land kann es sich nicht leisten, sich der Gefahr von Terroranschlägen wie in Frankreich und Deutschland auszusetzen." Die Aufnahme von Migranten würde "den Nährboden für barbarische Angriffe auf dem Gebiet der Tschechischen Republik schaffen". Der 71-jährige Zeman hat als Präsident überwiegend repräsentative Aufgaben.

Oettinger wirft Tschechien Schwächung Europas vor

Load-Date: August 3, 2016

End of Document

[Schweiz bringt erstmals Flüchtlinge in Zelten unter;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-der-schweiz-erstmal-
in-zelten-untergebracht-a-1044762.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-der-schweiz-erstmal-in-zelten-untergebracht-a-1044762.html)

SPIEGEL ONLINE

22. Juli 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 236 words

Byline: aar/dpa

Highlight: Immer mehr Flüchtlinge beantragen Asyl in der Schweiz, doch die Unterkünfte sind knapp. Deshalb sollen laut einem Bericht im Kanton Aarau jetzt etwa 140 Menschen in Zelten leben - zumindest vorübergehend.

Body

Zum ersten Mal sollen in der Schweiz Asylsuchende in Zelten schlafen. Soldaten werden dafür in drei Gemeinden des Kantons Aarau Militärzelte aufbauen, wie die "Neue Zürcher Zeitung" berichtet. Ab der kommenden Woche sollen etwa 140 Männer dort leben.

Der Kanton könne aufgrund des immer stärkeren Andrangs von Flüchtlingen keine anderen Unterkünfte mehr zur Verfügung stellen, sagte ein Behördensprecher. Die Zeltunterbringung solle aber möglichst nur vorübergehend im Sommer erfolgen.

Nach Angaben des Staatssekretariats für Migration in Bern haben im ersten Halbjahr 2015 fast 12.000 Menschen in der Schweiz um Asyl gebeten - ein Zuwachs gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 16 Prozent. "Die Zunahme der Gesuche in der Schweiz fällt dabei im Vergleich zu Gesamteuropa moderat aus", heißt es in einer Mitteilung der Behörde.

Bis zum Jahresende rechnet die Schweiz mit 29.000 Asylsuchenden. Die bislang höchste Zahl wurde während des Kosovo-Krieges 1999 erreicht, als 47.500 Menschen um Asyl baten. In der Schweiz werden Flüchtlinge nach einem festgelegten Schlüssel auf die 26 Kantone verteilt.

Auch in Deutschland steigt die Zahl der Asylbewerber: Für 2015 werden rund 450.000 Anträge erwartet - mehr als doppelt so viele wie vergangenes Jahr. Einzelne Bundesländer müssen bei der Unterbringung auf Notlösungen wie Zelte, Container oder Sporthallen zurückgreifen.

aar/dpa

Load-Date: July 22, 2015

Schweiz bringt erstmals Flüchtlinge in Zelten unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-der-schweiz-erstmals-in-zelten-untergebracht-a-1044762....>

End of Document

EU und Afrika einigen sich auf Aktionsplan;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/gipfel-in-valletta-eu-will-fluechtlinge-in-afrika-halten-a-1062352.html>

SPIEGEL ONLINE

11. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 767 words

Byline: Markus Becker

Highlight: Die EU zahlt Milliarden, Afrika hilft im Kampf gegen die **Flüchtlingskrise** - das sieht ein Aktionsplan vor, auf den sich die Staats- und Regierungschefs grundsätzlich geeinigt haben. Doch kurzfristig wird sich die Situation wohl kaum verändern.

Body

Mehr als 134.000 **Flüchtlinge** kamen nach Angaben der EU-**Asylagentur** Easo allein von Januar bis September dieses Jahres aus Afrika nach Europa. Jetzt sollen die Regierungen Afrikas dabei helfen, die Zahlen zu senken. Auf dem EU-Afrika-Gipfel in Maltas Hauptstadt Valletta haben sich beide Seiten am Mittwochabend grundsätzlich auf einen Aktionsplan geeinigt, der am Donnerstagmorgen beschlossen werden soll.

In den Verhandlungen ging es vor allem um folgende Punkte:

die Rückführung von Flüchtlingen in ihre Heimatstaaten, den Aufbau von "Transitzentren" entlang der Migrationsrouten, den Kampf gegen Menschenhändler, die Bekämpfung von Fluchtursachen, etwa durch die Einrichtung eines milliardenschweren Treuhandfonds und weitere Entwicklungshilfe, Erleichterungen bei der legalen Migration von Afrika nach Europa.

In dem für sich wichtigsten Punkt - der Rückführung von Flüchtlingen - hat sich die EU durchgesetzt, wie SPIEGEL ONLINE aus Verhandlungskreisen erfuhr. Die Afrikaner wollten, dass im Aktionsplan nur von einer freiwilligen Rücknahme ihrer Staatsbürger die Rede ist. Die EU pochte jedoch darauf, dass sie rechtlich verpflichtend ist. Nun ist der Passus der Freiwilligkeit aus dem Text gestrichen, hieß es.

In der Praxis wird sich dadurch allerdings nicht allzu viel verändern, denn es gilt als äußerst schwierig, das Herkunftsland von Flüchtlingen festzustellen, die ihre Papiere unterwegs verloren oder aber vernichtet haben. Deshalb ist kaum damit zu rechnen, dass demnächst Tausende von Flüchtlingen in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden - zumal auch der von der EU gewünschte Passierschein aus dem Text geflogen ist, der die Rückführung erleichtern sollte.

EU und Afrika einigen sich auf Aktionsplan <http://www.spiegel.de/politik/ausland/gipfel-in-valletta-eu-will-fluechtlinge-in-afrika-halten-a-1062352.html>

Ähnliches gilt bei der legalen Migration nach Europa. Die Afrikaner hatten sich hier Erleichterungen gewünscht. Der Aktionsplan sieht nun vor, dass jeder EU-Staat selbst entscheiden kann, wie viele legale Einwanderer er ins Land lässt. Das aber dürften angesichts der aktuellen Lage in der Flüchtlingskrise nicht allzu viele sein.

Streit über Geld

Streit gab es bis zuletzt über den Geldtransfer. Der Treuhandfonds soll über 1,8 Milliarden Euro aus dem EU-Budget verfügen, die Mitgliedstaaten sollen noch einmal die gleiche Summe beisteuern. Doch bisher hat nur die Hälfte von ihnen Zusagen getroffen, überwiesen wurden bisher keine 50 Millionen Euro.

Doch die Afrikaner misstrauten dem EU-Angebot. Zum einen hielten sie es für zu niedrig, zum anderen betrachteten sie es als "vergiftetes Geschenk", wie die deutsche Vertretung in Brüssel vergangene Woche nach Berlin kabelte. Der Grund: Die Überweisungen ihrer im Ausland lebenden Bürger spülen eine enorme Geldmenge in Afrikas Kassen. Sie sei größer als die Entwicklungshilfe der Industriestaaten, sagte Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn in Valletta. Sollten künftig also deutlich weniger Afrikaner in die EU einwandern, könnte sich das für ihre Heimatländer als Minusgeschäft entpuppen - selbst dann, wenn sie Milliarden Euro an zusätzlicher Entwicklungshilfe bekämen.

Menschenrechtsorganisationen sehen das ganze Konzept kritisch. Das Geld aus Europa, so ihr Argument, sei zu verlockend für arme Länder in Afrika. Bei dem Tausch Geld gegen Flüchtlinge drohten Menschenrechte auf der Strecke zu bleiben.

Keine Migrationszentren entlang der Fluchtrouten

Einlenken mussten die Europäer an einem anderen Punkt. Einige EU-Staaten hatten den Aufbau von Aufnahmezentren entlang der Fluchtrouten angeregt - so wie es die EU-Staats- und Regierungschefs Ende Oktober bereits für die Westbalkanroute beschlossen hatten. Diverse afrikanische Staaten wollten davon aber nichts wissen. Obwohl die EU ihnen bereits weit entgegengekommen sei, würden einige Staaten schon die bloße Erwähnung der Migrationszentren im Aktionsplan ablehnen, hieß es in einem internen Dokument der EU-Kommission von Ende Oktober. Nun soll der Aufbau von Migrationszentren laut dem Aktionsplan nur noch "geprüft" werden. Faktisch dürften sie damit vom Tisch sein.

Ein Verhandlungsteilnehmer wertete den Gipfel dennoch als Erfolg: Es sei das erste Mal gewesen, dass Europäer und Afrikaner bei einem Gipfeltreffen über die Flüchtlingskrise verhandelt hätten. Und es sei jetzt klar, dass die Frage auch in der Verantwortung der afrikanischen Regierungschefs liegt.

Zusammengefasst: Die EU und Afrika haben sich in Malta auf einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Flüchtlingskrise geeinigt. Europa überweist Milliarden, damit afrikanische Regierungen Fluchtursachen lindern und ihre Staatsbürger zurücknehmen. Kurzfristig wird der Plan aber wahrscheinlich keine große Wirkung entfalten.

Load-Date: November 12, 2015

Mehr Menschen auf der Flucht denn je

SPIEGEL ONLINE

20. Juni 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 309 words

Byline: cht/dpa

Highlight: Ausgelöst durch Krieg, Gewaltherrschaft und Armut sind so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie. Vor allem zwei Weltregionen bereiten dem UNHCR große Sorge.

Body

Zum ersten Mal hat die Zahl der **Flüchtlinge** weltweit die "60-Millionen-Marke" überschritten und steht nun bei 65,3 Millionen Menschen, erklärte das Uno-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR.

Bewaffnete Konflikte und Verfolgung haben 2015 mehr Menschen aus ihren Heimatorten vertrieben, als jemals zuvor von der Uno verzeichnet wurde. Damit habe die Gesamtzahl der Flüchtlinge, Binnenvertriebenen und Asylsuchenden "ein trauriges Rekordniveau" erreicht, heißt es in der Studie, die zum Weltflüchtlingstag am Montag veröffentlicht wurde.

Insgesamt 21,3 Millionen Flüchtlinge hielten sich dem Uno-Bericht zufolge Ende 2015 in fremden Ländern auf. 40,8 Millionen seien Vertriebene innerhalb ihrer Heimatstaaten. Und weitere 3,2 Millionen Menschen warteten im Ausland auf Entscheidungen über ihre Asylanträge.

Brennpunkte sind Nahost und Afrika

Zugleich hätten sich die Gefahren auf Fluchtrouten vervielfacht, sagte der Uno-Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi. "Auf dem Meer verlieren erschreckend viele Menschen ihr Leben, der Landweg ist durch geschlossene Grenzen zunehmend blockiert, und in manchen Ländern wird gegen Asyl politisch Stimmung gemacht."

Laut der Internationalen Organisation für Migration ist der Seeweg über das Mittelmeer derzeit die weltweit gefährlichste Fluchtroute : Allein in diesem Jahr ertranken oder verschwanden dort mehr als 3400 Menschen beim Versuch, in die Europäische Union zu gelangen.

Brennpunkte der globalen Fluchtbewegung sind laut UNHCR der Nahe Osten und Afrika. Wegen des Bürgerkriegs in Syrien, der Bedrohung durch die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) und die unsichere Lage im zerstörten Libyen sind in der Nachbarregion Europas derzeit 19,9 Millionen Menschen auf der Flucht. Im subsaharischen Afrika leben 18,4 Millionen in Flüchtlingscamps oder als Vertriebene im eigenen Land.

cht/dpa

Mehr Menschen auf der Flucht denn je

Load-Date: June 20, 2016

End of Document

Europas verlogener Krieg; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kommentar-zum-eu-anti-schlepper-einsatz-im-mittelmeer-a-1033945.html>

SPIEGEL ONLINE

15. Mai 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 720 words

Byline: Maximilian Popp

Highlight: Die Europäische Union will militärisch gegen Schlepper vorgehen. Ein irrwitziger Plan. Wichtiger wäre, endlich ausreichend legale Wege für **Flüchtlinge** nach Europa zu schaffen.

Body

Im Januar schreckte die europäische Grenzschutzagentur Frontex den Kontinent mit einer ungeheuerlichen "Beobachtung" auf: Schleuser würden **Flüchtlinge** auf Frachtschiffe ohne Besatzung packen, sogenannte Geisterschiffe. Vor einem "neuen Grad der Grausamkeit" im Mittelmeer wurde gewarnt, Innenminister Thomas de Maizière verurteilte den "grenzenlosen Zynismus der Schleuser" und forderte die EU auf, "mit größter Entschlossenheit und Beharrlichkeit aktiv zu werden".

Die Meldung stellte sich wenig später als falsch heraus. Zumindest im Fall der "Blue Sky M", dem größten, angeblichen Geisterschiff, blieb die Besatzung wohl bis zur Ankunft in Italien an Bord. Die Schlepper waren auch keine gewissenlosen Menschenhändler, sondern syrische Seeleute. Doch weder Frontex noch Innenminister de Maizière korrigierten sich. Die Geschichte der Schmuggler, die **Flüchtlinge** auf hoher See dem eigenen Schicksal überlassen, war wohl schlicht zu gut.

Die vermeintliche Skrupellosigkeit, Geldgier, Niedertracht der Schlepper ist das einzige Narrativ, auf das sich Europas Politiker in der Asyldebatte verständigen können.

So auch jetzt. Ende April starben mehr als 800 Flüchtlinge bei der bislang schlimmsten Schiffskatastrophe im Mittelmeer. Die EU streitet seither um eine Neuausrichtung ihrer Asylpolitik. Doch die Mitgliedstaaten tun sich schwer, legale Wege für Migranten nach Europa durchzusetzen oder eine gerechte Verteilung von Flüchtlingen über den Kontinent. Lediglich in einem Punkt besteht Einigkeit: Der Kampf gegen Schlepper soll ausgeweitet werden. Nach Wunsch der EU-Staaten soll das Militär bereits ab Juni Schmugglerboote zwischen Libyen und Italien zerstören.

Letzte Fluchtroute Mittelmeer

Der Vorschlag ist nicht neu. Bereits nach dem Bootsunglück vor der Mittelmeerinsel Lampedusa im Herbst 2013 diskutierten Europas Politiker über eine Militäroperation. Der Plan wurde damals verworfen. Das Auswärtige Amt

Europas verlogener Krieg <http://www.spiegel.de/politik/ausland/kommentar-zum-eu-anti-schlepper-einsatz-im-mittelmeer-a-1033945.html>

meldete Zweifel an: Mit der Verfolgung von Schleppern auf See würden "nur die Symptome bekämpft", zudem sei völlig unklar, was mit den Flüchtlingen nach dem Zugriff geschehe.

Die Einwände scheinen nun nicht mehr zu gelten. Die EU-Staaten, auch Deutschland, sind offenbar entschlossen, Krieg gegen die Schleuser zu führen. Nur so, behaupten sie, ließe sich das Massensterben der Flüchtlinge im Mittelmeer verhindern.

Abgesehen davon, dass unklar ist, wie genau der Einsatz laufen soll und wie die EU sicherstellen will, dass dabei keine Migranten verletzt werden, verkennt dieses Argument die Situation an den Grenzen. Die Flüchtlinge steigen nicht aus Arglosigkeit in die Boote der Schlepper, sie begeben sich auch nicht, wie Ungarns Premier Viktor Orbán allen Ernstes behauptet hat, auf eine "Vergnügnungsreise". Sie treten die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer aus schierer Verzweiflung an.

Nach Uno-Angaben war etwa jeder dritte Bootsflüchtling 2014 Syrer, andere flohen vor der Militärdiktatur in Eritrea oder dem Chaos in Somalia. Den meisten dieser Menschen bleibt als Alternative zur Flucht nur der Tod. Doch um in Europa Asyl beantragen zu können, müssen Schutzsuchende zunächst europäisches Territorium erreichen. Genau das aber hat die EU in den vergangenen Jahren mit aller Kraft verhindert. Sie hat Polizisten an die Ränder des Kontinents geschickt und Zäune errichtet. Ohne die Hilfe von Schleppern gelangt heute kaum mehr ein Flüchtling nach Europa.

Das Mittelmeer hat sich zur letzten verbliebenen Fluchtroute für Menschen in Not entwickelt. Wenn die Mitgliedstaaten nun auch diesen Weg schließen, indem sie Boote in Nordafrika an der Abfahrt hindern, und gleichzeitig keine legalen Wege für Flüchtlinge nach Europa eröffnen, dann ist Asyl in Europa damit faktisch abgeschafft.

Für die Schutzsuchenden würde dies bedeuten, dass sie seltener im Mittelmeer ertrinken, sondern stattdessen einen langsamen Tod in Höllenstaaten wie Libyen sterben.

Die EU muss sichere Zugänge schaffen in weit größerem Umfang, als das gegenwärtig in Brüssel diskutiert wird. Sie muss ernsthaft in Resettlement-Programme des Uno-Flüchtlingshilfswerk investieren, sie muss Botschaftsvisa einführen und für Bürger aus Krisenstaaten wie Syrien die Visumpflicht aussetzen. Andernfalls ist die geplante Militäroperation im Mittelmeer nicht nur eine Kriegserklärung gegen Schlepper - sondern auch gegen Flüchtlinge.

Load-Date: June 10, 2015

[Slowakei lehnt muslimische Flüchtlinge ab;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/slowakei-keine-muslimischen-
fluechtlinge-wegen-koelner-uebergreifen-a-1070999.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/slowakei-keine-muslimischen-fluechtlinge-wegen-koelner-uebergreifen-a-1070999.html)

SPIEGEL ONLINE

07. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 267 words

Byline: apr/Reuters/dpa/AFP

Highlight: Erst Nein, dann Ja, nun wieder Nein: Der slowakische Regierungschef Robert Fico will keine muslimischen Flüchtlinge in seinem Land aufnehmen. Als Begründung nennt er die Übergriffe in Köln an Silvester.

Body

Die Slowakei sperrt sich gegen die Aufnahme von Migranten aus muslimischen Ländern. So will das Land Vorfälle wie die Anschläge von Paris und die sexuellen Übergriffe auf Frauen in Köln vermeiden.

"Multikulti ist eine Fiktion. Sobald man Migranten ins Land lässt, kann man solche Probleme bekommen", sagte Ministerpräsident Robert Fico unter Verweis auf die Angriffe auf Frauen in Köln sowie auf die Anschläge von Paris. "Wir wollen nicht, dass auch in der Slowakei etwas wie in Deutschland geschehen kann", sagte er in Bratislava. Es müsse verhindert werden, "dass unsere Frauen auf öffentlichen Plätzen belästigt werden".

Sein Land lehne deshalb nicht nur Pflichtquoten für die Aufnahme von Flüchtlingen ab. Es werde auch nie einer freiwilligen Regelung zustimmen, die zur Bildung einer muslimischen Gemeinschaft in der Slowakei führen würde, polterte der Ministerpräsident.

Bereits im Sommer hatte Fico einen Aufnahmestopp muslimischer Flüchtlinge gefordert. Nach internationalen Protesten war er von dieser Position offiziell jedoch wieder abgerückt.

Die Slowakei gehört neben Ungarn und Polen zu den osteuropäischen Ländern, die sich gegen die von den EU-Innenministern beschlossenen Quoten zur Verteilung von Flüchtlingen in den 28 Staaten der Europäischen Union wehren. Ficos Regierung klagt gegen die Quotenregelung, wonach sein Land 802 Menschen aufnehmen soll.

Im vergangenen Jahr wurden in der Slowakei 169 Asylanträge gestellt. In dem Land wird im März ein neues Parlament gewählt - und Fico hat Flüchtlinge zum Kernthema seines Wahlkampfes gemacht.

apr/Reuters/dpa/AFP

Load-Date: January 8, 2016

Slowakei lehnt muslimische Flüchtlinge ab <http://www.spiegel.de/politik/ausland/slowakei-keine-muslimischen-fluechtlinge-wegen-koelner-uebergreifen-a-1070999.ht...>

End of Document

[Union will Nordafrikaner schneller abschieben;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-union-will-algerier-und-marokkaner-schneller-abschieben-a-1072413.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-union-will-algerier-und-marokkaner-schneller-abschieben-a-1072413.html)

SPIEGEL ONLINE

17. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 659 words

Byline: nck/dpa/Reuters

Highlight: Die Union will laut einem Zeitungsbericht Asylbewerber aus Algerien und Marokko in speziellen Rückführungseinrichtungen unterbringen - und schneller abschieben. Innenminister de Maizière plant einen Sonderbericht zur Kriminalität bei Zuwanderern.

Body

Asylbewerber aus Algerien und Marokko sollen offenbar nicht mehr auf Kommunen in ganz Deutschland verteilt werden, sondern in speziellen Einrichtungen ein Schnellverfahren durchlaufen und gegebenenfalls direkt abgeschoben werden. Darauf haben sich einem Bericht der "Welt am Sonntag" ("WamS") zufolge Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und der bayerische Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) verständigt.

Angesichts des steigenden Zuzugs von Migranten aus Nordafrika und der Übergriffe in der Silvesternacht in Köln wollten Merkel und Seehofer nicht darauf warten, bis Unionspläne umgesetzt würden, die beiden Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären.

Ähnlich wird das bereits bei Flüchtlingen aus den Balkanländern gehandhabt. Allerdings waren Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro, Albanien und das Kosovo zuvor per Gesetz zu sicheren Herkunftsländern erklärt worden. Für Algerien und Marokko streben CDU und CSU dies ebenfalls an, brauchen aber noch die Zustimmung des Koalitionspartners SPD. Außerdem müsste im Bundesrat mindestens ein von den Grünen mitregiertes Land zustimmen.

Sonderbericht zu Kriminalität von Zuwanderern

Zuletzt trafen immer mehr Asylsuchende aus Algerien und Marokko in der Bundesrepublik ein. Ihre Anträge werden aber fast komplett abgelehnt, da die Länder als frei von politischer Verfolgung und Krieg gelten. Von der Bundesregierung hieß es jedoch noch kürzlich, es sei keine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten geplant. Unions-Politiker fordern dagegen für beide Länder ebenso wie für Tunesien eine solche Einstufung, um die Verfahren zu beschleunigen.

Nach den Vorfällen von Köln plant Bundesinnenminister Thomas de Maizière laut der Zeitung zudem einen ausführlichen Bericht über die Kriminalität von Zuwanderern. Dabei gehe es auch um Straftaten gegen

Union will Nordafrikaner schneller abschieben <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-union-will-algerier-und-marokkaner-schneller-abschieben-a-1....>

Immigranten, schreibt die "WamS" unter Berufung auf Informationen aus dem Ministerium. Der Titel laute "Kriminalität und Zuwanderungsproblematik". Der CDU-Politiker will den Sonderbericht demnach im Frühjahr parallel zur bundesweiten Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 vorstellen.

BKA-Chef warnt vor Entstehen neuer Rechtsextremen-Gruppen

Der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Holger Münch, warnte angesichts der zunehmenden Gewalt gegen Flüchtlinge vor dem Entstehen rechtsextremer Untergrundgruppen nach NSU-Vorbild. Die Polizei brauche "schnelle Ermittlungsergebnisse und Urteile, um die Dynamik der rechtsextremen Straftaten zu unterbrechen", sagte Münch der "Bild am Sonntag". Sonst könnten sich schlimmstenfalls terroristische Strukturen bilden, wie es sie mit der NSU-Gruppe bereits gegeben habe.

Von den rund ermittelten 500 Tätern bei Straftaten gegen Asylunterkünfte im vergangenen Jahr seien 70 Prozent vorher nicht wegen politisch motivierter Delikte aufgefallen. Sie seien überwiegend aus der Umgebung der Unterkünfte gekommen.

Mit Sorge sehe er zudem die selbsternannten Bürgerwehren, die Recht und Gesetz in die eigene Hand nehmen wollten, sagte Münch. Da müsse man genau hinschauen, wer da wie tätig werde. In rechtsextremen Internetforen gebe es seit den Übergriffen auf Frauen an Silvester so viel Kommunikation wie nach dem Anschlag von Paris. "Dort wird zur Notwehr aufgerufen mit dem Ziel, in der Bevölkerung hoffähig zu werden."

Das BKA registriere derzeit auch eine stark zunehmende Zahl an Straftaten in Flüchtlings- und Asylheimen. "Dort leben seit Wochen oder Monaten viele Menschen auf engstem Raum, darunter besonders viele junge Männer unter Bedingungen, die Kriminalität fördern", sagte Münch. Dennoch handele es sich um "relativ geringe Fallzahlen." Die Kriminalität steige nicht so schnell wie die Zahl der Flüchtlinge. Es gebe aber bei der Zahl der Straftaten deutliche Unterschiede zwischen den Herkunftsländern. Migranten vom Balkan oder aus Nordafrika fielen besonders auf, viel weniger dagegen die Zuwanderer aus Syrien und dem Irak.

nck/dpa/Reuters

Load-Date: January 17, 2016

[Bundespolizei schließt Cuxhaven-Route für Flüchtlinge;](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-bundespolizei-schliess-cuxhaven-route-a-1093251.html)
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-bundespolizei-schliess-cuxhaven-route-a-1093251.html>

SPIEGEL ONLINE

20. Mai 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 298 words

Byline: cht/dpa

Highlight: 10:52:00 Sie versuchten, als blinde Passagiere nach England zu gelangen: Die Bundespolizei hat im Hafen von Cuxhaven Dutzende **Migranten** gestoppt.

Body

Sicherheitskräfte haben in Cuxhaven in den vergangenen Monaten wiederholt **Migranten** gefasst, die illegal auf Schiffen über die Nordsee nach England gelangen wollten. Die Bundespolizei beobachtet das Phänomen schon seit Herbst, berichten die "Cuxhavener Nachrichten".

"Meine Kollegen haben inzwischen mehrere Dutzend Personen auf dem Cuxport-Gelände aufgegriffen", sagte ein Sprecher der Bundespolizei in Bremen der Zeitung. Polizei und Hafenbetreiber hätten die Sicherheitsvorkehrungen deswegen massiv verstärkt.

Nach Angaben des Polizeisprechers waren es bislang junge Männer aus Albanien und dem Kosovo, die im Schutz der Dämmerung die Zäune des Hafengeländes überwinden. Sie hätten es auf Lastwagen abgesehen, die auf Schiffe nach England verladen werden. Zwischen Cuxhaven und Großbritannien verkehren regelmäßig Frachtschiffe. Die Flüchtlinge schlitzten demnach die Planen der Laster auf und versteckten sich auf der Ladefläche.

Insgesamt habe es bislang 32 Fälle mit rund 60 Personen, die von den Sicherheitsmitarbeitern des Hafens und der Bundes- oder Landespolizei festgenommen werden konnten, sagte der Sprecher SPIEGEL ONLINE. In den vergangenen drei Wochen habe die Häufigkeit zugenommen. Auch im Hafen von Bremerhaven hätten es Migranten versucht, einige seien an beiden Orten aufgegriffen worden.

Zuletzt waren am 16. Mai drei Männer nach ihrer Ankunft im englischen Immingham aus einem Trailer geholt und nach Deutschland zurückgebracht worden. Die drei waren vier Tage zuvor in Cuxhaven an Bord gelangt. Zwei von ihnen haben in Nordrhein-Westfalen Asyl beantragt, bei dem dritten Mann sei der Status unklar.

Der Polizeisprecher geht davon aus, dass es den Sicherheitsdiensten inzwischen gelinge, den Großteil der illegal Reisenden in Cuxhaven zu fassen.

Bundespolizei schließt Cuxhaven-Route für Flüchtlinge <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-bundespolizei-schliess-cuxhaven-route-a-1093251.html>

cht/dpa

Load-Date: May 20, 2016

End of Document

**[Niederlande wollen Flüchtlinge direkt in die Türkei zurückschicken;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/niederlande-wollen-fluechtlinge-direkt-
in-die-tuerkei-zurueckschicken-a-1074369.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/niederlande-wollen-fluechtlinge-direkt-in-die-tuerkei-zurueckschicken-a-1074369.html)**

SPIEGEL ONLINE

28. Januar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 259 words

Byline: vek/dpa

Highlight: Die Niederlande schlagen eine neue Lösung der **Flüchtlingskrise** vor: Laut einem Bericht sollen die **Flüchtlinge**, die auf Griechenlands Inseln landen, direkt zurück in die Türkei gebracht werden.

Body

Die Niederlande wollen **Flüchtlinge** von den griechischen Inseln direkt mit Fähren in die Türkei zurückschicken. Ein entsprechender Plan werde gerade in mehreren EU-Staaten ausgearbeitet, sagte der Fraktionsvorsitzende der regierenden Sozialdemokraten, Diederik Samsom, der Tageszeitung "De Volkskrant".

Im Gegenzug würden sich die EU-Mitgliedsstaaten verpflichten, 150.000 bis 250.000 Flüchtlinge pro Jahr zuzulassen. Unter dieser Bedingung sei die Türkei laut Samsom bereit, die Flüchtlinge wieder aufzunehmen. Die Niederlande haben zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft.

Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte habe darüber bereits intensiv mit Deutschland, Schweden und Österreich beraten, heißt es. Die ersten Fähren sollen ab März oder April eingesetzt werden.

So lange es keine gemeinsame europäische Lösung gibt, gehen die Mitgliedsländer sehr unterschiedlich mit den Flüchtlingen um. Schweden etwa hat die Massenausweisung von Zehntausenden abgewiesener Asylbewerber angekündigt. "Ich glaube, dass es sich auf jeden Fall um 60.000 Personen dreht, aber es können auch bis zu 80.000 werden", zitierte die Zeitung "Dagens Industri" Schwedens Innenminister Anders Ygeman.

Die Regierung habe demnach Polizei und Migrationsbehörde den Auftrag erteilt, die Ausweisungen vorzubereiten. Im vergangenen Jahr hatten etwa 163.000 Menschen Asyl in dem Land gesucht. Nach Schätzungen der Regierung würden rund 45 Prozent von ihnen abgelehnt, hieß es. Stockholm hatte im November Grenzkontrollen eingeführt.

vek/dpa

Load-Date: January 28, 2016

Niederlande wollen Flüchtlinge direkt in die Türkei zurückschicken
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/niederlande-wollen-fluechtlinge-direkt-in-die-tuerkei-z...>

End of Document

[Ausschreitungen in Calais - neues Räumkommando im Anmarsch;
http://www.spiegel.de/politik/ausland/dschungel-von-calais-
ausschreitungen-bei-raeumung-des-lagers-a-1079963.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/dschungel-von-calais-ausschreitungen-bei-raeumung-des-lagers-a-1079963.html)

SPIEGEL ONLINE

01. März 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 425 words

Byline: cht/dpa

Highlight: Mit Bulldozern räumt die französische Polizei das **Flüchtlingslager** in Calais, die Bewohner wehren sich. In der Nacht brannten Zelte und Baracken, die Beamten setzten Tränengas ein. Die Behörden ziehen weitere Einsatzkräfte zusammen.

Body

Bei der Teilräumung des **Flüchtlingslagers** in der französischen Hafenstadt Calais ist es zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Bewohnern gekommen. Das Lager war international als "Dschungel" bekannt geworden.

Unter starkem Polizeischutz hatte am Montag die umstrittene Räumung des Camps begonnen. Provisorische Unterkünfte, Baracken und Zelte der Migranten wurden mithilfe von Bulldozern und Einsatzkräften eingerissen. Flüchtlinge und Hilfsorganisationen protestierten gegen die Aktion.

Am Montagabend und in der Nacht eskalierten die Proteste. Insgesamt sollen 100 improvisierte Unterkünfte von behördlichen Räumkommandos zerstört worden sein, mindestens 12 Behausungen brannten ab, berichtet der britische Fernsehsender BBC. Migranten hatten mehrere Zelte und provisorische Bauten angezündet.

Einem Bericht des Senders BFMTV zufolge gingen die Einsatzkräfte auch mit Tränengas und Wasserwerfern gegen Protestierende vor. Eine Aktivistin der britischen Organisation "No Borders" sei festgenommen worden.

Nach den teils schweren Ausschreitungen in der Nacht sollen an diesem Dienstagmorgen erneut Räumkommandos anrücken, berichtet die BBC. Es wird damit gerechnet, dass die komplette Räumung des Lagers Wochen dauern könnte.

Am frühen Montagabend hatte eine Gruppe von rund 150 Migranten eine Straße in der Nähe des Lagers blockiert. Dabei warfen einige von ihnen auch Steine auf Fahrzeuge, die auf dem Weg zur Verladung nach Großbritannien gewesen sein sollen. Die Polizei habe die Flüchtlinge schließlich von der Straße gedrängt.

Etwa 800 bis 1000 Einwanderer, die im Süden des "Dschungel" leben, sind nach offiziellen Angaben von der Räumung betroffen. Unterstützer der Lagerbewohner sprechen jedoch von mindestens 3400 Menschen ,

Ausschreitungen in Calais - neues Räumkommando im Anmarsch

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/dschungel-von-calais-ausschreitungen-bei-raeumung-des-lagers-a-....>

darunter Frauen und kleine Kinder. Die Präfektur von Calais erklärte, für alle Bewohner, die ihre Unterkunft verlieren, solle ein neuer Platz gefunden werden.

Nach der Ankündigung der Räumung durch die französische Regierung hatte ein Gericht in Lille die Aktion im südlichen Teil des Lagers in der vergangenen Woche zunächst gestoppt, später dann aber doch erlaubt.

In Calais sammeln sich seit Jahren Menschen, die illegal auf Zügen oder in Lkw über den Eurotunnel nach Großbritannien gelangen wollen. Sie versprechen sich dort bessere Chancen und beantragen deswegen kein Asyl in Frankreich.

Video: Reportage aus dem "Dschungel" (25.02.2016)

Lesen Sie hier eine Reportage von Christoph Seidler aus dem "Dschungel von Calais".

cht/dpa

Load-Date: March 1, 2016

End of Document

**[De Maizière setzt auf rasche Abschiebung;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-de-maiziere-will-schnelle-abschiebung-a-1029244.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-de-maiziere-will-schnelle-abschiebung-a-1029244.html)**

SPIEGEL ONLINE

17. April 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 320 words

Highlight: Die Zahl der Asylanträge wächst rasant, die Behörden sind überfordert. Nun fordert Innenminister de Maizière: Wird ein Bewerber abgelehnt, soll er zügig abgeschoben werden. Es gehe nicht nur um Moral und Recht - sondern auch um Geld.

Body

Gerade erst hat die Bundesregierung verkündet: Auf absehbare Zeit muss sich Deutschland auf immer mehr Flüchtlinge einstellen. Das sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) dem SPIEGEL. Entsprechend steigt auch die Zahl der Asylanträge. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat die Länder nun aufgefordert, abgelehnte Asylbewerber schneller abzuschieben.

Eine Beschleunigung der Asylverfahren nütze nichts, wenn die Menschen trotz Ablehnung und fehlender Schutzgründe bleiben dürften, sagte der Minister nach einer Konferenz mit CDU-Innenexperten am Freitag in Bremen. Das entspreche weder der Rechtslage, noch dem, was die Bürger erwarteten.

Neben menschlichen Aspekten und Rechtsfragen gehe es beim Asyl auch um Kosten. Bis zur Jahresmitte sollen die Bund-Länder-Finanzbeziehungen möglichst neu geregelt werden. "Dort kann dieser Punkt ein Gesprächsgegenstand sein", sagte der Minister.

Bund und Länder wollen am 8. Mai bei einem Spitzentreffen in Berlin über die wachsende Zahl von Flüchtlingen beraten. Das kündigte Regierungssprecher Steffen Seibert an. Kanzlerin Angela Merkel (CDU), Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) sowie Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) und de Maizière wollen sich dazu mit mehreren Ministerpräsidenten zusammensetzen.

Länder klagen über hohe Belastung

Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland steigt seit langem. Die Länder und vor allem die Kommunen sind für die Unterbringung und Versorgung der Schutzsuchenden zuständig. Sie fühlen sich mit dieser Aufgabe aber überfordert und verlangen mehr finanzielles Engagement vom Bund.

De Maizière setzt auf rasche Abschiebung <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-de-maiziere-will-schnelle-abschiebung-a-1029244.html>

Weitere Probleme sind die Gesundheitsversorgung von Asylbewerbern und die Dauer der Asylverfahren. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kommt wegen der vielen Neuankömmlinge kaum hinterher, die Asylanträge zu bearbeiten. Deshalb ziehen sich die Verfahren oft über viele Monate.

jok/dpa

Load-Date: May 11, 2015

End of Document

[Regierung wusste angeblich früh von hohen Flüchtlingszahlen;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frontex-regierung-wusste-
angeblich-frueh-von-hohen-fluechtlingszahlen-a-1061684.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frontex-regierung-wusste-angeblich-frueh-von-hohen-fluechtlingszahlen-a-1061684.html)

SPIEGEL ONLINE

08. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 437 words

Byline: als/AFP

Highlight: Die EU-Grenzschutzbehörde Frontex soll die Bundesregierung schon früh vor einem deutlichen Anstieg der Flüchtlingszahlen gewarnt haben. Bereits im März seien Innenministerium und Kanzleramt informiert worden.

Body

Die Bundesregierung wurde angeblich schon frühzeitig vor einem starken Ansteigen der Flüchtlingszahlen gewarnt. Der Chef der EU-Grenzschutzagentur Frontex, Fabrice Leggeri, habe schon im März mit einer neuen Rekordzahl von Flüchtlingen in Europa gerechnet. Das berichtet die "Welt am Sonntag". "Unsere Quellen berichten uns, dass zwischen 500.000 und einer Million Migranten bereit sind, Libyen zu verlassen", sagte Leggeri demnach im Frühjahr.

Der Frontex-Chef habe in einer internen Sitzung des Bundestags erklärt, "dass die irregulären Grenzübertritte von der Türkei nach Griechenland im Vergleich zum Vorjahr um 550 Prozent gestiegen sind". Die Zahl sei dem Innenministerium und dem Kanzleramt übermittelt worden.

Die deutsche Vertretung im Kosovo hatte dem Bericht zufolge bereits im Februar in einer Depesche ans Auswärtige Amt gewarnt, dass "täglich 800-1000 (plus Dunkelziffer) Kosovaren" über Serbien und Ungarn nach Deutschland unterwegs seien. Bis Ende des Jahres könnten es "300.000 Personen, d.h. ein Sechstel der Gesamtbevölkerung" sein, zitiert das Blatt aus dem Schreiben.

Aus den Bundesländern habe es außerdem schon seit dem Vorjahr regelmäßig die Forderung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) gegeben, die Flüchtlingsprognosen zu erhöhen. Hessens Sozialministerium wies demnach die Nürnberger Behörde Mitte 2014 darauf hin, dass die Länder deutlich mehr Asylsuchende als das Bamf zählen. Im Februar 2015 rechnete das Innenministerium von Schleswig-Holstein in einem internen Schreiben an die Behörde vor, dass man von rund 590.000 Asylsuchenden im Bund in diesem Jahr ausgeht.

Interne E-Mails von Innenministerium und Bamf, die der Zeitung vorliegen, zeigten zudem, dass die Regierung den Ländern in diesem Sommer eine erhöhte Flüchtlingsprognose zunächst vorenthalten habe. Demnach hatte die Regierung bereits am 5. August ein Schreiben der Nürnberger Behörde vorliegen, in dem sie von "geschätzten 600.000 in EASY registrierten Personen für das Jahr 2015" ausgeht. Das Innenministerium habe jedoch zwei

Regierung wusste angeblich früh von hohen Flüchtlingszahlen

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/frontex-regierung-wusste-angeblich-frueh-von-hohen-fluecht....>

Wochen gewartet, bis Innenminister Thomas de Maizière (CDU) am 19. August die Schätzung offiziell auf 800.000 erhöht habe.

Die 16 Länder-Innenminister hatten Anfang August wegen stark steigender Flüchtlingszahlen vom Bund eine schnelle Erhöhung der Prognose gefordert, um entsprechende Unterbringungskapazitäten vorzubereiten. Ein Sprecher des Innenministeriums erklärte dazu, zunächst hätte geklärt werden müssen, ob das Ministerium einer Umstellung bei der Prognosebasis durch das Bamf folgen sollte. Dafür sei eine "sorgfältige Prüfung und Abstimmung" notwendig gewesen.

als/AFP

Load-Date: November 8, 2015

End of Document

**[Kraft fordert mehr Flüchtlingshilfe für die Länder;
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-hannelore-kraft-will-
mehr-unterstuetzung-vom-bund-a-1048753.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-hannelore-kraft-will-mehr-unterstuetzung-vom-bund-a-1048753.html)**

SPIEGEL ONLINE

19. August 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 325 words

Byline: flo

Highlight: Kommunen und Länder sind mit den Flüchtlingsen überfordert - und fühlen sich vom Bund zu wenig unterstützt: Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Kraft verlangt von Berlin mehr Geld und beschleunigte Asylverfahren.

Body

Wie sollen die Bundesländer und Kommunen mit der steigenden Zahl von Flüchtlingsen fertig werden? Die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, spricht sich für eine stärkere Unterstützung aus Berlin aus. "Der Bund muss jetzt sehr schnell sagen, wie er sich dauerhaft und strukturell an den Kosten für die Betreuung der Flüchtlingsen beteiligen wird", sagte die SPD-Politikerin SPIEGEL ONLINE.

Mit Blick auf die rasant wachsenden Zahl von Asylbewerbern erklärte Kraft: "Wir haben keine Zeit mehr, noch Monate zu diskutieren." Es gehe um "eine gesamtstaatliche Aufgabe".

Am Mittwoch kommen die Chefs der Staatskanzleien aus den Ländern mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière in Berlin zusammen, um über das Thema zu beraten.

Die NRW-Ministerpräsidentin sagte weiter: "Neben einer dringend notwendigen finanziellen Entlastung der Kommunen ist aber entscheidend, dass es dem Bund gelingt, die Asylverfahren deutlich zu beschleunigen." Kraft: "Die zu langsame Bearbeitung der Asylverfahren beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist der Flaschenhals, der dazu führt, dass Länder und Kommunen Notquartiere in Turnhallen einrichten und Zeltstädte aufbauen müssen."

6600 statt 800 Flüchtlinge pro Woche

Das Bundesinnenministerium schätzt die Zahl der Flüchtlinge bis Ende dieses Jahres auf bis zu 750.000. Kraft machte deutlich, wie rapide sich in Nordrhein-Westfalen die Zahlen erhöht haben. "Zurzeit kommen in NRW jeden Tag über 1600 Flüchtlinge an", sagte sie. "Vergangene Woche waren es 6632." Kraft: "Zum Vergleich: Vor etwa acht Wochen waren es noch zwischen 500 und 800 Flüchtlinge pro Woche."

Kraft fordert mehr Flüchtlingshilfe für die Länder <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-hannelore-kraft-will-mehr-unterstuetzung-vom-bund-a-10...>

In den vergangenen Tagen gab es immer neue Vorschläge in der Flüchtlingsdebatte. Auch eine Ausweitung der Liste der sogenannten sicheren Herkunftsländer wird erwogen. Die Grünen lehnen das allerdings vorerst ab - damit wäre die Umsetzung wegen der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat unmöglich.

flo

Load-Date: August 19, 2015

End of Document

Update: Regierung verbietet syrischen Flüchtlingen doch nicht Familiennachzug

SPIEGEL ONLINE

06. November 2015

Copyright 2015 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK

Length: 326 words

Body

Dieser Beitrag wurde am 06.11.2015 auf bento.de veröffentlicht.

Update

Freitag, 20.15 Uhr: Das Innenministerium korrigiert sich. An der Entscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) soll sich **doch nichts ändern**. "Alle Änderungen werden zuvor in der Koalition besprochen." Klingt ganz so, als sei der Vorstoß, syrischen Flüchtlingen den Familiennachzug zu verbieten, nicht in der Koalition abgesprochen gewesen.

Was war passiert?

Die Bundesregierung will **Angehörigen von syrischen Flüchtlingen** ab sofort nicht mehr erlauben, nach Deutschland nachzureisen. Das berichtet die "FAZ" unter Berufung auf einen Sprecher des Innenministeriums. Demnach soll syrischen Flüchtlinge nur noch sogenannter "**subsidiärer Schutz**" gewährt werden.

Diesen erhalten nur Personen, die weder Flüchtlingsstatus oder Asylstatus besitzen, denen aber in ihren Herkunftsländern bei einer Rückkehr ein ernsthafter Schaden droht. Durch die Regelung bekommen die syrischen Flüchtlinge selbst **nur noch eine Aufenthaltsgenehmigung für ein Jahr**.

Warum ist das wichtig?

Die Bundesregierung hatte erst gestern beschlossen, dass Flüchtlinge, die unter "subsidiärem Schutz" stehen, ihre Familien nicht nachholen dürfen. **Erst jetzt wird klar, dass von der Regelung nun auch die vielen syrischen Flüchtlinge betroffen sind**. Bisher war es für die allermeisten Syrer möglich, ihre Familien nachzuholen, sobald ihnen in Deutschland Asyl gewährt worden war.

Sie stehen dann bisher in der Regel unter "primärem Schutz" und bekommen auch eine Aufenthaltsgenehmigung über drei Jahre. Im August beantragten nach Angaben des BAMF 55.600 syrische Staatsbürger Asyl, berichtet die "FAZ". 38.650 wurden demnach als Flüchtling anerkannt, nur 53 erhielten subsidiären Schutz.

Update: Regierung verbietet syrischen Flüchtlingen doch nicht Familiennachzug

Auch aus ethischer Sicht dürfte die Entscheidung diskutiert werden. Zukünftig werden die meisten Syrer weiterhin hier Schutz erhalten ihre Familien aber nur, wenn sie es aus dem Bürgerkrieg bis nach Deutschland schaffen.

Load-Date: September 29, 2020

End of Document

Polizei räumt Teile des "Dschungels" von Calais;
[http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-calais-polizei-raeumt-](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-calais-polizei-raeumt-den-dschungel-a-1079880.html)
[den-dschungel-a-1079880.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-calais-polizei-raeumt-den-dschungel-a-1079880.html)

SPIEGEL ONLINE

29. Februar 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 245 words

Byline: syd/brk/AFP/dpa

Highlight: Hunderte **Flüchtlinge** in Calais verlieren ihre Unterkunft: Die französischen Behörden haben damit begonnen, Teile des sogenannten Dschungels zu räumen. Die Aktion soll mehrere Wochen dauern.

Body

Die umstrittene Räumung des **Flüchtlingslagers** in Calais hat begonnen. Begleitet von einem großen Polizeiaufgebot rissen am Montag etwa 20 Bauarbeiter behelfsmäßige Unterkünfte der **Migranten** ab.

Mehrere Hilfsorganisationen versuchten, die Auflösung mit Protesten zu verhindern. Die Präfektur der nordfranzösischen Hafenstadt rechnet damit, dass die Räumung mehrere Wochen dauern könnte. Für alle Flüchtlinge, die ihre Unterkunft verlieren, soll ein neuer Platz gefunden werden, hieß es.

Etwa 800 bis 1000 Einwanderer, die im Süden des als "Dschungel von Calais" bekannten Baracken- und Zeltlagers leben, sind nach offiziellen Angaben von der Räumung betroffen. Unterstützer der Lagerbewohner sprechen jedoch von mindestens 3400 Menschen, darunter Frauen und kleine Kinder. Nach der Ankündigung der französischen Regierung hatte ein Gericht in Lille die Aktion im südlichen Teil des Lagers in der vergangenen Woche bestätigt.

In Calais sammeln sich seit Jahren Menschen, die illegal auf Zügen oder in Lkw über den Eurotunnel nach Großbritannien gelangen wollen. Sie versprechen sich dort bessere Chancen und beantragen deswegen kein Asyl in Frankreich. Nach Behördenangaben halten sich derzeit knapp 4000 Migranten dort auf, sie leben unter teils Slum-ähnlichen Bedingungen.

Video: Reportage aus dem "Dschungel" (25.02.2016)

Lesen Sie hier eine Reportage von Christoph Seidler aus dem "Dschungel von Calais".

syd/brk/AFP/dpa

Load-Date: February 29, 2016

Polizei räumt Teile des "Dschungels" von Calais <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-in-calais-polizei-raeumt-den-dschungel-a-1079880.html>

End of Document

[Flüchtlingsprotest auf Lesbos eskaliert;](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-auf-lesbos-verletzte-bei-protesten-a-1089514.html)
[http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-auf-lesbos-verletzte-bei-](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-auf-lesbos-verletzte-bei-protesten-a-1089514.html)
[protesten-a-1089514.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-auf-lesbos-verletzte-bei-protesten-a-1089514.html)

SPIEGEL ONLINE

27. April 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / AUSLAND

Length: 268 words

Byline: vks/dpa

Highlight: 10:52:00 Auf Lesbos haben erneut **Flüchtlinge** gegen Abschiebungen in die Türkei protestiert. Sie lieferten sich stundenlange Auseinandersetzungen mit der Polizei. Mindestens zehn Menschen sollen verletzt worden sein.

Body

Im Abschiebelager Moria auf der griechischen Insel Lesbos ist der Protest von **Flüchtlingen** in der Nacht zum Mittwoch eskaliert.

Es habe stundenlange Auseinandersetzungen zwischen Polizisten und **Migranten** gegeben, berichtet das Staatsradio. Mindestens zehn Menschen seien leicht verletzt worden.

Die Protestierenden bewarfen unter anderem den griechischen Migrationsminister Ioannis Mouzalas mit Wasserflaschen und anderen Gegenständen. Einige zündeten Mülleimer an und warfen Steine. Die Sicherheitskräfte verschossen daraufhin Tränengas.

Ein Video, das bei YouTube hochgeladen wurde und als authentisch gilt, zeigt mindestens einen Menschen, der regungslos am Boden liegt.

Die Stimmung sei explosiv, berichteten Reporter vor Ort. Erst am frühen Mittwochmorgen hätten Sicherheitskräfte die Ordnung in dem Abschiebelager wieder herstellen können.

Die Flüchtlinge und Migranten dort protestieren immer wieder gegen Ausweisungen in die Türkei sowie die ihrer Meinung nach schlechten Lebensbedingungen in dem Lager.

Griechenland hatte am Mittwoch insgesamt 49 illegal eingereiste Migranten in die Türkei abgeschoben. Grundlage dafür ist der EU-Flüchtlingspakt mit der Türkei. Dieser sieht vor, dass alle ab dem 20. März illegal eingereisten Flüchtlinge und Migranten von Griechenland in die Türkei zurückgeschickt werden.

Flüchtlingsprotest auf Lesbos eskaliert <http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-auf-lesbos-verletzte-bei-protesten-a-1089514.html>

Offiziell befinden sich auf Lesbos derzeit mehr als 7700 registrierte Migranten und Flüchtlinge. Erst vergangene Woche hatte die griechische Polizei ein von Autonomen betriebenes Flüchtlingslager am Strand von Tsamakia mit Hunderten Migranten räumen lassen .

vks/dpa

Load-Date: April 27, 2016

End of Document

Bamf hat mehr offene Asylverfahren als Ende 2015

SPIEGEL ONLINE

30. Dezember 2016

Copyright 2016 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 427 words

Byline: Maximilian Rau

Highlight: Ursprünglich sollte der Stau bei den Asylanträgen bis Jahresende bewältigt werden. Nun wird die Zahl der offenen Verfahren laut eines Medienberichts deutlich höher liegen als Ende vergangenen Jahres.

Body

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) soll derzeit mehr anhängige Asylverfahren haben als am Jahresende 2015. Das Bamf starte voraussichtlich mit mindestens 450.000 nicht abgeschlossenen Asylverfahren ins Jahr 2017, berichtet die "Rheinische Post" auf der Grundlage von Daten der Behörde. Ende 2015 lag die Zahl bei rund 360.000 offenen Asylanträgen .

Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer der zwischen Januar und November dieses Jahres gestellten Asylanträge liegt nach Bamf-Auskunft bei 6,9 Monaten. 2015 waren es dem Bericht zufolge 5,2 Monate. Die Behörde begründe die längere Dauer damit, dass sie sich 2016 zunehmend komplexeren Altfällen widme, etwa solchen, in denen die Identität schwer nachweisbar sei.

"Die Verfahrensdauer wird wieder deutlich sinken, wenn die Altfälle abgeschlossen sind", sagte ein Behördensprecher der Zeitung. Für Anträge, die seit dem 1. Juni 2016 neu gestellt worden seien, liege die Verfahrensdauer nur noch bei zwei Monaten.

Ursprünglich hatte der scheidende Bamf-Chef Frank-Jürgen Weise im Juni angekündigt , den Stau bei den Asylanträgen bis Ende des Jahres zu bewältigen - dies sei der Auftrag der Politik gewesen. Doch Ende September korrigierte sich Weise, der das Amt zum 1. Februar an Jutta Cordt übergibt, bereits wieder. Damals rechnete er damit, dass rund 250.000 Asylanträge dieses Jahr liegen bleiben werden.

Zwar hat das Bamf nach eigenen Angaben zuletzt viermal hintereinander die jeweils höchste Zahl an Entscheidungen pro Monat erreicht. Dennoch waren Ende November noch 490.000 Verfahren anhängig.

DIW-Chef: Langfristig 0,7 Prozent Wachstum durch Flüchtlinge

Unterdessen glauben Ökonomen, dass die Milliardenausgaben für Flüchtlinge und deren eigener Konsum dauerhaft das Wirtschaftswachstum erhöhen. "Die staatlichen Ausgaben für Geflüchtete haben im Jahr 2016 das Wirtschaftswachstum um etwa 0,3 Prozent erhöht", sagte Marcel Fratzscher der "Rheinischen Post".

Bamf hat mehr offene Asylverfahren als Ende 2015

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sagte, dass die staatlichen Leistungen wie ein kleines Konjunkturprogramm wirken würden. Der positive Effekt auf die Wirtschaftsleistung könne langfristig sogar bei 0,7 Prozent Wachstum pro Jahr liegen, sagte Fratzscher.

Ifo-Chef Clemens Fuest wies darauf hin, dass die Flüchtlinge auch den privaten Konsum steigen lassen. "Beides stimuliert die Binnenkonjunktur", sagte er. Die staatlichen Mehrausgaben im Zusammenhang mit der hohen Flüchtlingsmigration lagen 2016 deutlich über 20 Milliarden Euro.

max/dpa

Load-Date: December 30, 2016

End of Document